

Für Menschenrechte

Veröffentlichungen des Referates  
für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung  
der Vereinten Evangelischen Mission

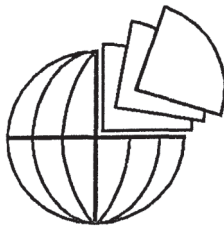
Band 11

# Kirche und Globalisierung

Dokumentation einer Strategietagung  
am 13./14. März 2007 in der Evangelischen Akademie Iserlohn

Herausgeber:

Amt für Mission, Ökumene und Kirchliche Weltverantwortung (MOEWe)  
Institut Kirche und Gesellschaft  
Institut Südwind  
Vereinte Evangelische Mission



foedus verlag

© 2008

foedus-verlag

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion: Frank Kürschner-Pelkmann

Umschlaggestaltung und Satz: *j.s.*

ISBN 3-938180-10-2

### **Bibliografische Informationen der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

# Inhalt

<b>Vorwort</b> Jochen Motte	7
<b>Kirche und Globalisierung – worum es uns geht</b> Wilfried Neusel	9
<b>Globalisierung und Kirche – Trends und Herausforderungen heute und in zehn Jahren</b> Ulrich Möller	13
<b>Globalisierung und Kirche – Trends und Herausforderungen heute und in zehn Jahren</b> Klaus Heidel	27
<b>Gerechter Zugang zu den Ressourcen – Beiträge zu einem nachhaltigen Klimaschutz</b> Joachim Spangenberg	35
<b>Global Governance im 21. Jahrhundert: Der Beitrag Deutschlands und Europas zu einer kooperativen Weltordnung</b> Thomas Fues	61
<b>Interkulturelle Kooperationen oder „clash of cultures“: Die Rolle der Religionen für eine friedliche Welt unter besonderer Berücksichtigung des Islam</b> Konrad Raiser	69
<b>Weltweite Kriege um Ressourcen oder Friedenssicherung durch rechtzeitige Energiewende?</b> Andreas Zumach	81
<b>Ergebnisse der Arbeitsgruppenarbeit</b> Peter Markus	85
<b>Autoren</b>	89

# Vorwort

JOCHEN MOTTE

Vorbereitet und eingeladen zur Tagung „Kirche und Globalisierung“, die vom 13. – 14. März 2007 in Iserlohn stattfand, hatten die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Kirche von Westfalen in Zusammenarbeit mit dem Amt für Mission, Ökumene und Kirchliche Weltverantwortung (MÖWe) der Evangelische Kirche von Westfalen, dem Institut Südwind, der Evangelischen Akademie Iserlohn/IKG sowie der Vereinten Evangelische Mission. Gekommen waren Vertreter und Vertreterinnen von Kirchen, kirchlichen Organisationen und Institutionen aus West-, Südwest- und Süddeutschland sowie Experten und Expertinnen zum Thema.

Ambitioniertes Ziel war es, sich innerhalb von zwei Tagen mit dem Phänomen der Globalisierung zu beschäftigen und gemeinsame Strategien für die Auseinandersetzung mit Entwicklungen und Folgen von Globalisierung zu entwickeln. Zwei Fragen standen dabei im Vordergrund:

1. Mit welchen Trends und Phänomenen müssen wir uns in Zukunft auseinandersetzen?
2. Wie können wir das wirkungsvoll tun, auch angesichts kleiner werdender Spielräume, bedingt durch Finanzprobleme und Strukturwandel im Raum der Kirchen?

Bildlich gesprochen standen wir vor einem riesigen Berg, von dem niemand wusste, wie man ihn bezwingen konnte, ja sogar die Frage im Raum stand, ob das nicht gar unmöglich sei. Es galt zunächst einmal, diesen Berg zu kartografieren und mögliche Zugangsrouten zu beschreiben, um dann eine erfolgreiche Besteigung durchzuführen.

Dem Vorbereitungsteam mit Peter Ohligschläger, Peter Markus, Ulrich Suppus und mir war – in diesem Bild gesprochen – die Aufgabe zugefallen, als Sherpas das Basislager zu errichten, von dem aus wir aufgebrochen sind.

Wilfried Neusel hat es dann als Erster gewagt, den Blick auf den Berg zu richten, den es zu besteigen galt. Er rief uns ins Bewusstsein, welchen Gefahren wir unter Umständen ausgesetzt sein werden. Danach hat Ulrich Möller einige Routen beschrieben, auf denen sich Theologen, Theologinnen und Kirchen in der Ökumene schon versucht haben, ob erfolgreich oder weniger erfolgreich, sei dahingestellt. Andere Zugangswege hat anschließend Klaus Heidel aus einem eher ökonomisch orientierten Blickwinkel aufgezeigt.

Danach ging es weiter – um im Bild zu bleiben – mit der Erkundung des Berges, seiner Topographie, seinen Felswänden, lawinengefährdeten Hängen, Gletscherspalten – immer unter der Frage: Wie schätzen wir diesen Berg realistisch ein, und auf welche Weise können wir ihn erfolgreich besteigen? Joachim Spangenberg, Tho-

mas Fues und Konrad Raiser haben dazu bemerkenswerte Beiträge geleistet. Andreas Zumach hat dann vom Camp 1, das wir am ersten Abend der Tagung erreichten, eine Bestandsaufnahme gewagt.

Wie es dann weiter zum Gipfel gehen sollte – ob auf unterschiedlichen Routen oder einem gemeinsamen Pfad, in verschiedenen Teams und trotzdem vernetzt –, war Gegenstand der Diskussion am zweiten Tag, die auf der Grundlage einer Umfrage und Bestandsaufnahme unter den beteiligten Organisationen und Kirchen stattfand.

Camp 2 wurde dann gegen Mittag des zweiten Tages erreicht. Ob der Blick auf den Gipfel des Berges von dort frei oder nebelverhangen war, hat jeder der Teilnehmenden abhängig von seiner/ihrer Perspektive und dem individuellen und subjektiven Durchblick unterschiedlich beurteilt. Unsere Bergführer Wilfried Neusel, Ulrich Möller und Andreas Zumach gaben abschließend ihre Einschätzung wieder, welcher Weg aus ihrer Sicht der sicherste und erfolgversprechendste ist, um den mühsamen Aufstieg gemeinsam fortzusetzen.

Die in diesem Band veröffentlichten Beiträge des strategischen Versuchs der Besteigung des Mount „Globalisierung“ mögen dazu beitragen, weitere Wanderer und Gipfelstürmer mit auf den Weg zu nehmen und Anstöße für gemeinsame Initiativen und Programme zum Thema Globalisierung im Raum von Kirche und Gesellschaft zu geben.

# Kirche und Globalisierung – worum es uns geht

WILFRIED NEUSEL

Ich begrüße Sie ganz herzlich und mit großer Freude mit dem Lehrtext des Tages, Matthäus 7,24: „Darum, wer diese meine Rede hört und tut sie, der gleicht einem klugen Menschen, der sein Haus auf Fels baut.“ Matthäus geht es in seinem ganzen Evangelium um dieses Tun des Wortes. Ich denke, das sollte ein Leitfaden sein für unsere Überlegungen. Meine Kollegin Christine Busch, die unsere so genannte Globalisierungssynode vorbereitet hat, sagte mir: „Es ist so, dass wir sehr viel deklamieren und analysieren und dann manchmal schon zufrieden sind, wenn die Ergebnisse einer Synode vorgestellt werden. Aber die Frage ist doch, wie sich danach das Leben einer Kirche wirklich ändert.“ Ich denke, das ist die reale Situation, mit der wir uns auseinander setzen müssen. Das höre ich auch aus dem politischen Bereich: Wenn Kräfte nicht stark genug sind, um die Reizschwelle von Politikern, Politikerinnen und Medienleuten zu überschreiten, tut sich nichts.

Ich bin deshalb sehr dankbar, dass diese Initiative zustande gekommen ist, Kräfte zu bündeln und dadurch unser kirchliches Handeln spürbar zu verändern. Wir sehen ganz überzeugende Ansätze bei Einrichtungen des Entwicklungsdienstes, bei einzelnen Basisinitiativen sowie bei Instituten wie der Ökumenischen Werkstatt Heidelberg und Südwind. Aus meiner Perspektive als Mitglied der Kirchenleitung muss ich feststellen, dass die Rheinische Kirche die Globalisierung bisher noch nicht korporativ diskutiert hat. Alles, was bisher zu diesem Thema gesagt wird, äußern Mitglieder der Kirchenleitung aus einer persönlichen Perspektive. Insofern haben wir innerhalb der Kirche einen weiten Weg vor uns, und es ist uns nur zu gut bekannt, dass die verfassten Kirchen in ihrer Geschichte eigentlich selten wirklich Trends gesetzt haben. Als verfasste Kirchen haben wir kaum eine angemessene Streitkultur entwickelt, um über das Partnerschaftsdenken im staatlichen und wirtschaftlichen Bereich hinaus vom Evangelium her begründete Positionen offensiv zu verbreiten und auf dieser Grundlage auch zu handeln. Ich nehme wahr, dass in manchen Landeskirchen sehr wohl nach Feierabend, bei einem Glas Wein, auch radikalere Positionen besprochen werden, aber offiziell wird die Sozialpartnerschaft sehr bemüht, und in den Dialogen mit der Politik werden sehr viele Kompromisse gemacht. Es ist uns allen bewusst, dass wir nicht auf einen Schlag die Weltrevolution machen können, aber auch wenn wir in diesem Augenblick nichts verändern können – zum Beispiel an Steuerpolitik und Arbeitsmarktpolitik –, sind wir doch der Meinung, dass an diesem System etwas faul ist. Dies wird um so seltener in dieser Offenheit ausgesprochen, je weiter man in der Kirchenhierarchie aufsteigt. Ich erhoffe mir von dieser Tagung,

dass wir in dieser Hinsicht ein Stückchen weiterkommen. Das ist nicht leicht, weil zum Teil schon unter uns hier einzelne Vorgänge sehr unterschiedlich bewertet werden und wir uns trefflich über Parameter und Kriterien streiten können. Es ist zu erwarten, dass wir auch im Blick auf die Frage „Ist das System reformierbar oder nicht reformierbar?“ zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen kommen werden. Ich halte es für verheißungsvoll, dass wir uns über Ziele, die wir erreichen wollen, miteinander austauschen und vielleicht auch vereinbaren können, anschließend gemeinsam strategisch wichtige Schritte zu gehen, die eben nicht nur kirchliche Gewissen beruhigen, sondern tatsächlich zu einer Wirtschaft im Dienste des Lebens beitragen. Ich habe den Eindruck, dass wir uns dazu auch über die Kirche hinaus orientieren müssen, weil dort sehr viel Sachkunde und sehr viel Engagement vorhanden sind. Ich merke an mir selbst, dass wir so in klerikale Zusammenhänge eingebunden sind, dass wir den Kontakt zu anderen Menschen, die sich für ein gerechtes Wirtschaften engagieren, ganz aus dem Blick verlieren und uns dann deren Expertise fehlt. Ich kann nur mit Zorn wahrnehmen, dass im Bereich der evangelischen Kirchen, wo wir die Infrastruktur für Sozialarbeit, Sozialethik und Wirtschaftswissenschaften nötiger denn je hätten, diese zurückgebaut wird. Ein wichtiger Mensch aus der EKD schreibt sogar in der „Zeitschrift für Evangelische Ethik“, dass die wesentlichen ethischen Fragen im Zuge der Wiederaufbaubewegung nach dem Zweiten Weltkrieg geklärt worden seien und wir jetzt zum Kerngeschäft zurückkommen sollten – das heißt, predigen und Seelsorge treiben. Das sind für mich beunruhigende Signale.

Nichtsdestotrotz denke ich, dass Menschen, die sich gegenwärtig noch in einer privilegierten Position befinden, sich durch die Debatte über Klimaveränderungen bewusst werden, dass alles, was sie sich an Mehrwert schaffen, in kurzer Zeit aufgefressen sein kann, weil die ganzen Kollateralschäden des Klimawandels beseitigt werden müssen. Es ist gut, dass Versicherungsgesellschaften sagen, dass wir in unserem Wirtschaften umsteuern müssen, weil die Folgeschäden sonst nicht mehr getragen werden können.

Ich finde es sehr schön, wie in Daniel 3 beschrieben wird, dass Daniel auf das Drohgebaren des Königs Nebukadnezar, der ein Riesenstandbild bauen ließ und die Untertanen gleichschalten wollte, die nicht zu ihm beteten, antwortete: „Wir müssen dir gar nichts antworten, wir werden von Gott gehalten, aber selbst wenn wir in diesem Feuerofen verglühen, so werden wir dich doch nicht anbeten.“

Wir haben eine Aufgabe, deren Erfolg wir nicht garantieren können, aber die wir dennoch vorantreiben. Dazu werden wir gedrängt durch die Einsichten, die unter uns gewachsen sind im Hinblick auf die Globalisierung. Ich freue mich sehr, dass wir noch in einem Erzählzusammenhang sind und die großen Geschichten der biblischen Überlieferung noch weitergegeben werden, dass wir noch eine Erinnerungskultur haben, dass wir die Worte Jesu haben, die uns dazu drängen, die eigene Würde und die Würde anderer Menschen zu achten. Wir können dies vielleicht auch in



einer Koalition mit manchen Muslimen und Juden glaubhaft verwirklichen. Ich denke, dass die Existenz des Apostels Paulus, der in seinen Briefen die Kreuzestheologie sehr stark betont und an seinem eigenen Schicksal demonstriert, für uns beispielhaft ist. Vielleicht kommen wir ein gutes Stück weiter, wenn wir mit dem gleichen Eifer bei der Sache sind wie Paulus. Ich denke nicht, dass wir den Berg erklimmen werden, aber dass wir das erste Mal den Versuch machen, diese Vernetzungsanstrengung zu wagen. Und ich hoffe, dass wir dabei zu einem guten Ergebnis kommen.

# Globalisierung und Kirche: Trends und Herausforderungen heute und in zehn Jahren

ULRICH MÖLLER

Wir sind hier nicht zu einem Fortbildungswochenende zusammen gekommen, sondern zu einer Strategietagung als Akteurinnen und Akteure aus Kirchen, kirchlichen Basisnetzwerken sowie Forschungs- und Fachinstitutionen, die sich aus unterschiedlicher Perspektive längst für eine Globalisierung im Dienst des Lebens einsetzen. Bei allen Unterschieden in Zugangsweisen, analytischen Einschätzungen und Wertungen auch unter uns, verstehen wir unser Engagement doch als Beitrag im Rahmen des einen weltweiten ökumenischen Prozesses. Deshalb führt uns die Frage zusammen, wie wir aus unserer spezifischen europäischen und deutschen Perspektive die zentralen Herausforderungen der kommenden Jahre analysieren und was im weltweiten Zusammenhang unser kontextueller Beitrag sein kann. Insbesondere geht es meiner Wahrnehmung nach um folgende Fragen:

1. Welches sind in den kommenden zehn Jahren die zentralen Herausforderungen der Globalisierung? Gibt es unter uns einen Konsens über den uns gemeinsamen „Korridor des Bekennens“ für das uns gebotene kirchliche Zeugnis angesichts dieser Herausforderungen? Und wie kommen wir in diesem Rahmen zu verbindlichem gemeinsamem Handeln, zu Bündnisfähigkeit, Arbeitsteilung, Stellvertretung, Anschlussfähigkeit untereinander, aber auch darüber hinaus mit anderen Akteuren in dem weltweiten ökumenischen Prozess für eine nachhaltige Gestaltung der Globalisierung?
2. Wie bleiben wir auch in den kommenden Jahren als unterschiedliche Akteure gemeinsam handlungsfähig in einem kirchlichen Zusammenhang, der für uns im organisierten Protestantismus in Deutschland gegenwärtig bestimmt ist durch strukturellen und personellen Rückbau, Kirche mit prognostizierbar zurückgehenden materiellen und personellen Ressourcen?

In unseren Kirchen werden die Prioritätsentscheidungen zurzeit anders gesetzt, als es das Thema unserer Tagung nahe legen würde. Umso wichtiger ist unsere strategische Ausrichtung auf gemeinsame Prioritäten, die es erlaubt auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen in Synergie und Stellvertretung unsere Kräfte auf die Zukunftsfragen zu konzentrieren, an denen sich entscheidet, ob die europäischen Kirchen einen relevanten Beitrag zu einer gerechten, nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung unter dem verschärften Druck des katastrophalen Klimawandels leisten oder nicht.

In einem ersten Schritt möchte ich im Folgenden einen Blick auf mögliche Szenarien der globalen Trends und Herausforderungen werfen. Anschließend frage ich nach der Verortung der deutschen Kirchen in der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft der durch Ungerechtigkeit und Naturzerstörung im Zuge neoliberaler Globalisierung herausgeforderten Kirchen. In einem dritten Teil frage ich auf diesem Hintergrund nach gemeinsamen Zielen, Strategien, Aktionen und exemplarischen Handlungsfeldern der Kirche. Ich schließe mit einem Ausblick.

## 1. Szenarien der Entwicklung in den kommenden Jahren

Welche Trends und Herausforderungen bilden heute und in den kommenden Jahren den Bezugsrahmen für das Zeugnis der Kirchen angesichts der Globalisierung? Ich möchte einleitend in der Gegenüberstellung eines möglichen Negativszenarios und eines Positivszenarios die Spannweite andeuten, in deren Rahmen sich die beiden Fragen je nach Entwicklung in den kommenden Jahren bis zum Jahr 2017 stellen könnten. Realistischerweise wird sich die reale Entwicklung zwischen diesen beiden Polen abspielen. Die Weichenstellungen dafür erfolgen bereits jetzt.

### *Ausblick 2017 – Negativszenario*

Die Ausbeutung von Natur und Umwelt geht nahezu ungebremst weiter. Die Belastung der Atmosphäre mit klimaschädlichen Gasen steigt mit beschleunigtem Tempo weiter. Weil die Industrienationen nicht einschneidend umsteuern gemäß dem Verursacherprinzip, sind auch die Schwellenländer, insbesondere China, Indien und Brasilien, nicht zu nachhaltiger Steuerung ihres Wirtschaftswachstums bereit.

Die Folgen des dadurch verursachten Klimawandels werden immer drastischer sichtbar: Das Polareis schmilzt, die Meere versauern, werden wärmer und steigen an, die Permafrostböden weichen auf, extreme Wetterphänomene nehmen dramatisch zu. Die Klimaerwärmung verschärft die globalen Verteilungskonflikte. Gerade die Ärmsten der Armen in den Armut- und Entwicklungsgürteln Afrikas, Asiens und Lateinamerikas werden von diesen Veränderungen zuerst und mit der größten Wucht durch extreme Wetterlagen, Wüstenbildung, veränderte Niederschlagsmuster, sinkende Agrarproduktion, zunehmenden Wassermangel überrollt.<sup>1</sup> Der weltweite Kampf um die knappen Ressourcen destabilisiert ganze Regionen.

Weltweit, auch in Europa, geht Schritt für Schritt die politische Steuerungsfähigkeit der wirtschaftlichen Globalisierung verloren. Die wirtschaftsliberale Globalisierung ist weltweit so bestimmend geworden, dass die nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit in allen entscheidenden Bereichen eingebrochen ist und auch das staatliche

<sup>1</sup> Vgl. Klaus Töpfer: Für die Globalisierung der Nachhaltigkeit, in: Atlas der Globalisierung 2006, S. 6f.

Gewaltmonopol immer weniger durchgesetzt werden kann. Der Sozialstaat liegt in auch in Deutschland in Trümmern. Die internationalen Institutionen wie die UNO können die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht mehr steuern. Ulrich Beck hat einen Ausblick auf dieses mögliche Horrorszenario gegeben unter der Überschrift: „Untergang a la carte: die Brasilianisierung Europas“<sup>2</sup>.

In Europa und darüber hinaus haben die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit und Einflussmöglichkeiten weit gehend eingebüßt. Denn obwohl alle Fakten und Trends bekannt waren, haben sie sich nicht eindeutig und energisch genug öffentlich eingemischt. Ihre einmaligen weltweiten ökumenischen Netzwerkmöglichkeiten haben sie völlig unzureichend genutzt. In ihren eigenen Verantwortungsbereichen und Handlungsfeldern sind sie exemplarisches Verhalten weit gehend schuldig geblieben. Sie haben darin versagt, sich mit ihrem Zeugnis innerhalb des notwendigen Korridors des Bekennens zu bewegen. Dadurch gefährden sie ernsthaft die Einheit der weltweiten Kirche Jesu Christi.

#### *Ausblick 2017 - Positivszenario*

Die Staatengemeinschaft hat ab 2007 erkennbar ernst genommen, dass die unbedingt notwendige Begrenzung des Anstiegs der globalen Durchschnittstemperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um weniger als 2° Celsius gegenüber vorindustriellem Niveau nur durch radikales Umsteuern erreichbar ist. Das knappe Zeitfenster für die Folgenbegrenzung des Klimawandels und die Umsteuerung in Richtung nachhaltige menschengerechte Entwicklung wurde wider Erwarten doch noch genutzt. Die Europäische Union hat ihr Gewicht als größte Handelsmacht der Welt für wirkliche Reformen nach innen und außen eingesetzt und so den Vorrang der Politik, die demokratisch kontrollierbare gesellschafts- und wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit für die kooperierenden Staaten wieder hergestellt. Dies hat entscheidend dazu beigetragen, dass im Jahr 2017 bei den weltweiten Emissionen von Treibhausgasen die Trendwende geschafft wurde auf dem Weg zur Halbierung der globalen Emissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2050. Die Industrieländer haben entsprechend dem Verursacherprinzip ihre Emissionen um 30% bis 2020 verringert und damit eine Vorreiterrolle übernommen. Dadurch ist inzwischen auch die klimapolitische Verantwortung der Schwellenländer deutlich gewachsen. Mit Unterstützung der Industrieländer bauen sie klimaverträgliche Energiestrukturen auf.

Die Überwindung von Armut, die Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und die Stabilisierung unseres Klimas gehen Hand in Hand, weil Klima- und Energiepolitik zum integralen Bestandteil von Entwicklungspolitik geworden sind. Erfolge bei der Armutsbekämpfung beginnen gleichzeitig, die Fähigkeit zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern wirksam zu verbessern. Auf diese Weise konnten die UN-Millenniums-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2017 schließlich doch noch weit gehend erreicht werden:

---

<sup>2</sup> Ulrich Beck: Was ist Globalisierung?, 2001, S. 266-268.

Eine umfassende Reform der UNO (Neustrukturierung des Wirtschafts- und Sozialrates) und der übrigen internationalen Governance-Strukturen hat die Voraussetzungen geschaffen für eine globale Friedenspolitik als Weltinnenpolitik zur Durchsetzung der Menschenrechte für alle, zum Respekt vor kultureller Vielfalt und Identität. Wirksame Global Governance-Mechanismen haben zum Abbau ökologisch und sozial perverser Subventionen geführt und entscheidende Fortschritte zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung durch soziale und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung erzielt. 1,5 Milliarden Menschen, die 2000 noch mit weniger als 1 Dollar am Tag auskommen mussten, haben neue Perspektiven. 1,2 Milliarden Menschen haben inzwischen gesicherten Zugang zu sauberem Trinkwasser erhalten. Die Ernährungssicherheit für ehemals 800 Millionen hungernder Menschen ist gewährleistet. Alle Kinder haben weltweit Zugang zu Schulbildung. Frauenrechte und Partizipationsmöglichkeiten haben weltweit ein qualitativ neues Niveau.

Die Kirchen in Deutschland haben seit der 3. Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu/Rumänien 2007 wesentliche Impulse gegeben für einen starken Beitrag der europäischen Kirchen zur nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung. Ihre Beteiligung am Klimabündnis war der Auftakt zu verstärktem Engagement in wirksamen kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Gemeinsam mit ihren ökumenischen Partnern in Europa und weltweit haben sie strategische und exemplarische Schwerpunkte gesetzt für Nachhaltige Entwicklung, soziale und ökologische Gestaltung der Marktwirtschaft sowie für Frieden und Gerechtigkeit.

Wie ist es dazu gekommen, dass die Kirchen so einen deutlichen Beitrag geleistet haben?

## **2. Die weltweite Gemeinschaft der Kirchen herausgefordert von Ungerechtigkeit und Naturzerstörung im Prozess der Globalisierung**

Angestoßen wurde diese Entwicklung durch den zehn Jahren zuvor durch die Vollversammlung des Reformierten Weltbundes (RWB) begonnenen und dann zusammen mit dem Lutherischen Weltbundes (LWB) und dem Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) weitergeführten weltweiten Ökumenischen Prozess für eine gerechte und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung. In ihm wurden die Grundlagen für ein gemeinsames Zeugnis der Kirchen gelegt. Die gemeinsamen Leitfragen lauteten: Wie können Christen und Kirchen in Zeiten der Globalisierung auf Grundlage ihres Glaubens Widerstand leisten gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche durch wirtschaftliche Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung, gegen die einseitige Dominanz wirtschaftlicher und kultureller Globalisierung? Wie können sie an

der Seite der Armen dazu beitragen, dass sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Alternativen entwickelt werden und sich weltweit durchsetzen?

Die 9. Vollversammlung des ÖRK 2006 in Porto Alegre antwortete auf diese Fragen mit einer Gebetsbitte „In Deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt“. Im Nachhinein stellt sich diese Gebetsbitte bei allen Differenzen als die eigentliche Stärke heraus. In dem vom ÖRK gemeinsam mit LWB dem RWB gestalteten weltweiten AGAPE-Konsultationsprozess<sup>3</sup> haben die Europäischen Kirchen sich über Voten einzelner Kirchen und das gemeinsame Votum der KEK mit den Erfahrungen und Erkenntnissen aus ihrem europäischen Kontext, ihren analytischen Zugängen und konfessionell-theologischen Prägungen aktiv eingebracht. Sie haben im Zusammenhang des AGAPE-Prozesses ernst genommen, dass in den sieben Jahren seit der ÖRK-Vollversammlung in Harare Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung in der Welt weiter zugenommen haben. Sie haben sich deshalb der im AGAPE-Hintergrunddokument formulierten Herausforderung geöffnet, als Kirchen „verwandeln Gemeinschaften“ „für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens“ zu werden.

Ähnlich wie im AGAPE-Dokument hatte der RWB in seinem 2004 von der Generalversammlung einmütig verabschiedeten Dokument „Bund für wirtschaftliche und ökologische Gerechtigkeit“ – auch bekannt unter dem Namen „Accra-Bekenntnis“ – das Bekenntnis münden lassen in Selbstverpflichtungen zum Handeln. Im Einklang mit den Ansätzen des ÖRK und LWB lag auch beim RWB der Schwerpunkt des Bundesschlusses auf einer *neuen Praxis im gemeinsamen Zeugnis der Kirchen für Gerechtigkeit*. „In Accra zeigte sich in der Einheit des Bekennens eine Solidarität mit der Gerechtigkeit, obgleich es keinen vollständigen Konsens bei der Analyse der Situation gab.“ (Seong Won Park)

Und die Europäischen Kirchen? Auch sie stimmen darin überein: *Das herrschende Wirtschaftssystem ist weder gerecht noch nachhaltig*. Zunächst antworteten nur einzelne Kirchen in Europa auf die kritischen Anfragen der Kirchen des Südens, so die Evangelische Kirche von Westfalen mit ihrer Stellungnahme „Globalisierung. Wirtschaft im Dienst des Lebens“<sup>4</sup>. Im November 2005 beschloss der KEK-Zentralausschuss das Dokument „Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung“. Auf dem Hintergrund der spezifisch europäischen Erfahrungen tritt die KEK als Antwort auf die neoliberale Globalisierung für eine sozial und ökologisch regulierte Marktwirtschaft ein. Sie stellt im Blick auf den AGAPE-Prozess und das AGAPE-Hintergrunddokument als zentrale ökumenische Übereinstimmungen fest:

<sup>3</sup> AGAPE steht für „Alternative Globalisation Addressing People and Earth“: Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde.

<sup>4</sup> Globalisierung. Wirtschaft im Dienst des Lebens – Stellungnahme der Evangelischen Kirche von Westfalen zum Soesterberg-Brief. Materialien für den Dienst in der EKvW 1/2005 (deutsch/englisch 154 Seiten), Hg. Landeskirchenamt der EKvW, auch als Download unter [www.ekvw.de](http://www.ekvw.de) unter „Service/Download“.

Das herrschende wirtschaftliche System ist weder gerecht noch nachhaltig. Die radikale Marktideologie des Neoliberalismus erzeugt Ungerechtigkeit, Ungleichheit, ökologische Zerstörung, Ausschluss und die Marginalisierung der Schwachen und Armen, eine Kultur der Beherrschung und des Wettbewerbs nicht nur im Bereich der Wirtschaft, sondern in allen Lebensbereichen. Die Kirchen müssen sich öffentlich für Veränderungen und Transformation einsetzen, weil ihre Glaubwürdigkeit auf dem Spiel steht in ihrer pastoralen Praxis, ihrer theologischen und ethischen Lehre, ihrem Glaubensleben, der weltweiten ökumenischen Zusammenarbeit, ihrem diakonischen Dienst.<sup>5</sup>

Im Blick auf die Bewertung der neoliberalen Globalisierung innerhalb des AGAPE-Prozesses weist die KEK zugleich darauf hin: Es gibt unterschiedliche Hintergründe und Erfahrungen mit unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Systemen sowie unterschiedliche Rollen und unterschiedliches Gewicht der Kirchen in ihrer jeweiligen Gesellschaft und daher unterschiedliche Kulturen, mit politischen und ökonomischen Akteuren und Fragen umzugehen. „Während einige das jetzige Wirtschaftssystem kategorisch ablehnen und nach völlig anderen Alternativen Ausschau halten, unterstützen andere – wie die meisten Kirchen in Europa – eine Umwandlung und Reformen des bestehenden Systems auf der Grundlage christlicher Prinzipien und Ethik. Beide Argumentationsstränge und Handlungen können ihren je eigenen Wert haben; denn die Suche nach Alternativen und Reformen schließen sich nicht gegenseitig aus. Die gemeinsame Verpflichtung wird anerkannt, sich der weltweiten wirtschaftlichen und politischen Probleme im Lichte des Evangeliums anzunehmen und unseren Glauben im Kontext der Globalisierung zu leben.“

Die KEK bietet in diesem Sinne bei unserer gemeinsamen Suche nach Alternativen zum neoliberalen Zuschnitt der Globalisierung der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft die Erfahrung der europäischen Kirchen mit der Sozialen Marktwirtschaft und mit dem Europäischen Integrationsprozess an. Aus diesen Erfahrungen habe man gelernt, dass soziale Marktwirtschaft und europäischer Integrationsprozess in der Lage waren, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit in großem Maße dadurch zu überwinden, dass Marktwirtschaft mit sozialer Solidarität und Gerechtigkeit ordnungspolitisch ausgeglichen würden. Zentral- und osteuropäische Erfahrungen mit kollektivem Besitz und verstaatlichter Wirtschaft haben sichtbar gemacht, dass staatlich kontrollierte Wirtschaft nicht nur Knappheit, Ineffektivität und ökologischer Zerstörung erzeugt hätten, sondern in ihrer innewohnenden Tendenz zum Totalitarismus auch die Menschenrechte, politische Freiheit, Menschenwürde und Demokratie unterminiert hätten.

5 Konferenz Europäischer Kirchen (KEK): Europäische Kirchen leben ihren Glauben im Kontext der Globalisierung. Ein Positionspapier und ein europäischer Beitrag zum Vorbereitungsprozess für die ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre „In deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt“, Genf 2005, 54 Seiten, 21.

In dieser europäischen Positionierung kommt die ganze Bandbreite der Auffassungen der unterschiedlichen Kirchen Europas zum Ausdruck. Die KEK betont, dass nicht das Marktsystem und die ihm zugrunde liegende individuelle Freiheit als solche es sind, die abgelehnt und durch ein radikal anderes Wirtschaftssystem ersetzt werden müssten, vielmehr lehre die Erfahrung, den Wert der Freiheit zu unterstreichen, der von sozialer Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung begleitet und durch Solidarität ausgeglichen werden müsse.

Konsequent setzt sich die KEK dafür ein, dass die Vision einer sozial und ökologisch gestalteten Marktwirtschaft durch die EU in besonderer Verantwortung gegenüber dem Süden regional wie global umgesetzt wird. Denn Solidarität und soziale Zusammenhänge können nur durch eine demokratische Balance verschiedener Interessen, durch Institutionen und Gesetze, multilaterale Vereinbarungen und Vorschriften auf globaler Ebene gewährleistet werden.

### *Die Debatte um den Widerstand gegen das Imperium*

Dies ist der europäische Grundkonsens der offiziellen protestantischen Kirchen in ihrer Mehrheit mit Abweichungen nach rechts und links in der politischen Analyse und der politischen Einschätzung. Ganz auf dieser Linie liegt das Papier des Schweizer Evangelischen Kirchenbundes „Globalance – christliche Perspektiven für eine menschengerechte Globalisierung“. An dieser Stelle möchte ich einen Dissens benennen, der in den europäischen Papieren aufleuchtet – sowohl bei der KEK als auch beim Schweizer Evangelischen Kirchenbund und auch bei der Stellungnahme der EKD-Kammer für nachhaltige Entwicklung, die vom Rat der EKD nicht als offizielle EKD-Position angenommen worden ist, aber wenn man so will, eine im Protestantismus zurzeit vorliegende differenzierte Position repräsentiert.

Im Blick auf Positionen, die im Schlussdokument von Accra und im AGAPE-Dokument des ÖRK vertreten wurden, hat sich der Schweizer Evangelische Kirchenbund an einer Stelle explizit positioniert. Das ist die Frage, wie der Begriff des Imperiums und des Widerstands gegen das Imperium analytisch und theologisch einzuordnen sind. Ich zitiere nur ausschnittsweise diesen kurzen Abschnitt, um den Streitpunkt zu markieren, auf den wir sicher zurückkommen werden:

„Kirchliche Wachsamkeit und wo nötig Widerstand gegenüber besorgniserregenden Machtkonzentrationen trägt dazu bei, die demokratischen Strukturen einer Gesellschaft und ein funktionierendes Marktsystem zu erhalten. Bevor allerdings diese Auseinandersetzung vorschnell mit Metaphern aus der biblischen Apokalypstik und mit Verweis auf den Widerstand gegen das Römische Imperium in der Offenbarung theologisch aufgeladen wird, ist zu prüfen, ob die weltweit, auch in der politischen Ethik geführte Debatte um global governance, um Weltordnungspolitik durch seine Differenziertheit nicht fruchtbarer ist als die Konzentration auf den Begriff des Imperiums.“



Diese Positionierung ist anschließend an verschiedenen Stellen kontrovers aufgenommen worden. Meine persönliche Überzeugung ist, dass diese Debatte noch nicht ausreichend unter uns geführt worden ist. Ich frage deshalb: Hindert uns ein ungeklärter Dissens an dieser Stelle daran, zu gemeinsamen strategischen Prioritäten zu kommen? Falls ja, könnte es notwendig sein, uns auf dieser Tagung über zwei Fragen zu verständigen: 1. Teilen wir die der Imperiumsdebatte zugrunde liegende gesellschaftliche Analyse?, 2. Teilen wir die Auffassung, dass die theologische Imperiumskritik den entscheidenden Ansatzpunkt für eine theologisch-kirchliche Positionierung markiert?

### **3. Klimagerechtigkeit, Nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung: Ziele, Strategien, Aktionen, exemplarische Handlungsfelder der Kirchen**

Die vom ÖRK und vom AGAPE-Prozess eingenommenen Positionen sind dadurch bestimmt, dass die Perspektive der unter Ausschluss und Ungerechtigkeit Leidenden, insbesondere, aber nicht nur, in den Ländern des Südens, einen besonderen hermeneutischen Zugang beanspruchen. Sie fordern das eindeutige Zeugnis der Kirchen an der Seite der Armen ein und nicht eine abstrakte, abwägende Position, die dies außer Acht lässt. In prophetische Sprache werden die Mächtigen und Nutznießer vorhandener Unrechtsstrukturen angeklagt. Den Verlierern der Globalisierung wird eine besondere Stimme gegeben. Das Anliegen ist, deren Gemeinschaften zu stärken, sodass sie sich in ihrem Widerstand gegen vorhandenes Unrecht und in der Entwicklung nachhaltiger Lebensgemeinschaften an der Basis als Subjekte der Veränderung erleben und dadurch selbst dazu beitragen können, Perspektiven für eine gerechte und nachhaltige Entwicklung zu schaffen. Das AGAPE-Dokument fordert die Priorität dieser Perspektive meines Erachtens zu Recht im weltweiten Leib Christi ein. Denn „wenn ein Glied des Leibes Christi leidet, leiden alle Glieder mit“.

#### *Option für die Armen und wirtschaftlicher Sachverstand*

Während der ÖRK-Vollversammlung in Porto Alegre brachte Wolfgang Huber als Moderator des Plenums zur Globalisierung meines Erachtens eine zentrale Frage auf den Punkt: „Wie können die biblische Option für die Armen und wirtschaftlicher Sachverstand sinnvoll aufeinander bezogen werden, mit dem Ziel, dass Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, die umsetzbar sind und in der weltweiten Debatte Gehör finden?“ Eine solche Zielvorgabe beinhaltet allerdings auch eine Problemanzeige: Worauf muss man sich einlassen, um bei denen, die die Öffentlichkeit bestimmen, gehört zu werden?

Gleichzeitig ist die Frage aber tatsächlich zentral, wie anschlussfähig und übersetzbar unsere spezifischen Zugänge innerhalb der christlichen Kirche im Blick auf die allgemeine weltweite politische und gesellschaftliche Globalisierungsdebatte sind und wie kirchliche Positionen in konkrete Handlungsvollzüge vermittelt werden können. Deswegen war es wichtig, dass die AGAPE-Selbstverpflichtung in acht Aufgabenfelder mündete, die als prioritär bezeichnet wurden: 1. Armutsbekämpfung, 2. Handel, 3. Finanzen, 4. nachhaltige Nutzung von Land und natürlichen Ressourcen, 5. öffentliche Güter und Dienstleistungen, 6. Landwirtschaft, 7. Arbeitsplätze, Arbeitsrecht und gerechte Entlohnung und der umstrittene Punkt 8. Kirchen und die Macht des Imperiums.

### *Gemeinsame Ziele, Strategien und Aktionen*

Wenn man einmal von der umstrittenen Form der AGAPE-Erklärung absieht, dann eröffnen die ersten sieben benannten Handlungsfelder ein hohes Maß an Übereinstimmung in gemeinsamen Zielen, gemeinsamen und einander ergänzenden Strategien und Aktionen zwischen den Positionen von Weltkirchenrat und Reformiertem Weltbund und den europäischen Positionspapieren. Dies gilt insbesondere für die Zielvorgaben im Bereich Welthandel und internationale Abkommen, internationale Finanzinstitutionen, internationale Finanzmärkte, Überwindung der Schuldenkrise, Anforderungen an Gestaltungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene, Mitverantwortung von Unternehmen, Aufbau tragfähiger regionaler Wirtschaftsstrukturen sowie Korruptionsbekämpfung auf allen Ebenen. Und dies gilt ebenso im Blick auf die Selbstverpflichtungen zu kirchlichem Handeln.

Der AGAPE-Aufruf enthält insofern einen grundsätzlichen Bezugsrahmen, auf den wir uns beziehen können für ein gemeinsames ökumenisches Zeugnis der Kirchen. Dies gilt allerdings unter der Voraussetzung, dass man von unterschiedlichen kontextuellen, analytischen und theologischen Perspektiven und Ansätzen aus vorhandenes Gemeinsames in den Mittelpunkt stellt und sich auf einen konstruktiven Umgang mit den verbleibenden Differenzen verständigt. Die ÖKR-Vollversammlung hat das in ihren Beschlüssen selbst bekräftigt. Sie hat nämlich beschlossen, dass der AGAPE-Prozess ausgeweitet und weiterentwickelt werden soll in Zusammenarbeit mit anderen ökumenischen Partnern und Organisationen unter vier Zielperspektiven:

1. eine vertiefte theologische Reflexion über diese Themen zu führen, die sich aus der Mitte des Glaubens heraus ergeben,
2. solide politische, wirtschaftliche und soziale Analysen durchzuführen,
3. einen ständigen Dialog zwischen religiösen, politischen und wirtschaftlichen Akteuren zu unterhalten,
4. praktische positive Ansätze aus den Kirchen auszutauschen.

*Vertiefte theologische Reflexionen und solide Analysen*

Dieser Beschluss eröffnet den Raum und die Plattform für das, was in nächster Zeit für uns dran ist: ohne dass wir unseren eigenen Kontext verleugnen müssen, ohne dass wir besserwisserisch unsere Perspektive zur allgemeinen Wahrheit erklären, aber so, dass wir arbeitsteilig und aufeinander bezogen Konkretionen entwickeln können und uns herausfordern, aber auch ergänzen können. Um zu einem glaubwürdigen Zeugnis der Kirchen zu kommen, müssen wir unseren Beitrag zur Vertiefung der theologischen Reflexionen im weltweiten ökumenischen Dialog leisten. Zugleich stehen wir vor Herausforderungen in unserem eigenen Handlungsbereich.

Dies sind andere Herausforderungen als die, vor denen etwa Kirchen in Ländern des Südens stehen, denen der Zugang zu öffentlicher Debatte und öffentlicher Einflussnahme und Mitgestaltung der Gesellschaft weit gehend verwehrt ist. Dort müssen Kulturen des Widerstandes und der Entwicklung von Alternativen gestärkt und gelebt werden, dort muss ein prophetisches und auch ein prophetisch-pragmatisches Zeugnis gestärkt werden, sodass sich dort Gestaltungsalternativen im Verfügungsbereich der betroffenen Menschen entwickeln können. Diese Situation unterscheidet sich allerdings deutlich von der unsrigen. Auch wenn wir unterschiedliche Kulturen haben, die auch bei dieser Strategietagung vertreten sind und sich entsprechend mit unterschiedlichen Einschätzungen und Aktionsprioritäten verbinden, so haben wir doch Aktionsmöglichkeiten, die zu leugnen verantwortungslos wäre, würde uns dies doch davon abhalten, unsererseits das zu tun, was wir gemeinsam tun können. Ich nenne etwas, was für uns im Augenblick besonders im Bewusstsein ist: Der Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen ist – das gilt über den historischen Horizont der 5. These der Barmer Theologischen Erklärung hinaus – eine staatliche Aufgabe.

Bei dieser Aufgabe stößt der Nationalstaat aber angesichts der Globalität der fortschreitenden Umweltzerstörung und der dadurch ausgelösten katastrophalen Entwicklungen an seine Grenze. Insofern ist die Frage, wie regional und global *governance* wahrgenommen werden kann, eine Aktualisierung der theologischen Frage nach dem Auftrag des Staates unter den Bedingungen der Globalisierung. Diese Gestaltung von *governance* einzufordern, ist in unserem Kontext gegenwärtig eine zentrale theologische Herausforderung der Kirche. Das gilt um so mehr, als voraussichtlich nur ein Zeitfenster von zehn bis fünfzehn Jahren bleiben wird, um durch konsequentes Umsteuern die Erhöhung der globalen Erwärmung auf ein noch einigermaßen verträgliches und beherrschbares Maß zu begrenzen. Nicht viel größer dürfte das Zeitfenster sein, in dem im Bereich der EU ordnungspolitische Rahmenbedingungen formuliert und durchgesetzt werden müssen, wenn dies positive Wirkung für eine weltweite ökologisch und sozial nachhaltige Gestaltung der Globalisierung entfalten soll. Konkrete Ansatzpunkte für entsprechende Gestaltungsvorschläge sind von den Kirchen zu benennen und in der gesellschaftlichen Debatte stark zu machen.

*Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung*

Gleichzeitig müssen wir als Kirchen konsequent einfordern, dass staatliche und nichtstaatliche Akteure Klima- und Ressourcenschutz und Armutsbekämpfung voranbringen. Dabei stellt sich die Frage, wie in Mehrebenensystemen, die in ihren Wechselwirkungen sehr komplex sind, bestehende Handlungsblockaden überwunden werden. Wie können zielführende Strategien gefunden und durchgesetzt werden, und was können die Kirchen mit ihren spezifischen Möglichkeiten dazu beitragen? Schließlich sind Klimaschutz, nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung eine theologisch-ethische Herausforderung. Die Kirchen sind gefragt, entschiedener für solche politischen Rahmenbedingungen einzutreten, die Wirtschaft und Gesellschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung führen. Dabei besteht eine besondere Aufgabe der Kirchen in unserem Kontext darin, in komplexen, zum Teil demokratisch kaum zu kontrollierenden Aushandlungsprozessen Öffentlichkeit und Transparenz herzustellen und so für demokratische Legitimität solcher Prozesse einzutreten.

Zusätzlich haben wir in unserem Kontext als Kirchen noch die besondere Verantwortung, zu einer gesellschaftlichen Wertorientierung beizutragen, die eine konsequent am Leitziel der Nachhaltigkeit orientierte Politik unterstützt, Menschen in ihren Rechten stärkt und sie zugleich motiviert, konsumorientierte und energieintensive Lebensstile kritisch zu hinterfragen und im Blick auf die Allgemeinverträglichkeit nach gesamtökologischen Verträglichkeits- und Gerechtigkeitskriterien auszurichten.

*Exemplarische Handlungsfelder der Kirche*

Handlungsperspektiven, die uns als Kirche gegeben sind, reichen von global zu entwickelnden Rahmenbedingungen bis zu exemplarischen Veränderungen in unserer eigenen Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftskultur. Martin Büscher hat zu Recht darauf hingewiesen: Wir dürfen uns nicht nur darauf beschränken, Analyse und Kriterienfindung zu betreiben, sondern müssen darüber hinaus auch zu Instrumenten und exemplarischen und methodischen Konkretisierungen kommen, die in unseren eigenen Handlungshorizont hineinreichen.

Es geht darum, die Anschlussfähigkeit an relevante Institutionen und Prozesse zu stärken. Die Frage, wie wir als Kirche methodisch exemplarische Handlungsfelder deutlich machen und in Selbstbindung unser eigenes Handeln so ausgestalten, dass beispielhaft deutlich wird, in welche Richtung der Zug sich in Bewegung setzen muss, ist etwas, was nicht nur auf wissenschaftlicher Fachebene möglich ist. Ich erinnere an die Aktion „Grüner Hahn“, bei der es um ein Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement geht, bei dem jede Kirchengemeinde einsteigen kann. Ich erinnere an die Frage des nachhaltigen Investments, wo Kirchen begonnen haben, entsprechend dieser Leitlinien ihre Investitionen zu überprüfen und neu auszurichten. Ich

erinnere daran, dass wir auch die Möglichkeit haben, direkt ins politische Geschehen einzuwirken, wie es mit dem von unserer westfälischen Landeskirche mit initiierten Klimabündnis jetzt geschieht und wie wir es im Dialog mit verantwortlichen Politikern tun. Ich nenne als Beispiel den gemeinsamen Vorstoß von [erlassjahr.de](http://erlassjahr.de), Evangelischer Kirche von Westfalen und Gemeinsamer Konferenz Kirche und Entwicklung zur Frage der Illegitimen Schulden.

#### 4. Ausblick

Im Rahmen unserer Strategietagung wollen wir angesichts der drohenden Klimakatastrophe als größter vor uns liegender Herausforderung gemeinsam die Ansatzpunkte identifizieren, an denen wir wirksam zu einer weltweit menschengerechten, sozial und ökologisch nachhaltigen Gestaltung der Globalisierung beitragen können. Als Teil der einen Kirche Jesu Christi und in weltweiter ökumenischer Gemeinschaft in Zeugnis und Dienst haben wir als Kirche mit unseren kirchlichen Fachinstitutionen, Netzwerken, Basisgruppen und in unseren Kooperationsfeldern mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen in unserem eigenen Kontext in Europa wie in weltweiter Zusammenarbeit der Kirchen vielfältige Möglichkeiten, unsere christlichen Perspektiven für nachhaltige Entwicklung und menschengerechte Globalisierung einzubringen.

Folgendes kann uns dabei grundlegend leiten:

1. Wir sollten die mit der neoliberalen Globalisierung einhergehenden Ungerechtigkeiten so konkret wie möglich benennen und Ansatzpunkte zu ihrer Überwindung und zur Förderung von Gerechtigkeit entschlossen nutzen.
2. Weil die Globalisierung des 21. Jahrhunderts kein unveränderlicher Sachzwang ist, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen, muss und kann sie auch menschengerecht und nachhaltig gestaltet werden mit dem Ziel, Armut zu überwinden, Ungleichheit abzubauen und Ungerechtigkeit zu vermindern.
3. Die Umsetzung der universellen unteilbaren individuellen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte bedarf starker, wirksamer Instrumente der Rechtsdurchsetzung auf internationaler Ebene. Zur menschengerechten Gestaltung der Globalisierung gehört deshalb eine starke Ordnungspolitik als notwendige Rahmenbedingung des globalen Marktes. Wie der nationale, muss auch der internationale Markt durch eine Ordnungspolitik einen Rahmen bekommen und verantwortlich gestaltet werden (global governance).
4. Die Prinzipien der Nachhaltigkeit müssen in allen Wirtschaftsprozessen, in Produktion und Konsum, verankert werden. Das beinhaltet die durchgängige Beachtung des Vorsorgeprinzips, Ressourcen- und Klimaschutz: rationeller und effizienter Einsatz von Energie, die Vermeidung des Raubbaus an der Natur bei der Gewinnung von Rohstoffen sowie eine standortgerechte Landwirtschaft.

5. Für die konkrete Umsetzung dieser grundlegenden Perspektiven bieten die bislang erarbeiteten Stellungnahmen der Konferenz Europäischer Kirchen, des Schweizer Evangelischen Kirchenbundes, der EKD-Kammer für Nachhaltige Entwicklung und der Evangelischen Kirche von Westfalen gute gemeinsame Ansatzpunkte. Weitere Handlungsfelder, insbesondere die Forderungen des Klimabündnisses, aber auch das Thema der Illegitimen Internationalen Schulden, sind auf der Tagesordnung und müssen strategisch von uns angegangen werden.

6. Entscheidend wird sein, dass wir uns in unserem Einsatz für eine Wirtschaft im Dienst des Lebens angesichts der Komplexität der gegenwärtigen Globalisierungsprozesse weder einschüchtern lassen durch Ohnmachtsgefühle, noch diese übernehmen. Wir sollten uns vielmehr konzentrieren auf das, was unsere besonderen Handlungsmöglichkeiten als Kirche im europäischen Kontext sind – in verbindlicher Gemeinschaft mit den Schwesterkirchen in der Einen Welt, denen wir in Gottes Verheißung und Sendung, Auftrag und Dienst verbunden sind. Dann können wir einander in unserem gemeinsamen und wechselseitig stellvertretenden Zeugnis im Vertrauen auf die wirksame Gegenwart des Geistes Gottes stärken. Die Kraft zur Verwandlung liegt nicht in uns selbst und unseren Möglichkeiten, sondern in der Bitte „In Deiner Gnade, Gott, verwandle die Welt!“.

Natürlich werden wir immer wieder Rückschläge erleben. Aber die Frage ist, ob wir anschaulich darstellen können, aus welcher Verheißung und Hoffnungsvision wir leben und wie dies Spuren in unserem eigenen kirchlichen Leben und in unseren gesellschaftlichen Bündnissen hinterlässt.

Lasst uns in diesem Sinne diese Strategietagung miteinander dazu nutzen, die Herausforderungen zu analysieren, strategische Prioritäten zu beschreiben und Handlungskonkretionen zu entwickeln!

Wo wir Sorge haben, in unserer Analyse, mit unseren strategischen Prioritäten und Handlungskonkretionen hinter dem zurückzubleiben, was notwendig ist, da lasst uns einander kritisch herausfordern. Zugleich lasst uns aber die Chance nicht verspielen, eine gemeinsame Plattform zu entwickeln, die uns ermöglicht, nicht in Konkurrenz zu einander, sondern in Arbeitsteilung und Stellvertretung mit Synergie zu arbeiten.

Wenn uns dies gelingt, dann kann diese Tagung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass unsere Kirchen in unserem Kontext gemeinsam mit den Geschwistern der weltweiten Ökumene auf dem Weg bleiben im Korridor des Bekenkens. Dann können wir heute als Kirchen in unserem europäischen Kontext einen wichtigen Beitrag leisten zur Umkehr aus der Sackgasse des eingangs beschriebenen Negativszenarios. Dann besteht Hoffnung, dass wir trotz absehbar schwierigerer Rahmenbedingungen kirchlicher Arbeit in zehn Jahren zurückblicken können auf eine Dekade, in der unsere Kirchen gemeinsam mit ihren Schwesterkirchen in Europa und weltweit ihren Beitrag geleistet haben zur Gestaltung der Globalisierung im Dienst des Lebens.

# Globalisierung und Kirche: Trends und Herausforderungen heute und in zehn Jahren

KLAUS HEIDEL

## **These I: Zunehmende Widersprüche**

Globalisierungsprozesse zeichnen sich seit ihrem Beginn – und das heißt, seit dem 16. Jahrhundert – durch Widersprüche aus. Dies gilt auch für die jüngste, in den späten 1970er Jahren einsetzende Phase mit den großen Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Privatisierungsprojekten, dem Preisverfall für Transport und Kommunikation, dem Siegeszug des PC, dem Massenzugang zum World Wide Web und dem Zerfall der bipolaren Weltordnung.

Die einzelnen kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Prozesse verlaufen keinesfalls immer parallel. Hierauf deutet die Gleichzeitigkeit einer Globalisierung der US-amerikanischen Kultur und der Renaissance nationaler und regionaler Fundamentalismen hin. Außerdem zeichnet sich die wirtschaftliche Globalisierung – selbst die in ihrer „neoliberalen“ Variante – durch widersprüchliche Entwicklungen aus: Liberalisierungen stehen neben Protektionismus, Integration neben Fragmentierungen und die global entgrenzten Aktivitäten auf den Finanzmärkten neben einer Stärkung regionaler Freihandels- und Wirtschaftszonen. Es besteht Anlass zur Vermutung, dass diese Widersprüche im Verlauf der Globalisierung zunehmen werden.

## **These II: Menschliche Entwicklung: kein einheitlicher Trend**

Auch menschliche Entwicklung in Zeiten der Globalisierung zeichnet sich durch Widersprüche aus und lässt sich nur unvollständig mithilfe von Armutsindikatoren abbilden (und schon gar nicht mit nur einem einzigen Indikator). Schon allein deshalb gibt es auf die Frage, ob Armut weltweit zu- oder abgenommen hat, keine eindeutige Antwort. Dies gilt erst recht hinsichtlich des kausalen Zusammenhangs mit Globalisierungsprozessen.

Ob diese zu Fortschritten, Stagnation oder Rückschritten bei den einzelnen Dimensionen menschlicher Entwicklung geführt haben, hängt erstens von der jeweiligen Dimension, zweitens von der jeweiligen Region und drittens von der Art der

betrachteten Globalisierungsprozesse ab. Trotz dieser Vorbehalte ist unbestreitbar, dass es in den meisten Ländern in Afrika südlich der Sahara zum Teil dramatische Einbrüche bei einzelnen Dimensionen menschlicher Entwicklung gegeben hat.

### **These III: Vermachtet und polarisiert: Globale Märkte sind kein globales Dorf**

Obgleich wirtschaftliche Globalisierungsprozesse weithin durch die politischen Projekte der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung geprägt sind, haben sie dennoch die (schon früher anzutreffende) Vermachtung des Weltmarktes verfestigt und zum Teil verschärft. Zugleich trieben sie (teilweise) die binnen- und (nahezu immer) die zwischenstaatliche Polarisierung voran.

So konnten nur wenige Entwicklungs- und die neuen EU-Mitgliedsländer Mittel- und Osteuropas zum triadischen Kreis (Nordamerika, Europäische Union, Ostasien) aufschließen. Während nur wenige Entwicklungsländer für den globalen Markt von Bedeutung sind, sind viele Entwicklungsländer – vor allem in Afrika südlich der Sahara – wohl für lange Zeit an den Rand der Weltwirtschaft gerückt. Umgekehrt aber ist für diese (weltwirtschaftlich gesehen) peripheren Länder der Weltmarkt von herausragender Bedeutung.

Diese asymmetrische Integration in die Weltwirtschaft tendiert zur Selbstverschärfung und raubt den betroffenen Ländern Verhandlungsmacht gegenüber den triadischen Kernen. Verfestigt wird diese Vermachtung durch die herausragende Stellung transnationaler Unternehmen, die technischen Fortschritt und Finanzmärkte kontrollieren, sich aber staatlicher Kontrolle tendenziell entziehen.

### **These IV: Der Markt zeigt keine „wahren“ Preise**

Aufgrund der Selbstentmachtung der Politik in Zeiten der Globalisierung und der Macht transnationaler Unternehmen konnten Marktbedingungen durchgesetzt werden, die den Prozess der Externalisierung von Kosten durch Unternehmen fördern beziehungsweise eine Internalisierung externalisierter Kosten verhindern.

Mit der Behauptung, Marktteilnehmer könnten mit externen Kosten am besten selbst umgehen, verhindern sie Lenkungsabgaben. Einzelwirtschaftliche Interessen können sich so gegen volkswirtschaftliche durchsetzen – mit negativen Folgen für eine Allokation, die einer nachhaltigen Entwicklung dienen würde.



## **These V: Zunehmende De-Formalisierung**

In vielen Ländern nehmen De-Formalisierungsprozesse und mit ihnen die soziale Unsicherheit zu. Dies gilt besonders für die Arbeitsmärkte: In vielen Entwicklungsländern – und das gilt in besonderer Weise für die afrikanischen Länder südlich der Sahara – dehnt sich die informelle Wirtschaft immer weiter aus. In Afrika südlich der Sahara sind über 90 Prozent der in den letzten zehn Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze in der informellen Wirtschaft entstanden. Auch in den triadischen Ländern macht sich mit der postfordistischen Krise des Normalarbeitsverhältnisses Unsicherheit auf den Arbeitsmärkten breit. Dies gilt selbst für jene Beschäftigten, die die neuen Qualifikations- und Flexibilitätserfordernisse erfüllen können. Unterhalb der erforderlichen Qualifikationsniveaus aber wird Erwerbsarbeit auf Dauer prekär bleiben.

Außerdem schlägt sich die zunehmende De-Formalisierung in einem Wachstum informeller Siedlungen („Slums“) nieder, die in vielen Entwicklungsländern urbane Strukturen mehr denn je prägen.

## **These VI: Privatisierung der Gewalt**

Vor allem in vielen afrikanischen Ländern traten und treten an die Stelle von zwischenstaatlichen Kriegen Bürgerkriege und bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, bei denen wirtschaftliche Interessen eine maßgebliche Rolle spiel(t)en. Vorangetrieben werden diese bewaffneten Auseinandersetzungen von nichtstaatlichen Rebellen- und Söldnertruppen unter der Führung von Warlords – nicht selten sogar ohne Beteiligung einer staatlichen Konfliktpartei. Auf diese Weise wird im erodierten Staat die Gewalt privatisiert, und an die Stelle staatlicher Sicherheitskräfte treten private Armeen. Zugleich entstehen Bürgerkriegsökonomien, die in vielfältiger Weise mit globalen Netzwerken krimineller Unternehmen verknüpft sind. Die sich solcherart festsetzenden Kriegsökonomien beschleunigen die De-Formalisierung sozialer, wirtschaftlicher und staatlicher Strukturen bei Übernahme staatlicher Gewaltfunktionen durch private Akteure. Zugleich fördern sie das Wuchern einer globalen kriminellen Schattenwirtschaft. Angesichts dieser Entwicklungen gewinnt an Bedeutung, dass viele Staaten zunehmend dazu übergehen, militärische Dienstleistungen zu privatisieren. Diese Privatisierung von Gewalt tendiert zur Selbstverstärkung.

## **These VII: Privatisierung staatlicher Regulierungsfunktionen**

Der staatliche Rückzug von Regulierungsfunktionen als Antwort auf das wuchernde Misstrauen in die Problemlösungskapazität des Staates findet seinen Niederschlag in

der von staatlichen Akteuren betriebenen Bevorzugung marktlicher Instrumente zur Durchsetzung sozialer und ökologischer Standards. Vor allem dort, wo es um die Verwirklichung grundlegender Arbeitsnormen und weiterer sozialer und wirtschaftlicher Rechte geht, überlassen staatliche Akteure dem Markt, was des Marktes nicht sein darf. Diese Tendenz führt auf internationaler Ebene zu einer Privatisierung der Multilateralität, wofür der Global Compact und das Scheitern des Versuches, UN-Normen für transnationale Unternehmen durchzusetzen, prominente Beispiele sind.

## **These VIII: Destabilisierende Finanzarchitekturen**

Die Liberalisierung der Finanzmärkte hat zu einer Entgrenzung und Beschleunigung transnationaler Aktivitäten geführt, die zunehmend zu einer Bedrohung von Volkswirtschaften werden. Der Aufstieg institutioneller Anleger veränderte in Ländern mit traditionell mittelfristigen Unternehmensstrategien durch die Durchsetzung des Shareholder Value das Unternehmensverhalten nachhaltig und orientierte es hin auf das ausschließliche Ziel einer hohen Rendite. Vor allem das dynamische Wachstum der Hedgefonds und ihr kaum noch einzuhegender Einfluss können unter bestimmten Umständen zu einer Bedrohung wirtschaftlicher Stabilität werden.

Der anhaltend hohe Kapitalbedarf der USA mit ihrer wachsende Staatsverschuldung bei steigendem Leistungsbilanzdefizit können zu einer Bedrohung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes und der internationalen Finanzmärkte anwachsen. Zugleich ist das hohe Niveau der ostasiatischen Dollarreserven janusköpfig – es kann sowohl konfliktdämpfend wirken als auch ökonomischen und politischen Konfliktstoff in sich bergen. Grundsätzlich ermöglicht die vorherrschende Finanzarchitektur Steuerflucht und Steuervermeidung in Milliardenhöhe – mit vor allem (aber nicht nur) für Entwicklungsländer katastrophalen Folgen. Nicht zuletzt ging die Liberalisierung der Finanzmärkte mit dem Einsetzen eines ruinösen Steuersenkungswettlaufes der Staaten einher, der diese schwächte und sie zu Einschnitten bei der Bereitstellung sozialer Dienste zwang, was aber weithin angesichts des verbreiteten Staatsmisstrauens als Modernisierung missverstanden wurde.

## **These IX: Die Auflösung der Unipolarität als Krisenursache?**

Die seit dem Zerfall der bipolaren Weltordnung vorherrschende Unilateralität wird sich mit dem weltwirtschaftlichen und -politischen Aufstieg Chinas und (mit geringer Verzögerung) Indiens auflösen. So hat China im ostasiatischen Zentrum der Triade Japan als Führungsmacht abgelöst und wird in wenigen Jahren Exportweltmeister sein.

Schon jetzt ist der wirtschaftliche und politische Einfluss Chinas in Afrika unübersehbar und die sprichwörtliche Plastiksandale „Made in China“ in jedes Dorf vorgedrungen. Nicht auszuschließen ist, dass die Europäische Union als bevorzugter Wirtschaftspartner Afrikas deutlich an Bedeutung und damit auch an politischem Einfluss verlieren wird. Auch Lateinamerika rückt zunehmend in das Blickfeld der chinesischen Politik und Wirtschaft. In diesen Regionen besteht die Möglichkeit, dass es vor allem mit den USA zu Positionierungsauseinandersetzungen (auch im Blick auf afrikanische Rohstoffe) kommen könnte.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das starke finanzielle Engagement Chinas in den USA besondere Bedeutung. Zwar ist eine krisenhafte Zuspitzung der Führungsrivalität nicht zwangsläufig, angesichts der zunehmenden sozialen Verwerfungen in China und der Spannungen unvollkommener Modernisierungsprozesse ist aber nicht auszuschließen, dass China zur Stabilisierung einer gesamtchinesischen Identität im Interesse der Herrschaftssicherung der Führungseliten zu einer Verschärfung des Konfliktes mit Taiwan greift.

Angesichts solcher Gefahrenpotenziale ist bedenklich, dass die USA seit Mitte der 1990er Jahre verstärkt auf einen Unilateralismus bei Schwächung multilateraler Strukturen und Organisationen setzten, da nur ein starkes multilaterales System in der Lage sein dürfte, die zwangsläufigen Turbulenzen bei der Ersetzung der uni- durch eine multipolare Weltordnung zu dämpfen.

## **These X: Gefahr von Ressourcenkonflikten**

Angesichts der durch den sich beschleunigenden Industrialisierungsprozess Chinas und Indiens wachsenden Weltnachfrage nach Rohstoffen – und dies gilt insbesondere für Erdöl und Erdgas – und der Endlichkeit dieser Ressourcen besteht die Gefahr künftiger Ressourcenkonflikte, die das bisher gekannte Ausmaß übersteigen. In jedem Falle wird der zunehmende Energiebedarf Chinas und Indiens zu einem Preisanstieg auf den entsprechenden Rohstoffmärkten führen – mit deutlich nachteiligen Folgen für alle Entwicklungsländer, die nicht über diese Ressourcen verfügen.

## **These XI: Drohende Klimakatastrophe als größte Herausforderung**

Spätestens mit der Vorlage des vierten Berichtes des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) ist in das Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt, dass nichts die menschliche Entwicklung und die menschliche Sicherheit so sehr bedroht wie die Klimakatastrophe, die unabwendbar sein dürfte, sollte nicht rasch ein radi-

kaler Politikwechsel zu einer drastischen Absenkung der anthropogenen Emissionen von Treibhausgasen führen.

Dies setzt aber eine Abkehr von einer Politik des staatlichen Rückzuges voraus. Wie notwendig staatliche Regulierungen sein werden, zeigt die PR-Offensive der Automobilindustrie, mit der ein Vertrauen in die Selbstregulierungsfähigkeit des Marktes gesellschaftlich mehrheitsfähig gemacht werden soll. Angesichts der Tatsache, dass die drohende Klimakatastrophe vor allem in Entwicklungsländern verheerende Folgen haben würde, ist das entschiedene Eintreten für den Klimaschutz die vorrangige entwicklungspolitische Aufgabe der Zeit.

## **These XII: Das Primat der Politik durchsetzen**

Angesichts der globalen Herausforderungen ist es unabdingbar, das Primat der Politik gegen die Dominanz des Ökonomischen durchzusetzen. Hierbei sind eine Stärkung von Staaten und ein Ausbau multilateraler Institutionen bei einer effizienten Reform der Vereinten Nationen ebenso erforderlich wie der Ausbau verrechtlichter Global Governance-Strukturen auf der Grundlage der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte.

Daher dürfen die Europäische Union und ihre Mitgliedsländer in keinem Falle zur Schwächung des Multilateralismus – etwa durch bilaterale Wirtschafts- und Handelsabkommen – beitragen. Im Gegenteil: Ihre Stärkung muss vorrangiges Ziel sein.

Zugleich sollten die Organe der Europäischen Union und die politischen Entscheidungsinstanzen ihrer Mitgliedsländer für einen öffentlichen Bewusstseinswandel werben mit dem Ziel, dass ein starker demokratischer Staat wieder als das gesehen wird, was er ist: eine der größten zivilisatorischen Errungenschaften der Neuzeit. In diesem Sinne ist es zwar richtig, zivilgesellschaftliche Strukturen – auch in Entwicklungsländern – zu stärken, dies darf aber nicht zu einer Überschätzung der Zivilgesellschaft und vor allem nicht zu einer Abwertung von Strukturen und Institutionen des demokratischen Rechtsstaates führen.

## **These XIII: Herausforderungen für kirchliches Handeln**

Vor diesem Hintergrund ist es die vorrangige Aufgabe der Kirchen und ihrer ökumenischen Gemeinschaft, konkrete Interventionspunkte für eine Gestaltung von Globalisierungsprozessen zu identifizieren, die den größtmöglichen Erfolg im Sinne einer Durchsetzung der Menschenrechte und ökologischer Ziele versprechen, und sich hierfür gemeinsam zu engagieren.

In diesem Sinne sind nicht theoretische (theologische) Debatten vordringlich, sondern gemeinsame, ökumenisch verabredete und arbeitsteilig durchgeführte politikrelevante Initiativen der Kirchen, wobei dem Ökumenischen Rat der Kirchen eine besondere Koordinationsfunktion zukommen muss. Hierbei könnte eventuell eine Weiterentwicklung der erkenntnistheoretischen Denkfigur eines „prophetischen Pragmatismus“ (Cornel West) hilfreich sein. In jedem Falle sollten sich Kirchen angesichts der Unterschiedlichkeit von Kontexten und der Widersprüchlichkeit von Entwicklungen gegenseitig im Sinne wechselseitiger Rechenschaftspflicht ernst nehmen und sich nicht mit einer Hermeneutik des Verdachts begegnen. Wenn Kirchen solcherart gemeinsame Initiativen realisieren, werden sie auf diese Weise auch den ökumenischen Zusammenhalt stärken.

## **Rückfragen und Diskussion**

In der anschließenden Diskussionsrunde werden noch einmal einzelne Thesen des Vortrags thematisiert. Insbesondere geht es dabei um die Rolle der EU im Kontext der Globalisierung und darum, in wieweit die EU-Verfassung zu einer Verschärfung der Problematik beiträgt. Einigkeit besteht im Plenum darüber, dass an diesem Punkt weitergearbeitet werden soll

Ebenfalls wird die Rolle „des Staates“ auf einer allgemein-theoretischen Ebene, im Bezug auf die Zivilgesellschaft angesprochen. Es sei keinesfalls so, dass das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft als ein konfrontatives Gegenüber zu verstehen sei, vielmehr sitzen sie „in einem Boot“ bezogen auf die Herausforderungen der Globalisierung. Dies zu erkennen und sinnvoll in Anwendung zu bringen, sei eine der Herausforderungen der nächsten Zeit.

Als besonders wichtig für die künftige Arbeit aller mit diesem Thema Befassten wird der gesamte Bereich der Klimaentwicklung und -politik angesehen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Diskussionsrunde sind sich darin einig, dass das Thema „Klimakatastrophe“ paradigmatisch für viele Themen zu betrachten ist. In diesem Zusammenhang können sowohl die Sicherheitspolitik und die Frage nach dem Umgang mit Ressourcen als auch entwicklungspolitische und Wirtschaftsfragen diskutiert werden.

# Gerechter Zugang zu den Ressourcen – Beiträge zu einem nachhaltigen Klimaschutz

JOACHIM SPANGENBERG

## 1. Einleitung

Seit 1950 hat sich das Volumen der Weltwirtschaft mehr als verfünffacht; die Umweltbelastungen sind dementsprechend gestiegen, ohne dass die Verteilungsprobleme in und zwischen den Ländern gelöst worden wären, im Gegenteil. Ursachen des Wachstums sind die Bevölkerungszunahme einerseits und das gestiegene Pro-Kopf-Einkommen andererseits; der wachsende Konsum wurde im Süden armuts- und im Norden wohlstandsbedingt in nicht-nachhaltige Konsummuster umgesetzt (UNEP 1999). Eine Tendenz zu einer mit steigendem Wohlstand abnehmenden Ungleichverteilung tritt nur dann auf, wenn sich eine umverteilende Sozialpolitik gegenüber ökonomischen Eigeninteressen durchsetzt; auch hohe Wachstumsraten führen nicht zu mehr Verteilungsgerechtigkeit. Ähnliches gilt für die Entwicklung der Umweltbelastung mit wachsendem Wohlstand: Ein quasi automatischer Rückgang der Gesamt-Umweltbelastung findet nicht statt.

Insofern ist es sozial keine Erfolgsgarantie und ökologisch Besorgnis erregend, wenn je nach Szenario im Laufe des Jahrhunderts eine Verfünffachung (UNDP et al. 2002, S. 6) bis Verzehnfachung des Weltbruttoinlandsprodukts (IPCC et al. 2000) erwartet wird, denn zumindest heute ist das Wirtschaftswachstum weder sozial ausgerichtet, noch umweltverträglich. Dies gilt angesichts der zurzeit rund 700 Milliarden € Subventionen für nicht-umweltgerechte Praktiken in Verkehrs-, Landwirtschafts-, Wasser- und Energiepolitik (OECD 2001a) ebenso wie für ein internationales Handelssystem, dessen Preise die sozialen und ökologischen Lasten nicht widerspiegeln, die bei Herstellung und Vertrieb der gehandelten Güter und Dienstleistungen entstehen. Als Folge häufen sich die ökologischen und sozialen „Schulden“ der reichen Industriestaaten in einem Maße an, dass dagegen die Kreditschulden des Südens verblassen (Martinez-Alier 1998).

Auch wenn es vielen besser geht, treffen Armut, Hunger und Unterernährung so viele Menschen wie nie zuvor; die Zerstörung der Regenwälder schreitet ebenso ungebrochen voran wie die Ausbreitung der Wüsten (WWF 2000; OECD 2001; UNEP 2002). Der Norden leidet mit; Umwelterkrankungen sind inzwischen für 5 Prozent der Krankheitskosten in den reichen OECD-Staaten, für 8 Prozent in den weniger wohlhabenden OECD-Staaten und für 13 Prozent in den Staaten außerhalb der OECD verantwortlich (OECD 2001, S. 249).

Globale Umweltprobleme wie Ausmaß und Tempo der Klimaveränderungen und die Ausdünnung der Ozonschicht betreffen die Industriestaaten Europas ebenso wie die örtlichen Probleme der städtischen Luftqualität und Lärmbelastung, Überdüngung in der Intensivlandwirtschaft oder Waldschäden (2002 sind rund 2/3 aller Bäume sichtbar geschädigt, mehr als in den 80er Jahren, als das „Waldsterben“ noch die politische Tagesordnung beherrschte). Länder wie Deutschland oder die Schweiz profitieren als Handelsnationen mit großen Außenhandelsüberschüssen maßgeblich von den internationalen Handelsbedingungen und den Preisen, die nicht die „ökologische und soziale Wahrheit sagen“ (v. Weizsäcker). Österreich importiert inzwischen sogar in großen Mengen Holz, das verarbeitet wieder exportiert wird – aber die Kehrseite dieser Arbeit und Wohlstand schaffenden „Veredelungswirtschaft“ (Erb 2002) ist die „Verelendungswirtschaft“ im Süden, wo sich die Umweltschäden aus dem Rohstoffexport häufen, Arbeitsplätze und Einkommen aber knapp bleiben. Individuell tragen zudem die Bundesbürger als „Tourismus-Weltmeister“ zur Belastung von Küsten, Inseln und anderen Tourismusparadiesen bei, Binnenlandbewohner/innen sind durch ihren steigenden Fischkonsum für die Überfischung der Meere mitverantwortlich und wir alle verursachen durch übermäßigen Fleischverbrauch die Übernutzung der Landschaft.

## 2. Globale Umweltveränderungen: Sachstand und Trendprognose

Bei der Betrachtung globaler Umweltveränderungen sind grundsätzlich zwei Mechanismen zu unterscheiden: einerseits solche Belastungen, die als global betrachtet werden, weil ihre Wirkmechanismen grenzüberschreitend sind, und andere, die zwar auf lokal oder regional begrenzte Wirkungen zurückgehen, deren simultanes weltweites Auftreten aber dazu führt, sie ebenfalls als globale Umweltbelastungen zu betrachten. Zur letzteren Kategorie gehören insbesondere solche Phänomene, deren Omnipräsenz nicht den ökologischen, sondern sozioökonomischen Globalisierungstendenzen geschuldet ist. Dazu zählen zum Beispiel Küsten und Meeresbelastungen unter anderem durch Tourismus und Industrieansiedlungen, Verlust von Fischbeständen durch Überfischung, Grundwassergefährdungen, Probleme von Land- und Forstwirtschaft und die biologische Vielfalt sowie die in der EU stagnierenden, weltweit aber stark zunehmenden Stoffströme.

Sehr grob vereinfacht korreliert diese Unterscheidung mit der Art des hauptsächlich belasteten Umweltmediums: Während luftgetragene Verunreinigungen in der Lage sind, weite Strecken zurückzulegen und globale Wirkungen zu entfalten, gilt dies für Wasserbelastungen nur begrenzt und für Bodenbelastungen nicht. Insofern ist eine Betrachtung der betroffenen Ökosysteme hilfreich, um die Art der regionalen oder globalen Wirkung zu identifizieren.

Die wichtigsten Umweltprobleme der Zukunft (nach UNEP 1999, S. 334) stammen aus beiden Bereichen und umfassen unvorhergesehene Ereignisse wie auch bekannte Risiken, auf die bisher nicht adäquat reagiert wurde – letztere überwiegen naturgemäß deutlich. Sie sind (Prozent-Nennungen in der UNEP-Umfrage, Mehrfachnennungen möglich): Klimawandel (51%), Süßwasserknappheit (29%), Waldzerstörung und Wüstenbildung (28%), Süßwasserverschmutzung (28%), Verlust der biologischen Vielfalt (23%), Abfallwirtschaft (20%), Luftverschmutzung (20%), Bodenzerstörung (18%), Störung von Ökosystemfunktionen (17%), Chemikalienprobleme (16%), Ozonabbau (15%), neue Krankheiten (14%), Industrieemissionen (10%), invasive Arten (6%), Meeresverschmutzung (6%), Küstenschäden (5%), persistente bioakkumulierbare Schadstoffe (4%). Weitere Nennungen befassen sich nicht mit einzelnen Belastungsfaktoren, sondern mit ihren Wirkungen und deren Interaktion.

Klimaveränderungen, die die Tabelle anführen, sind jedoch nicht nur ein Risiko der Zukunft, sie sind bereits heute Realität. Die Weltdurchschnittstemperatur ist in den letzten 100 Jahren deutlich gestiegen, schneller und anhaltender als irgendwann in den letzten 10.000 Jahren. Die 1990er Jahre waren das wärmste Jahrzehnt, das je auf der Nordhalbkugel beobachtet wurde. Zunehmende Niederschläge und höhere Verdunstung, abnehmende Schneedecken, abschmelzende Gletscher und steigender Meeresspiegel sind Auswirkungen des stattfindenden Klimawandels.

Die Haupttriebkkräfte von Klimawandel, Wasserverbrauch, Bodendegradation etc. sind und bleiben auf globaler Ebene:

- die wirtschaftliche und soziale Entwicklung (zurzeit trägt die Wohlstandsentwicklung im Norden mehr zur Umweltbelastung bei als die Bevölkerungsentwicklung im Süden),
- die Größe der Weltbevölkerung (in allen Szenarien wird von zunehmendem Wohlstand im Süden ausgegangen, auch mit dem Ziel der Reduzierung des Bevölkerungswachstums),
- Ausmaß und Richtung des technologischen Wandels.

## *2.1 Grenzüberschreitende Umweltprobleme aus regionalen, nationalen und globalen Quellen*

### 2.1.1 Trägermedium Atmosphäre

**Klimawandel:** Die weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen haben sich seit 1950 auf rund 25 Milliarden Tonnen vervierfacht. Gemessen in Tonnen Kohlenstoff sind dies 6,234 Milliarden t C 1998, von denen 2,267 Mrd. t C aus Asien und dem pazifischen Raum stammen, 1,677 Mrd. t C aus Europa einschließlich Zentralasien, 1,614 Mrd. t C aus Nordamerika, 0,365 Mrd. t C aus Lateinamerika und der Karibik, 0,223 Mrd. t C aus Afrika und 0,187 Mrd. t C aus Westasien (zur Definition der dieser Berechnung zugrunde liegenden Regionen siehe OECD 2001a). Der Anteil der OECD-Staaten an



den Gesamtemissionen betrug deutlich über 50%, sinkt aber infolge der Industrialisierung von Nicht-OECD-Staaten wie China ständig (um 11% seit 1973). Bei unveränderter Politik rechnet die OECD bis zum Jahre 2020 mit einem Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus ihren Mitgliedsstaaten um ca. 1/3, anstelle der im Kyoto-Protokoll vereinbarten Reduktion um 5% (die auch nur der erste Schritt zum Schutz des Klimas sein kann, vgl. die von IPCC genannten Reduzierungsziele von 50-60% bis Ende des Jahrhunderts).

Unterschiedliche Institutionen haben Szenarien zur künftigen Entwicklung insbesondere der globalen Umweltbelastungen vorgelegt. Jedes dieser Szenarien ist gleichwertig im Sinne einer Wenn-Dann-Prognose, keinem wird von wissenschaftlicher Seite eine besondere Wahrscheinlichkeit zugewiesen. Alle Szenarien sind auf ihre innere Konsistenz getestet und deshalb in sich „richtig“, was aber insbesondere in Anbetracht der komplexen Wechselwirkungen ausschließt, beliebig Elemente aus verschiedenen Szenarien zu kombinieren und aus den vorliegenden Ergebnissen Rückschlüsse auf die Ergebnisse einer solchen Kombination zu ziehen. Vielmehr müsste der resultierende Satz von Annahmen dann mit einem oder mehreren Modellen gerechnet werden, bevor irgendwelche Aussagen über das neue Annahmebündel möglich sind. Deshalb kann auch an dieser Stelle keine „optimale Strategie“ aus den verschiedenen Szenarien abgeleitet werden, sondern diese müssen – aus Platzgründen extrem selektiv und verkürzt – unabhängig voneinander beschrieben werden.

In jedem Fall sind die global zu erwartenden Kosten extrem hoch. Die Münchner Rück schätzt sie nach Angaben von UNEP wie in Tabelle 1 dargestellt:

*Tabelle 1: Klimafolgekosten*

Häufigere Wirbelstürme, Landverlust durch Anstieg des Meeresspiegels, Schäden an Fischbeständen, Landwirtschaft und Wasserversorgung	300.000 Mio. € pro Jahr
Zusatzkosten der Wasserwirtschaft	47.000 Mio. € pro Jahr
Land- und Forstwirtschaft, Schäden durch Dürre, Flut und Feuer bei Verdoppelung des atmosphärischen CO <sub>2</sub> -Gehalts	42.000 Mio. € pro Jahr
Flutvorsorge gegen Hochwasser und Stürme	1.000 Mio. € pro Jahr
Ökosystemverluste einschl. Mangrovenwälder, Korallenriffe und Lagunen	70.000 Mio. € bis 2050

### 2.1.2 IPCC – Szenarien

Das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) hat eine Vielzahl von ca. 40 Szenarien mit unterschiedlichen Annahmen zu Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaftswachstum, Verteilungs- und Entwicklungspolitik sowie technologischen Fortschritt, jedoch alle ohne gezielte Klimaschutzpolitik bezüglich der künftigen

Klimaentwicklung durchgerechnet. Diese lassen sich auf vier Grundszenarien zurückführen, die durch weitere Annahmen (z.B. Energieträger vorwiegend fossil, gemischt oder überwiegend regenerierbar) weiter differenziert wurden. Die akkumulierten Gesamtkohlenstoffemissionen liegen bis Ende des Jahrhunderts je nach Szenario bei 770 GtC (Gigatonnen Kohlenstoff) bis 2.540 GtC. Methan und Stickoxid weisen ein weites Prognosespektrum auf; oft steigen sie bis Mitte des 21. Jahrhunderts an und sinken danach ab. Die Bedeutung der Fluorwasserstoffe als FCKW-Ersatz sinkt in allen Szenarien, da andere Alternativen verfügbar werden.

Insgesamt wird vom IPCC eine Erhöhung der mittleren Erdtemperatur um  $1,5^{\circ}$ – $6,0^{\circ}$  C (IPCC 1999 nach OECD 2001a) bzw. um  $1,4$  –  $5,8$  °C (IPCC 2001) für ein wahrscheinliches Spektrum gehalten, mit erheblichen Folgen für Wasserverfügbarkeit, Niederschläge und Verdunstung. Insbesondere ist jedoch durch den höheren Energiegehalt der Atmosphäre bei höherer Temperatur eine Intensivierung von Wetterphänomenen zu erwarten, so die Verstärkung und Häufung von Hochwasser und Dürren, erhöhte Spitzengeschwindigkeiten von Stürmen und damit höhere Sturmfluten, verstärkt durch den Anstieg des Meeresspiegels durch thermische Ausdehnung und Abschmelzen des Inlandeises um 15 – 95 cm, häufigere und stärkere Wirbelstürme, insbesondere ausgehend von der Karibik. Als Folge erwartet die WHO eine stärkere Verbreitung von Krankheiten mit Zwischenwirten, einschließlich Dengue-Fieber und Malaria, über die bisherigen meist tropischen Ursprungsgebiete hinaus in angrenzende Regionen. Eine Reduzierung der Emissionen klimawirksamer Gase um 50-60% bis Mitte des Jahrhunderts (weltweit, gemessen als CO<sub>2</sub>-Äquivalente) wird für notwendig gehalten, um die – inzwischen nicht mehr vermeidbaren – Klimafolgeschäden auf einem Maß zu halten, das Natur und Gesellschaft bewältigen können (OECD 2001a). Dies kann durch unterschiedliche Politiken geschehen, die in verschiedenen Szenarien auf ihre Wirksamkeit im Zeitablauf untersucht werden.

Die Grundszenarien A2 (heterogene Welt, Abkoppelung von globaler Integration) und B2 (Schwerpunkt lokale Lösungen, langsame Technologieentwicklung) werden hier als in der Sache möglich, aber politisch vom heutigen Standpunkt eher unwahrscheinlich nicht weiter betrachtet (diese Einschätzung geht von der Annahme aus, dass die heutige Globalisierung eine pfadabhängige Entwicklung und insofern irreversibel ist). Die verbleibenden Grundszenarien A1 und B1 gehen von einer bis Mitte des Jahrhunderts steigenden und danach sinkenden Weltbevölkerung (Basis ist die niedrige Projektion von IIASA 1996, Ergebnis 8,7 Mrd. Menschen 2050 und 7 Mrd. in 2100) sowie von der zügigen Einführung neuer Technologien aus. A1 setzt zudem auf starkes Wirtschaftswachstum, B1 auf einen Strukturwandel hin zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft mit der Folge steigender Ressourceneffizienz und umfassender Dematerialisierung – eine Schlussfolgerung, die in der Literatur nicht unumstritten ist (vgl. z.B. Schauer 2002). Das letztere – relativ optimisti-

sche – Szenario entspricht am ehesten den expliziten Politikzielen von Bundesregierung und EU und wird hier als Grundlage der weiteren Diskussion genommen. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es sich bei den genannten Erwartungen um eine „best case“-Prognose handelt.

*Tabelle 2: IPCC Klimaprognose B1, Ergebnisse (IL = Industrieländer; EL = Entwicklungsländer)*

Variable (Einheit)	1990	2020	2050	2100
Bevölkerung (Mrd.)	5,3	7,6	8,7	7,0
Welt-Bruttoinlandsprodukt (10 <sup>4</sup> 1990 US\$)	21	53	136	328
Einkommensverhältnis IL/EL <sup>***</sup>	16,1	8,4	3,3	1,8
Energieintensität (MJ/US\$)	16,7	8,8	4,5	1,4
Primärenergieverbrauch (10 <sup>4</sup> J/a)	351	606	813	514
Kohleanteil Primärenergie (%)	24	22	21	8
Kohlenstofffreier Anteil Primärenergie (%)	18	21	30	52
CO <sub>2</sub> aus fossilen Quellen (GtC/a, E=989)	6,0	10,0	11,7	5,2
CO <sub>2</sub> aus Landnutzung (GtC/a, E=-6)	1,1	0,6	-0,4	-1,0
SO <sub>2</sub> -Emissionen (MtS/a)	70,9	75	69	25
CH <sub>4</sub> -Emissionen (Mt CH <sub>4</sub> /a)	310	377	359	236
NO <sub>2</sub> -Emissionen (MtN/a)	6,7	8,1	8,3	5,7
FCKW, HFKW, HFCKW (MtC-Äquivalent/a)	1672	291	338	299
SF <sub>6</sub> (MtC-Äquivalent/a)	37,7	37,4	67,9	42,6
NO <sub>x</sub> (Mio t N/a)	30,9	40	39	19

Eine zusätzlich angenommene Klimaschutzpolitik nach Vorschlag der OECD (Abbau von Subventionen, Kohlenstoffsteuer auf fossile Energieträger, Chemikaliensteuer)

würde zu Kosten von unter einem Prozent des BIP akkumuliert, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 15% verringern, die Schwefeloxidemissionen um 9% und die Methanemissionen um 3%; die Nitratbelastung der Gewässer wäre um 30% geringer.

### 2.1.3 UNEP-Szenarien

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP hat ebenfalls vier Szenarien entwickelt, die unterschiedliche soziokulturelle Entwicklungspfade darstellen und die ausführlich mit allen Annahmen dokumentiert sind (UNEP 2002a, S. 319 ff.). Diese lauten grob charakterisiert:

- Markets first: Freihandel, Zurückstellung von Umwelt- und Klima,
- Security first: Reduktion globaler Integration, kaum Technologietransfer, keine Klimapolitik,
- Policy first: entschiedene Politik für Umwelt und Entwicklung,
- Sustainability first: wie Policy first, zusätzlich weitere Änderungen des Konsumentenverhaltens.

Angesichts der gegenwärtigen internationalen politischen Lage scheint das „security first“-Szenario eine besondere Plausibilität aufzuweisen; es ist allerdings fraglich, ob es die geeignete Grundlage einer Trendabschätzung für die nächsten 30 Jahre darstellt. Die Szenarien „policy first“ und „sustainability first“ erscheinen demgegenüber zurzeit politisch eher unwahrscheinlich, werden hier aber mitbetrachtet, da sie in weiten Teilen eine Ergänzung des IPCC-B1-Szenarios um gezielte Umwelt- und Klimaschutzpolitik darstellen und als Potenzialabschätzung für politisches Handeln dienen können. Die Szenarien decken ein breites Spektrum an Politikoptionen und resultierenden Umweltfolgen ab, von „business as usual“ bis zu weit gehenden Veränderungen von Politik und Verbraucher- und Verbraucherinnenverhalten.

Tabelle 3: UNEP-Szenarien (Angaben stark gerundet)

Parameter	1970	2000	2030			
			Markets	Security	Policy	Sustainability
Globale Trends						
CO <sub>2</sub> -Emissionen (Mrd t)	5,5	7	15	13,5	12	8
CO <sub>2</sub> -Konzentration (ppm)	330	370	450	450	440	430
Temperaturanstieg (°C/10a)	-	0,2	0,28	0,22	0,28	0,24
dto, bis 2050			0,35	0,30	0,25	0,15
Europäische Trends						
Infrastrukturfläche (%)		1,4	2,4	2,8	2,0	1,9
dadurch gestörte Fläche (%)		45	70	65	60	52
Bevölkerung in Wasserstress-Gebieten (%)		30	45	35	15	12

Die Tabelle zeigt deutlich die verzögerte Wirkung von Emissionsreduktionen auf die atmosphärische Konzentration von Treibhausgasen und erst recht auf die Temperaturentwicklung. Die Konzentration der Treibhausgase steigt in allen Szenarien an, obwohl nur in „markets first“ und „security first“ die Emissionen weiterhin steil ansteigen, in „policy first“ ab 2030 sinken und in „sustainability first“ nach einer baldigen Stabilisierung ab Mitte der 2020er Jahre sinken. Erst in der Perspektive bis 2050 wird die unterschiedliche Wirkung der in den Szenarien angenommenen Maßnahmen deutlich, ebenso die Wirkung auf den Temperaturanstieg. Entscheidende Quellen von Treibhausgasen sind der Energieverbrauch und die Entwicklung des Verkehrssektors.

Als Konsequenz ist der nochmals verzögerte Anstieg des Meeresspiegels als Folge der thermischen Ausdehnung der Ozeane wie des Zuflusses von Schmelzwasser in allen Szenarien bis 2030 gleich; er liegt bei ca. 10 cm. Signifikante Unterschiede zeigen sich dann bis Ende des Jahrhunderts.

Der Verlust der Ozonschicht ist zurzeit auf Rekordhöhe, obwohl die Produktion von FCKW seit Ende der 1980er Jahre rückläufig ist. Das bisher größte antarktische Ozonloch im September 2000 umfasste eine Fläche von 28 Mio. km<sup>2</sup>, und mit einer weiteren Problemzuspitzung über die nächsten ein bis zwei Jahrzehnte ist zu rech-

nen, bis die durch Montrealer Protokoll reduzierten Emissionen ab Mitte des Jahrhunderts eine Erholung der Ozonschicht zulassen (UNEP 2002b, S. 8). Weiterhin finden Emissionen aus Altanlagen, aus den Ländern des Südens und von weit gehend unregulierten aktiven Spurengasen wie Hexafluorid aus der Aluminiumproduktion statt.

Tabelle 4: Stand Ozonschicht und UV-Belastung (nach UNEP 2002a, S. 212)

Region	Jahreszeit	Ozon-Ausdünnung %	Anstieg UV-B Immissionen %
Antarktis	Frühling	50	133
Arktis	Frühling	15	22
Mittlere Breiten Nordhalbkugel	Frühling/Winter	6	7
Mittlere Breiten Südhalbkugel	Frühling/Winter	5	6 -

**Globales Stickstoff-Problem:** Die weltweite Produktion von bio-verfügbarem Stickstoff durch Synthese übersteigt inzwischen die natürliche Stickstofffixierung ebenso wie die Abbauraten: „Wir düngen die Erde im globalen Maßstab und weit gehend unkontrolliert.“ (UNEP 1999, S. 4) Der Stickstoffeintrag in die Flüsse wird in der OECD bei unveränderter Politik bis zum Jahre 2020 um ca. 35% ansteigen, mit erheblichen Folgen für die Trinkwasserversorgung (OECD 2001a).

**Chemikalien:** Die Stockholmer Konvention über schwer abbaubare organische Schadstoffe (persistent organic pollutants, POP-Konvention) ist seit Mai 2001 in Kraft. Sie sieht ein Auslaufen des Einsatzes derartiger Stoffe nicht nur in den Bereichen Pestizide und Industriechemikalien, sondern auch bei den Nebenprodukten vor. Insbesondere das „dirty dozen“ schwer abbaubarer und weltweit (bis zur Anreicherung in den Polregionen) verbreiteter Pestizide sollte damit bald vom Markt verschwinden. Ihre Gesundheitswirkungen, die unter anderem auf der Anreicherung der Schadstoffe in tierischem Fett beruhen, werden dagegen erst langsamer abklingen.

#### 2.1.4 Trägermedium Wasser

Der *Weltwasserkreislauf* wird zunehmend überlastet; sein Schutz ist eine zentrale Aufgabe zur Sicherung der Versorgung mit Trink- und Bewässerungswasser, Nahrungsmitteln (Fisch), sauberer Energie (Wasserkraft) und zum Schutz der genetischen Ressourcen (UNDP et al. 2000); gerade die küstennahen Ökosysteme dienen den Fischen der Weltmeere als „Kinderstube“.

Zwar sind die weltweiten *Fischereierträge* von 1980 bis 1998 um 70% von 70 auf 127 Mio. t gestiegen (das entspricht einer Steigerung der jährlichen Fänge pro Kopf der Weltbevölkerung von 11,4 kg auf 15,3 kg), aber neben der landgebundenen Wasserver-

schmutzung und der aus der Schifffahrt (das Spülen der Tanks älterer Tanker auf See trägt ein Vielfaches dessen an Öl in die Weltmeere, was bei Tankerunglücken spektakulär freigesetzt wird) trägt besonders die Fischereiwirtschaft selbst durch Überfischung, übermäßigen Beifang und Ausbeutung auch der Tiefseeressourcen zur Unterminierung ihrer eigenen ökonomischen Basis bei. Rund 50% aller Bestände werden heute voll genutzt, 15% sind überfischt, 7% degradiert, 2% in der Erholungsphase, bei 26% sind – so die Annahmen der OECD – noch Steigerungen möglich.

Da der Umfang der geschädigten und degradierten Bestände weit höher liegt als der der sich regenerierenden, wird in allen Szenarien eine Stagnation beziehungsweise ein Rückgang der Erträge infolge der systematischen Übernutzung der Ressourcen erwartet; Ertragszuwächse weist nur noch die Aquakultur aus. Selbst diese eingerechnet schätzt die OECD die Steigerungspotenziale der Fischproduktion als gering ein, im besten Fall bei einem Maximum von 160 Mio. t im Jahre 2020 (OECD 2001a, S. 110), ähnlich UNEP (UNEP 2002b, S.184).

Die weltweite Meereszirkulation, die wesentlich zum globalen Temperaturengleich beiträgt und die Küsten Europas und Nordamerikas wärmt, ist abhängig vom Salzgehalt des Meerwassers. Ein umfassendes Abschmelzen des Inlandeises im nächsten Jahrhundert könnte die Meereszirkulation in ihrer jetzigen Form zusammenbrechen lassen, ein Ereignis mit erheblichen, aber nicht prognostizierbaren Folgen für Temperatur, Wasserverfügbarkeit und Bodenfruchtbarkeit insbesondere in Europa, aber auch auf allen anderen Kontinenten.

### 2.1.5 Trägermedium Boden

Weltweit werden durch die atmosphärische Luftzirkulation jährlich ca. 2 Milliarden Tonnen Staub über weite Strecken verfrachtet, so zum Beispiel im Winter von der afrikanischen Sahara nach Südamerika und im Sommer in die Karibik, wo fast die gesamte oberste Bodenschicht aus Afrika stammt. Große Mengen Staub gelangen auch von der Wüste Gobi nach Ostchina und weiter über den Pazifik nach Nordamerika. Der Staub enthält Mineralien, die in den Empfänger-Ökosystemen wachstumsfördernd wirken (positiv im Amazonas, wo weite Teile der oberen Vegetationsschichten auf diese „Mineraldüngung“ angewiesen sind, negativ wenn die Zufuhr insbesondere an Eisen an der Westküste Floridas zu Algenblüten („rote Flut“) führt, die für Fische, Vögel und Meeressäuger gefährlich sind).

Die durch Ausdehnung der Wüsten und menschliche Bodenbearbeitung erhöhten Staubmengen wirken auch als Trägermedium für Mikroorganismen (mehr als 150 Pilz- und Bakterienarten sind nachgewiesen, wie z.B. *Aspergillus*, sowie eine Vielzahl von Viren), die für Belastungen der menschlichen Gesundheit (Lungenentzündungen bei Immunschwachen) ebenso verantwortlich gemacht werden, wie sie zum Sterben von Korallenbänken beitragen und so den Klimateffekt verstärken. Trotz der desinfizierenden Wirkung der UV-Strahlung insbesondere in größeren Höhen über-

leben sie infolge des Schutzes der Staubpartikel den atmosphärischen Transport und bleiben am Zielort biologisch aktiv.

Menschliche Aktivitäten in den Ursprungsgebieten führen zu a priori lokalen Luftbelastungen mit Produkten der (weit gehend unkontrollierten) Abfallverbrennung, der Freisetzung landwirtschaftlich genutzter Pestizide wie DDT, die in den Industriestaaten schon lange nicht mehr eingesetzt werden, oder von Schwermetallen wie Quecksilber und Arsen aus offenen Minen in Algerien und den Industriezentren der Mandschurei. Dioxine, Pestizide und Schwermetalle lagern sich an die Staubteilchen aus Sahara und Gobi an und werden so transkontinental transportiert (Karberg 2002).

#### 2.1.6 Trägermedium Markt und Konsum

**Stoffströme:** Weltweit nehmen die Stoffströme weiterhin zu, von einer absoluten Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftsentwicklung kann nur in Ausnahmefällen die Rede sein, während eine relative Abkoppelung (d.h. weiterer Anstieg des Verbrauchs, aber unterhalb des Wirtschaftswachstums) deutlich häufiger auftritt (OECD 2001 b). In Europa stagnieren die Stoffströme trotz anhaltenden Wirtschaftswachstums (EEA 2002, S. 101); von einer Dematerialisierung um einen Faktor 10 (UNEP 1999) kann nicht die Rede sein. Die höchsten Entkoppelungsfaktoren in Europa weisen Irland, Portugal und Finnland auf, als einziges Land mit negativem Faktor sticht Griechenland besonders heraus, Deutschland liegt im Mittelfeld (OECD 2001b, S. 45 ff).

Hinzu kommt, dass ein Teil der relativen Entkoppelung dadurch zustande kommt, dass Produkte und Vorprodukte, die mit erheblichen direkten und indirekten Stoffströmen verbunden sind (Berechnung nach Eurostat, siehe Bringezu 2001) zunehmend aus den Staaten des Südens importiert werden und so die heimische Stoffbilanz günstiger aussehen lassen, als es den tatsächlichen Konsummustern entspricht. Als ein zweites Maß für den Ressourcenkonsum nennt die OECD die Berechnung des ökologischen Fußabdrucks. Dieser ist als ein umfassendes Maß menschlichen Ressourcenverbrauchs konzipiert (Rees, Wackernagel 1994; WWF 2000), wird von der OECD aber modifiziert, indem nur die nicht-energetischen Bestandteile in die Berechnung einbezogen werden. Auch hier zeigt sich keine Entkoppelung, sondern im Gegenteil eine anhaltende Stagnation und ab 1997 ein erneuter Anstieg (OECD 2001b, S. 49). Die weiterhin hohen Stoffströme verursachen steigende Abfallmengen: trotz der Stagnation des Hausmüllaufkommens bleibt die hohe Gesamt-Abfallproduktion einschließlich Berge- und Industrieabfälle, Bauschutt und Hausmüll ein erhebliches Problem, das durch internationale Abfalltransporte verlagert, aber nicht gelöst wird (Verheyen, Spangenberg 1998). Hinzu kommen erhebliche Altlasten und geringe Recyclingquoten (gemessen am Gesamtvolumen von Industrie-, Bau-, Berge- und kommunalen Abfällen); bei Sondermüll weist die Bundesrepublik inzwischen einen Importüberschuss aus. Die Abfallwirtschaft zwar insgesamt trug 1998



nur 2% zur Emission von Treibhausgasen bei (darin enthalten: 34% der  $\text{CH}_4$ -Emissionen mit einem prognostizierten Anstieg um 50% unter „business as usual“), verursacht aber 5% der Emissionen des Verkehrssektors (OECD 2001a, S. 175, 241). Umgekehrt verschärft der Verkehr auch das Abfallproblem: 50 Millionen Schrottautos in der OECD stellen ein erhebliches Abfallproblem dar – wie weit hier die EU-Altauto-Richtlinie Abhilfe schaffen wird, bleibt abzuwarten.

**Biodiversität:** Obwohl ein direkter Zusammenhang von biologischer Vielfalt und Stabilität von Ökosystemen nicht existiert (der Zusammenhang ist viel komplexer, als mit einer einfachen Kausalbeziehung darstellbar), ist doch die Biodiversität nicht nur als Grundlage ihrer ökonomischen Nutzung erhaltenswert, sie stellt auch eine Voraussetzung für die Anpassungsfähigkeit der vom Menschen belasteten Ökosysteme der Welt dar. Ohne hinreichende biologische Vielfalt leidet die Wasserbalance ebenso wie die Fixierung von  $\text{CO}_2$  (UNDP 2000; OECD 2001a). Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind bereits für immer verloren, weitere sind bedroht durch Habitatzerstörung, Jagd und Wilderei sowie durch Einschleppung invasiver Spezies als Folge der Globalisierung des Handels. Die Rodung für Straßen- und Siedlungsbau wirkt weit über die direkt betroffenen Flächen hinaus durch die Zerschneidung von Ökosystemen; unterhalb einer durch diese Habitatfragmentierung leicht unterschrittenen Gebietsgröße ist für zahlreiche Arten eine erfolgreiche Reproduktion nicht mehr möglich oder zumindest nicht wahrscheinlich.

1996 waren 25% der weltweit ca. 4.630 bekannten Säugetierarten und 11% der 9.675 Vogelarten stark bedroht (UNEP 1999, S.4), 2002 waren es 24% oder 1.130 Säugetierarten und 12% oder 1.183 Vogelarten (UNEP 2002c). Rund 20% der Süßwasserfische sind zurzeit vom Aussterben bedroht (UNDP United Nations Development Programme. UNEP United Nations Environment Programme. World Bank. WRI World Resources Institute 2000) sowie rund 9% der Baumarten (OECD 2001a). Bei Säugern und Vögeln sind die auf der Erde vorkommenden Arten wohl relativ vollständig bekannt, ganz anders sieht es dagegen bei Insekten (insbesondere bei der Vielfalt der Käferarten) und erst recht bei Mikroorganismen aus (Pimm 2002). Es gibt zwar zahlreiche Daten über den Zustand der biologischen Vielfalt weltweit, aber bisher kein international akzeptiertes Indikatorensystem zu ihrer einheitlichen Klassifizierung und Interpretation. Sie beinhaltet nach der Definition der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt die Habitatvielfalt, die Artenvielfalt und die genetische Vielfalt. Bisher konnte kein Maß entwickelt werden, das allen drei Komponenten gerecht wird; die verbreiteten Erfassungen beschränken sich in der Regel auf Ausschnitte der Artenvielfalt, die in ihrer Gesamtheit ebenfalls weitgehend unbekannt ist. So belaufen sich die plausibelsten Abschätzungen der Zahl der bekannten Arten (es gibt keinen allgemeinen Katalog) auf ca. 1,5 Mio. Arten, die der noch unbekannteren auf rund 7 Mio., mit Schwankungsbreiten von wenigen bis zu 100 Mio. Arten (Pimm 2002, S. 7).

Trotz aller Messunsicherheiten ist jedoch das Problem unbestreitbar: Vergangene und gegenwärtig erzeugte Schäden akkumulieren sich. Vogelarten sterben heute ca. 100 Mal schneller aus, als es natürlich der Fall sein sollte, und die bereits verursachten Schäden werden voraussichtlich dazu führen, dass diese Zahl noch auf eine auf das Tausendfache erhöhte Aussterberate ansteigen wird (Pimm 2002, S. 17). Selbst bei umfassendem Ausbau von qualitativ hochwertigen Schutzsystemen ist damit zu rechnen, dass wir binnen Generationenfrist einen Verlust von einem Drittel bis zur Hälfte aller Arten erwarten müssen. Regionales Artensterben ist dann nicht nur ein regionaler Verlust, wenn es sich um Arten handelt, die nur an diesem Ort vorkommen, also nach dem Aussterben weltweit verlustig sind. Hier schlagen sich die Sünden der Vergangenheit positiv nieder: In Europa sind nur wenige Arten endemisch (also nur hier vorkommend), die übrigen wurden bereits ausgerottet, exportiert oder sind Nachkommen von Importen. Während der natürliche Import langsam und über weite Strecken verläuft, hat die Globalisierung des Handels die Anzahl der eingeschleppten Spezies deutlich erhöht; diese stellen inzwischen eine der Hauptgefahren für die Vielfalt der einheimischen Fauna und Flora dar. Auch in Europa wird ein weiterer Verlust an Artenvielfalt erwartet; Infrastrukturentwicklung, Intensivierung der Land- und Forstwirtschaft sowie die Umweltverschmutzung sind nach der Bedrohung durch eingeschleppte nicht-einheimische Arten als Folge der rapiden Zunahme des Welthandels die Hauptursachen (OECD 2001a, S. 135). In den Staaten des Südens kommen als weitere Faktoren Bergbau und Ölproduktion hinzu (EEA 1999).

Als aggregierten Indikator für die Artenvielfalt schlägt der WWF International einen „Living Planet Index“ vor, der sich auf die Beobachtung des Schwundes bekannter Arten in unterschiedlichen Biotopen stützt. Demnach ist die Artenvielfalt global von 1970 bis 1999 um 20% gesunken, im Meer um 35% und im Süßwasser um 50% (nach UNEP 2002b). Dabei schneiden im Trend die Ökosysteme des Südens bezüglich ihrer Bestände besser ab als die im Norden, wohingegen umgekehrt bezüglich der gegenwärtigen Bedrohung im Norden Verbesserungen der Situation zu beobachten sind, während die im Süden von teils dramatischen Verringerungen der Artenvielfalt bedroht sind (WWF 2000). Ähnlich ermittelt UNEP seinen Natural Capital Index (UNEP United Nations Environment Programme 1999).

Da aufgrund der unzureichenden Methodenentwicklung und Datenverfügbarkeit die biologische Vielfalt nicht direkt gemessen werden kann (Pimm 2002), ist vorgeschlagen worden, von der Schätzung der Vielfalt zur Messung ihrer Bedrohungen überzugehen (Spangenberg 1999). Diesem Ansatz folgt UNEP mit einer „Pressure-Version“ ihres Natural Capital Index, in dem die Abweichung von einem historischen Best- oder Idealzustand (= 100) hin zu einem degradierten Zustand (= 0) in Punkten gemessen wird (UNEP 2002b und OECD 2001b). Die erwarteten Entwicklungen sind in Tabelle 5 grob gerundet dargestellt, um die vier verschiedenen UNEP-Szenarien abzudecken, die sich im biologischen Kurzfrist-Zeitraum bis 2020 nur

relativ geringfügig unterscheiden, wobei Sustainability first erwartungsgemäß die geringsten Belastungen der biologischen Vielfalt aufweist.

*Tabelle 5: Trends des UNEP Naturkapital – Index, Punkte von max. 100*

Jahr	1970	1980	1990	2000
Naturschutzgebiete (Anzahl)	3.392	6.098	9.767	11.496
Naturschutzfläche (Mio. km <sup>2</sup> )	2,78	7,33	10,08	12,18

### 2.1.7 Sektorale Beiträge: Energie und Verkehr

**Energie:** Der Energieverbrauch ist in der OECD von 1973 bis 1998 um 36% gestiegen; bei weltweit unveränderter Politik erwartet die OECD bis 2020 für ihre Mitgliedsstaaten einen Anstieg um weitere 35% und weltweit um 51%, mehr als die meisten IPCC-Szenarien. Neben Klimaschäden (96% des CO<sub>2</sub>, 35% des CH<sub>4</sub> und 26% des N<sub>2</sub>O stammen aus dem Energieverbrauch) und Luftverschmutzung (s.u.) ist die Folge eine Reihe eher lokaler Belastungen wie Lärm, radioaktiver Müll (der allerdings auch weltweit transportiert wird) und Wasserbelastungen sowie den daraus resultierenden Störungen von Ökosystemen. Schwefeldioxid und Stickoxide stellen wichtige und durch Konventionen geregelte grenzüberschreitende Luftverschmutzungen dar. Für die OECD-Staaten schlüsselt sich der Beitrag des Energieverbrauchs zur Luftverschmutzung wie in Tabelle 7 dargestellt auf (Angaben in % nach OECD 2001a).

*Tabelle 7: Luftverschmutzung aus Energienutzung*

Emission	Transport	Stromproduktion	Sonstige Verbrennung	Industrie & Haushalte
SO <sub>2</sub>	4	23	71	2
N <sub>2</sub> O <sub>x</sub>	52	28	16	4
CO	85	2	13	0
Staub	17	12	26	45

Die Emissionen von Kohlenmonoxid, Staub, Schwefeldioxid und Stickoxiden aus Kraftwerken und sonstigen Großfeuerungsanlagen sind als Folge der Luftreinhaltepolitik deutlich zurückgegangen. Im Bereich Energie liegen – den politischen Willen vorausgesetzt – weiterhin besondere Handlungspotenziale. Bisher wurde jedoch nur eine relative Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Luftbelastung erzielt, keine absolute. Die Emissionen wachsen mit dem BIP weiter an, wenn auch unterproportional (OECD 2001 b, OECD 2001 a, S. 145).

**Transport:** Der Transportaufwand in der OECD hat sich in den letzten 25 Jahren verdoppelt (OECD 2001a, S. 169) und ist damit deutlich schneller angewachsen als das

BIP; zurzeit erfolgen 75% des Güter- und 90% des Personenverkehrs weltweit per Kraftfahrzeug. Der Luftverkehr – der am schnellsten wachsende Sektor – umfasst weltweit 3%, in der OECD 10% des Personenverkehrs. Trotz dieses anhaltend starken Wachstums besonders des Straßenverkehrs sind die Emissionen von Stickoxiden  $\text{NO}_x$ , Blei Pb, Kohlenmonoxid CO und flüchtigen Kohlenwasserstoffen (VOC's) aus dem Kraftfahrzeugverkehr deutlich zurückgegangen, die Emissionen von  $\text{CO}_2$  (Verkehr ist der am schnellsten wachsende Emittent) und Dieselsruß (diese verursachen mehr Todesfälle als die Verkehrsunfälle, OECD 2001a, S. 176) steigen weiter an. Die zunehmende Zahl von Autos lässt die Emissionen weiter ansteigen, während der Anstieg der Fahrstrecken je Kfz (verdoppelt in der OECD seit 1970), höhere Fahrgeschwindigkeiten sowie die Präferenz für größere, schwerere und bequemere Autos die Effizienzgewinne je PKW weit überkompensieren (OECD 2001a, S. 201). Dieser Trend wird sich insbesondere in den Staaten Mittel- und Osteuropas, der Dritten Welt sowie durch die erwartete Verdoppelung des Schwerlastverkehrs 1995-2020 fortsetzen, wenn nicht politisch gegengesteuert wird. Die OECD erwartet sonst einen Anstieg des weltweiten Autoverkehrs um 86% bis 2020 und eine Verdreifachung des Luftverkehrs (OECD 2001a, S. 169). Schiene (+40%) und Schiff (+90%) werden demnach trotz teils erheblicher Zuwächse weiter Marktanteile verlieren.

Tabelle 8: Verkehrswachstum, Prognose unter „business as usual“ (OECD 2001a, S. 170)

Verkehrsaufkommen in den OECD-Staaten	1980	1998	2020
Kfz-Bestand Mio.	411	688	1.200
Kfz-Fahrstrecken Mrd. km	?	11.000	20.500
Luftverkehr Mrd. Pkm	1.310	3.000	9.000
Beitrag zu klimawirksamen Emissionen in der OECD (%)	19	21	30

Gesundheitsfolgen werden besonders infolge der Klimateffekte, der Luftverschmutzung durch Stickoxide und Ruß sowie der Lärmexposition erwartet (OECD 2001 a, S. 169, 172). Die WHO benennt als „klassische Luftbelastungen“  $\text{CO}$ , Pb,  $\text{NO}_2$ , Schwebstoffe (Rauch, Ruß),  $\text{SO}_2$  und bodennahes Ozon  $\text{O}_3$  (UNEP 2002b, S. 210). Die Umwelt- und Gesundheitskosten des Verkehrs betragen nach Angaben der OECD 1995 in Europa 530 Mrd. € oder 8% des BIP; davon entfielen 92% auf den Straßen-, 6% auf den Luft- und 2% auf den Schienenverkehr.

Transport trägt in den OECD-Staaten 4% bis 8% zum BIP und 2% bis 4% zur Beschäftigung bei. Er belegt in den Ballungsräumen der OECD 25-30% der städtischen und 10% der ländlichen Flächen, weit größere Flächen sind durch Verkehrseinwirkung beeinträchtigt (siehe Tabelle 3). Eine Streckenführung, die die Zer-

schneidung von Freiflächen und Habitaten in Kauf nimmt, trägt wesentlich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei.

## *2.2 Ubiquitäre lokale/regionale Umweltprobleme mit globalen Ursachen*

Globale Ursachen lokaler Probleme können unter anderem sozioökonomische Globalisierung, internationale Trends wie die Bevölkerungsentwicklung und Aktivitäten wie zum Beispiel Tourismus und Industrienansiedlung sein.

**Küstennahe Biotope**, die nicht nur für den internationalen Tourismus, sondern auch für die Fischerei, Nahrungsgewinnung und industrielle Nutzung von Seepflanzen, Salzgewinnung und den Schutz genetischer Ressourcen eine wesentliche Existenzgrundlage bilden (UNDP et al. 2000), gehen zunehmend durch Überflutung (als Folge eines Anstieg des Meeresspiegels durch thermische Ausdehnung und Schneeschmelze), Übernutzung und Verschmutzung verloren. Der Anstieg des Meeresspiegels presst Salzwasser in küstennahe Grundwasservorkommen, die damit auf Jahrhunderte bis Jahrtausende für den menschlichen Nutzen unbrauchbar werden. Flussmündungsgebiete erodieren und Brachwasserarten (Tiere wie Pflanzen) sind durch vordringendes Salzwasser bedroht. Klimabedingte Stürme und Fluten tragen zusätzlich zur Degradation von Küstenzonen bei (UNEP 2002b, S. 184). 1994 lebten 37% der Weltbevölkerung und damit mehr als die Gesamtweltbevölkerung von 1950 weniger als 60 km von Küsten entfernt und waren so auf produktive küstennahe marine und terrestrische Ökosysteme angewiesen. Ihre Abwässer und Abfälle belasten Küstengewässer, Binnengewässer und küstennahe Landschaften erheblich.

**Süßwasser/Binnengewässer:** Die Phosphat- und Nitratkonzentration in den Binnengewässern der EU ist relativ konstant. Feuchtgebiete leiden unter der erhöhten Verdunstung infolge Klimaveränderungen, sofern diese nicht durch zusätzliche Regenfälle ausgeglichen werden.

**Wälder:** Wälder sind nicht nur ökonomisch als Lieferanten von Bau- und Brennholz sowie zunehmend von Nischholzprodukten wichtig, sondern sie erfüllen auch eine zentrale Funktion bei der Regulation des Weltklimas und des Weltwasserhaushalts, liefern Futter und Nahrung, sind Heimstatt für indigene Völker und Zentrum der biologischen Vielfalt (UNDP 2000). Die Umwandlung von Wald in Agrarflächen und Baumplantagen, Ernte, Sammlung (kommerziell und wissenschaftlich) sowie Jagd und Wilderei bedrohen die Wälder und ihre biologische Vielfalt ebenso wie der Eintrag von Luftschadstoffen und die Rodung für Straßen- und Siedlungsbau. In den 1990er Jahren sank die globale Waldfläche netto um 94 Mio. ha oder 2,4%; die Entwaldung betrug 14,6 Mio. ha pro Jahr, die Wiederaufforstung (mit deutlich geringerem biologischen Wert) 5,2 Mio. ha. 1995 betrug der Bestand an geschlossener Naturwaldfläche noch 2,87 Mrd. ha oder 21,4% der Weltlandfläche. (UNEP 2002c).

In fast allen vorliegenden Szenarien sinkt die Waldfläche in den nächsten Jahrzehnten weiter; die Waldzerstörung in den Tropenwäldern ist schon jetzt nicht mehr rückgängig zu machen. Dieser Trend wird jedoch bis Mitte des Jahrhunderts umgekehrt, und die Waldfläche steigt wieder an, am stärksten in den oben besprochenen Szenarien B1 von IPCC und sustainability first von UNEP. Die Waldfläche in Europa nimmt zwar schon jetzt zu, aber die Waldschäden verbleiben auf Besorgnis erregend hohem Niveau, trotz des Rückgangs der SO<sub>2</sub>-Emissionen von 60 Mio. t jährlich 1980 auf 28 Mio. t 1998 (UNEP 2002c).

Entsprechend steigen die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Waldvernichtung zunächst an, um dann wieder abzufallen. Eine wesentliche Bedrohung der Waldbestände in weiten Teilen der Welt stellen Abholzung und landwirtschaftliche Nutzbarmachung dar. Hinzu kommen grenzüberschreitende Luftverschmutzungen und die Destabilisierung durch geänderte Wetterbedingungen infolge globaler Erwärmung (Niederschlagsmuster, Stürme).

Tabelle 9: Waldbestände und -verluste (UNEP 2002b)

Region	Landfläche (Mio. ha)	Waldfläche2000 (Mio. ha)	Jährliche Änderung 1990-2000, %
Asien und Pazifik	3.463,2	726,3	-0,1
Afrika	2.963,3	649,9	-0,7
Europa	2.359,4	1.051,3	0,1
Lateinamerika und Karibik	2.017,8	964,4	-0,5
Nordamerika	1.835,0	470,1	0,1
Westasien	372,4	3,7	0,0
Welt	13.014,4	3.866,1	-0,24

Der Weltbedarf an Industrieholz wird laut OECD bis 2020 um 70% wachsen (Bauholz, Papier, etc.), während der Brennholzbedarf stagniert (OECD 2001a, S. 122). Die Holznachfrage entwickelt sich demnach wie in Tabelle 10 dargestellt:

Tabelle 10: Holznachfrage weltweit und in der OECD in Mio. m<sup>3</sup>, (OECD 2001 a, S. 122 nach FAOSTAT)

Jahr	Industrielles Rundholz		Brennholz	
	Welt	OECD	Welt	OECD
1980	1447	789	1372	165
1998	1516	955	1753	143
2020	2600	1500	1700~	170

### *2.3 Ubiquitäre lokale/regionale Umweltprobleme mit global auftretenden lokalen Ursachen*

**Quantitative Grundwassergefährdungen** entstehen durch Übernutzung jenseits der Regenerationsrate; über die Hälfte der Großstädte Europas übernutzen schon heute ihre Grundwasserreserven. Wasserknappheiten werden unter „business as usual“ weiter zunehmen, können aber unter den Bedingungen einer nachhaltigkeitsorientierten Politik auch abnehmen. Schon im 20. Jahrhundert wuchs der Verbrauch auf das Sechsfache, mehr als doppelt so schnell wie die Bevölkerung (UNDP. UNEP. World Bank. WRI World Resources Institute 2000); heute wird rund die Hälfte der verfügbaren Ressourcen bereits genutzt. Wasserknappheit wird in Zukunft auch in den Industriestaaten ein zunehmendes Problem darstellen, wobei die Landwirtschaft der Hauptnutzer und damit auch der von Knappheiten am stärksten betroffene Sektor ist (OECD 2001a). Der Anteil der von einem Wasserdefizit Betroffenen an der Weltbevölkerung stieg von 79% in 1990 auf 82% in 2000; 1,1 Mrd. Menschen sind heute ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser, 2,4 Mrd. ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen.

**Qualitative Grundwassergefährdung** entsteht durch Verunreinigungen, sei es durch Eutrophierung (Düngemittleintrag) und Pestizidbelastung (mit steigendem Trend für den Einsatz von Agrarchemikalien in der OECD (OECD 2001a, S. 103) oder durch Kohlenwasserstoffe (Altlasten unter Tankstellen, Kokereien und Chemiebetrieben) in den Industriestaaten, sei es durch unzureichende Hygienemöglichkeiten in den Entwicklungsregionen. 2,4 Mrd. Menschen sind heute weltweit ohne Zugang zu sanitären Einrichtungen, was zu 5 Mio. Toten pro Jahr führt (UNEP 2002c, S. 5). Für die OECD wird erwartet, dass im Jahre 2020 rund 250 Mio. Menschen unter signifikantem „Wasser-Stress“ leben werden (OECD 2001a, S. 102).

Die **Verschlechterung der Bodenqualität** bedroht nicht nur bei wachsender Weltbevölkerung eventuell die Ernährungsgrundlage (zumindest aber die auf hoher Anteile tierischer Nahrung setzenden Ernährungsgewohnheiten insbesondere der wohlhabenden Regionen und Schichten), sondern auch die Wasserregulation, die Produktion pflanzlicher Fasern und die biologische Vielfalt (UNDP et al. 2000). In den Jahren 1985-1995 (letzte verfügbare Daten) blieb in 64 von 105 untersuchten Staaten in der Dritten Welt die Zunahme der Nahrungsproduktion hinter der Zunahme der Bevölkerung zurück (UNEP 2002b, S. 62). Nach Angaben der OECD sind 2/3 der weltweiten Agrarflächen in den letzten 50 Jahren degradiert, haben also an Produktivität eingebüßt, die Hälfte davon stark oder sehr stark (OECD 2001a, S. 138). Die schweren Schäden schätzt UNEP etwas optimistischer auf 25% des Agrarlandes in Europa, jeweils rund 15% in Südamerika, Afrika und Asien sowie 7% in Nordamerika. 680 Mio. ha leiden demnach unter Überweidung, 580 Mio. ha unter Entwaldung, 550 Mio. ha unter landwirtschaftlichem Missmanagement, insbesondere falscher Be- und Entwässerung, die zu einer Wassererosion von jährlich 25 Mrd. t Boden (UNEP 2002b, S. 64) und zu großflächigen Versalzun-

gen führt. Insgesamt wurden seit den 1980er Jahren jährlich 10 Mio. ha Land als Folge falschen Wassermanagements und nachfolgender Versalzung oder Versumpfung aufgegeben (UNDP 2000); der Tod des Aralsees ist vielleicht das beste Beispiel für Wassermissmanagement (UNESCO 1999). Brennholzgewinnung ist die Ursache von Schäden auf 137 Mio. ha, und Industrie und Urbanisierung fielen 20 Mio. ha zum Opfer (zu den sehr viel weiter reichenden Störeinflüssen siehe Tabelle 3). Als Resultat nimmt die Wüstenbildung immer noch zu; 3,6 Mrd. ha, entsprechend 70% der weltweiten Trockengebiete sind bereits degradiert und damit anfällig für Desertifikation.

Bodenverdichtung mit folgender Wassererosion durch Maschineneinsatz, Bodenversauerung durch grenzüberschreitende Luftbelastung und durch Ammoniakbelastung aus der Intensivtierhaltung sowie die Belastung von Boden und Grundwasser mit Agrarchemikalien (einschließlich Gülle) durch die Praxis der intensiven Landwirtschaft sind typische Belastungsfaktoren in Hochproduktionsgebieten. Hinzu kommt fallweise eine Belastung mit Schwermetallen aus luftgebundenem Eintrag und aus der Nutzung von Bio- und Hausmüllkompost, der die in der EU üblichen Grenzwert nicht einhält. Der mit Intensivlandwirtschaft, Verkehr und Energiegewinnung einhergehende Eintrag von Säurebildnern beeinträchtigt die Stabilität landwirtschaftlicher Erträge langfristig ebenso wie Klimaveränderungen, die Beseitigung natürlicher Biotope (Ausräumung von Hecken, Trockenlegung von Moor- und Sumpfflächen), die Veränderungen des Klimas und die zunehmend engere biologische Basis der Produktion durch Konzentration auf wenige Nutztier- und -pflanzenarten sowie die Homogenisierung innerhalb dieser Arten durch Hochleistungszüchtung und Gentechnik.

Zwar hat sich der Düngemittelverbrauch in Europa seit 1990 halbiert (UNEP 2002b, S. 64) und die Emissionen aus Punktquellen wurden wie in allen OECD-Staaten – anders als im Rest der Welt – weit gehend reduziert. So war die Reduzierung des Eintrags von Säurebildnern in land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen in den 1980ern ein wichtiges umweltpolitisches Handlungsfeld in Europa und den USA, während das Thema in Mittel- und Osteuropa sowie in China erst seit den 1990ern eine Rolle spielt. Dennoch nimmt die diffuse Belastung aus Landwirtschaft, Verkehr und Industrie auch hier weiter zu (OECD 2001a, S. 97). Gleichzeitig hat der massive Einsatz von Energie und Agrochemie die Erosion verstärkt und für die Biodiversität wichtige Lebensräume zerstört (OECD 2001a, S. 89).

**Städtische Umwelt, Mobilitätsfolgen und Luftqualität:** Insbesondere in den Megastädten des Südens sind die Überschreitungen der WHO-Grenzwerte bei Ozon, Feinstaub, Schwefeldioxid und Stickoxiden Besorgnis erregend und Ursache zahlreicher Erkrankungen, insbesondere unter den ärmeren Bevölkerungsgruppen. Gesundheitsbelastung durch Lärm ist ein städtisches Phänomen, das auch in Europa massiv auftritt, dessen Bedeutung für Gesundheit und Lebensqualität in der Umweltdebatte aber ständig unterschätzt wird.



**Infrastrukturmangel:** In weiten Teilen der Welt liegt die Wasserver- und Entsorgung im Argen (s.o.), während in der OECD steigende Abfallmengen (nicht nur Haushaltsabfälle) ein Problem darstellen: Bisher werden nur 18% der kommunalen Abfälle recycelt; bis 2020 soll dieser Anteil auf 30% steigen (OECD 2001a). Altlastensanierung und Flächenrecycling stagnieren; stattdessen steigt die Siedlungsfläche außerhalb der Ballungkerne und trägt so zu einem steigenden Verkehrsaufkommen bei („urban sprawl“).

### 3. Maßnahmenvorschläge

Die folgenden Vorschläge für die prioritären Problemfelder stellen einen Auszug aus den Empfehlungen der UN Millennium Declaration, des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP und des „Plan of Implementation“ des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung WSSD, Johannesburg, 2002, dar. Die Auswahl erfolgt gemäß der Relevanz für Industriestaaten Europas. Der Johannesburg-Gipfel benennt als Hauptziele nachhaltiger Entwicklung wirtschaftliche Entwicklung, Armutsbekämpfung, Schuldenmanagement, Technologietransfer, Förderung der wissenschaftlichen Problemanalyse und ihrer Umsetzung in Politik, Anpassungsmaßnahmen, Monitoring durch globale Beobachtungssysteme und Indikatorenentwicklung, Umsetzung des Vorsorgeprinzips (United Nations 2002, § 103), Bildung und Umweltbildung, die Integration von Umweltverträglichkeit in alle Politikbereiche (in der EU als „Cardiff-Umweltintegrationsprozess“ bekannt), Integration von Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik (in der EU Thema des jährlichen Frühjahrgipfels, des Synthesis Reports und der Structural Indicators), Stärkung der Verantwortung der Unternehmen für die sozialen und ökologischen Folgen ihres Handelns, arbeitsplatzbezogene Programme und Partnerschaften einschließlich Aus- und Fortbildung sowie eine Vorreiterrolle des öffentlichen Beschaffungswesens. Zwei Dinge sind aus dieser kurz gefassten Auflistung zu entnehmen: Zum einen kann im internationalen Kontext Umweltentlastungspolitik nicht ohne eine starke soziale Komponente gedacht werden, zu der Europa durch seine eigene Entwicklung, seine Vorbildfunktion wie durch aktive Politik ebenfalls einen Beitrag leisten kann, und zum anderen die Tatsache, dass trotz der langen Geschichte der Umweltpolitik in Europa die Vorschläge durchaus handlungsrelevant sind.

**Energie/Klima:** Verbesserte Energieeffizienz und Umstieg auf saubere Brennstoffe und Verbrennungstechnologien sowie erneuerbare Energien tragen zur Verringerung von Klimabelastungen, Verbesserung der städtischen Luftqualität und Verhinderung der Boden- und Gewässerversauerung bei. Wesentliches Mittel dabei ist die Reform von Energiesubventionen zur Förderung sauberer Energiequellen und -technologien sowie ihre konsequente Umsetzung (UNEP 1999, S. 14). Dazu gehören nicht nur CO<sub>2</sub>-freie erneuerbare Energiequellen (United Nations 2002, § 19),

sondern auch die Steigerung der Energieeffizienz und die Nutzung sauberer Kohle-technologien sowie ihr gezielter Export in Kohle verbrauchende Staaten des Südens. Eine zweite wesentliche Maßnahme ist die zügige Umsetzung des Kyoto-Protokolls (United Nations 2000) einschließlich der darin vorgesehenen Möglichkeit des Handels mit Emissionszertifikaten, und – weitergehend – der Klimakonvention von Rio 1992. Diese fordert die Stabilisierung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre auf einem Niveau, das gefährliche menschengemachte Störungen des Klimasystems verhindert innerhalb eines Zeitrahmens, der es Ökosystemen erlaubt, sich auf natürlichem Weg dieser Veränderung anzupassen. Mögliche Maßnahmen sind die verstärkte Berücksichtigung der Effizienz, Erreichbarkeit und Erschwinglichkeit von Dienstleistungen in der Infrastrukturplanung der öffentlichen Hand (United Nations 2002, § 19) und eine Beendigung der Zersiedlung durch Verkehrs- und Regionalplanung, in Landwirtschaft und Bauwesen.

**Die Reduzierung des Ressourcenkonsums in den Industriestaaten** (United Nations 2002, § 14) insbesondere Westeuropas um ca. 90% („Faktor 10“) ist ein notwendiges Langfristziel, wenn den Staaten des Südens ein adäquater Zugang zu Ressourcennutzung und damit zu Armutsbekämpfung durch wirtschaftliche Entwicklung geboten werden soll (UNEP 1999, S. 2). Die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltbelastung (United Nations 2002, §14; OECD 2001b; EU Gipfelbeschluss von Göteborg 2001) stellt für die Ballungsräume der Industriestaaten mit ihrer hohen Bevölkerungsdichte und der energieintensiven Infrastruktur eine besondere Herausforderung dar. Ziel ist dabei die allgemeine Reduktion von Umweltbelastungspotenzialen, Schutz der Ressourcen und die lebenszyklusweite Vermeidung von Abfällen und Schadstoffen. Mögliche Maßnahmen wären eine gezielte Förderung der Verbraucherberatung und der Verbraucherverbände auf der Konsumentenseite sowie von sauberen Produktionstechnologien (ggf. befristete degressive Markteinführungshilfen) und die Dokumentation von best-practice-Beispielen für die Produzentenseite, das Auslaufen besonders ressourcenintensiver Produktionsprozesse (insbesondere der Braunkohleförderung) und die Unterstützung der ökoeffizienten Modernisierung bestehender Produktionsanlagen durch Information und Anreizsysteme.

Steuerliche Maßnahmen (Energie- und Ressourcensteuern sind weitgehend Bundeskompetenz) könnten sich auf Flächennutzungsabgaben konzentrieren. Die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips (polluter pays principle, United Nations 2002, § 14) verlangt die Überprüfung von Rechtssetzungen und Beihilfen unter Umwelthaftungsaspekten. Eine solche Umsteuerung würde erleichtert, wenn es gelingt, die Finanzinstitutionen zu ermuntern, Nachhaltigkeitskriterien in ihre Vergabep Praxis aufzunehmen.

**Verbesserung des Chemikalienmanagements und der Chemiepoltik** (United Nations 2002, § 22); dazu gehört zum Beispiel die Unterstützung der EU-Chemika-

lienrichtlinie oder die (alte, aber bisher nicht umgesetzte) Forderung, neue Chemikalien erst zuzulassen, wenn die Antragsteller auch geeignete Nachweismethoden für die Substanz und ihre Abbauprodukte mit bereitgestellt haben.

**Vermeidung und Verringerung des Abfallaufkommens** (United Nations 2002, § 21), Förderung von Weiterverwendung, Wiederverwendung und Recycling sowie die Entwicklung alternativer Materialien einschließlich abbaubarer Produkte mit Priorität auf die Eignung zu Verwertung und Recycling (ein in der Materialforschung bisher unübliches Förderkriterium) als Ziele des Abfallmanagements und der Produktentwicklung.

**Aufbau effektiver Katastrophenschutzkapazitäten**, einschließlich der Befähigung, auf Klimafolgeschäden zu reagieren.

**Schutz, Management und nachhaltige Entwicklung aller Arten von Wäldern** (United Nations 2000, S. 6), verstärktes politisches Engagement für eine nachhaltige Waldwirtschaft. Das beinhaltet, die in Westeuropa weit verbreitete Umwandlung forstlicher Monokulturen in standortgerechte Mischwälder fortzusetzen und die Zertifizierung von Wäldern nach den FSC-Regeln zu fördern und in öffentlichen Wäldern flächendeckend umzusetzen.

**Vollständige Umsetzung der Konvention zum Schutz der biologischen Vielfalt** (United Nations 2000, S. 6), Integration in die Regionalpolitik (United Nations 2002, § 42) und alle relevanten Politikfelder. Das schließt die Förderung der biologischen Landwirtschaft ebenso ein wie eine Regionalplanung, die weitere Flächenversiegelungen vermeidet und die Zerschneidung von Biotopen durch Infrastrukturen begrenzt und lokal auch reduziert. Hinzu kommt die Ausweisung des Netzes an Schutzgebieten wie von der EU im Rahmen der Natura 2000-Richtlinie gefordert sowie verstärkte Bemühungen um die Kontrolle invasiver Spezies.

**Vermeidung von Hochwasser durch Renaturierung von Flusslandschaften** (United Nations 2002, § 35), einschließlich der Vorsorge für die Folgen des Klimawandels; Beendigung der nicht nachhaltigen, verschwenderischen Nutzung von Grundwasserressourcen (United Nations 2000, S. 6) und Vorsorge gegen Grundwasserverschmutzung (United Nations 2000, § 24). Als wichtige vorsorgende Elemente sind hier die Verbesserung der Grundwasserneubildung durch Entsiegelung, der (bereits in weiten Teilen erfolgte) Übergang von offenen zu geschlossenen Kühlkreisläufen insbesondere in der Energiewirtschaft sowie die Verringerung der Grundwasserverschwendung des Bergbaus zu nennen. Hinzu kommen die Altlastensanierung in Industriegebieten, ein integriertes Management von Wassereinzugsgebieten mit Ordnungsrecht, ökonomischen Instrumenten, Planung, freiwilligen Vereinbarungen etc.

**Verbesserung der Erreichbarkeit, Erreichbarkeit, Effizienz und Bequemlichkeit der öffentlichen Verkehrsmittel.**

**Werbung für nachhaltigen Tourismus** mit minimalem Transportaufwand und Ressourcenverbrauch, also auch Förderung des Tourismus im eigenen Land.

### **Öffentliche Förderung, angemessene technische und finanzielle Unterstützung einer nachhaltigen Landwirtschaft.**

**Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster**, zum Beispiel im Rahmen der von UNEP angeregten und von der EU aufgegriffenen 10-Jahres-Initiative zur Entwicklung nachhaltiger Konsummuster. Verbraucherinformationen, Förderung von Verbraucherverbänden und Verbraucherberatung sowie Kennzeichnungspflichten sind hier zentrale Elemente.+

## **Literatur**

- Bringezu, S., Schütz, Helmut (2001). Material use indicators for the European Union, 1980/1997, Eurostat Working Papers 2/2001/B/2, Luxembourg.
- EEA, European Environment Agency (2002). Environmental signals 2002 – Benchmarking the millenium. Luxembourg, Office for the official publications of the European Communities.
- EEA European Environment Agency, Ed. (1999). Environment in the European Union at the Turn of the Century. Luxembourg, Office for Official Publications of the European Communities.
- Erb, K.-H. (2002). Die Globalisierung der Landnutzung: Österreichs Inanspruchnahme von Landfläche in der Welt, *Natur und Kultur* 3(1): 35-56.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change. WMO World Meteorological Organization. UNEP United Nations Environment Programme (2000). Emission Scenarios. Nairobi, UNEP.
- Karberg, S. (2002). „Die Spur des Staubes.“ *Bild der Wissenschaft* 2002(11): 26-31.
- Malagrida I Escalas, R. (2002). „Link indicated between climate change and cholera epidemics.“ *ESEE news* (Summer/Autumn 2002): 3.
- OECD (2001a). *OECD Environmental Outlook*. Paris, OECD.
- OECD (2001 b). Environmental indicators to measure decoupling of environmental pressure from economic growth ENVIEPOC(2001)26. OECD, Paris: 10.
- Pimm, S.L. (2002). „Hat die Vielfalt des Lebens auf der Erde eine Zukunft?“ *Natur und Kultur* 3(2): 3-33.
- Rees, W., Wackernagel, M. (1994). *Ecological Footprints and Appropriated Carrying Capacity. Investing in Natural Capital. The Ecological Economics Approach to Sustainability*. Jansson, A.M., Hammer, M., Folke, C., Costanza, R. Washington D.C., Island Press: 504 ff.
- Schauer, T. (2002). „Der reale Ressourcen hunger der virtuellen Ökonomie.“ *Natur und Kultur* 3(1): 73-89.
- Spangenberg, J.H. (1999). *Indikatoren für biologische Vielfalt. Zugänge zur Biodi-*

versität – Disziplinäre Thematisierungen und Möglichkeiten integrierender Ansätze. Görg, C., Hertler, C., Schramm, E., Weingarten, M. Marburg, Metropolis Verlag: 215 – 236.

- Spangenberg, J.H. (2001). „The Environmental Kuznets Curve – a Methodological Artefact.“ *Population and Environment* 23(2): 175-192.
- UNDP, UNEP, World Bank, World Resources Institute (2000). *A Guide to World Resources 2000-2001: People and Ecosystems*. Washington D.C., WRI.
- UNDP, UNEP, World Bank, World Resources Institute (2002). *A Guide to World Resources 2002 – 2004: Decisions for the Earth*. Washington D.C., WRI.
- UNEP United Nations Environment Programme (1999). *GEO-2000 Global Environmental Outlook, Overview*. Nairobi, Kenya, UNEP.
- UNEP United Nations Environment Programme (2002a) *GEO-3 Data Compendium, Global Resource Information Database, UNEP/DEWA/GRID*, Geneva.
- UNEP United Nations Environment Programme (2002b). *GEO-3 Global Environmental Outlook*. London, Sterling VA, Earthscan.
- UNEP United Nations Environment Programme (2002c). *GEO 3 Synthesis – Past, present and future perspectives*. Nairobi, Kenya, UNEP.
- UNESCO (1999). *Aral Sea Basin Vision*. UNESCO, New York.
- United Nations (2000). *United Nations Millennium Declaration, United Nations General Assembly, 55th session, Agenda item 60(b) Document A/RES/55/2*, New York.
- Verheyen, R., Spangenberg, J.H., Striewski, S. (1998). *Die Praxis der Kreislaufwirtschaft. Ergebnisse des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes*. Bonn, Friedrich Ebert Stiftung.
- WWF, UNEP World Conservation Monitoring Centre, Redefining Progress, Anahuac University Centre for Sustainability Studies (2000). *Living Planet Report 2000*. Gland, Switzerland, WWF.

## Rückfragen und Diskussion

J. Spangenberg bezeichnet das gegenwärtige Jahrhundert nach Ernst von Weizsäcker als das „Jahrhundert der Umwelt“, das eklatante Fragen nach Gerechtigkeit aufwirft.

Im Zusammenhang mit den zur Diskussion stehenden Fragen spricht Spangenberg hier über Verteilungsgerechtigkeit.

Es gehe um die Frage des gerechten Zugangs zu den Ressourcen.

In diesem Zusammenhang sei die Frage danach von großer Bedeutung, in welcher Weise bestimmte Akteure durch die aggressive Ausbeutung von Ressourcen

ein „Schuldenkonto“ erwirtschaftet haben, das eigentlich anderen zugute kommen müsste.

Im Folgenden bezieht Spangenberg sich auf die Frage nach Gerechtigkeit im Sinne einer „Pro-Kopf“-Anspruchshaltung („One man one ton“). Das setzt voraus, dass die „Einheitlichkeit“ der Problemlagen zur Kenntnis genommen werde – Waldsterben sei kein exklusives Problem in Deutschland, sondern im globalen Zusammenhang zu betrachten, womit etwa Südchina in den Blick komme. Das bedeute ebenfalls die Einheitlichkeit von Handlungsanforderungen im Nachhaltigkeitsdiskurs.

Globalisierungsfragen würden, so Spangenberg, oft im Angstdiskurs verhandelt, für Deutschland als Gewinnerland völlig unverständlich.

Ein Zukunftsdiskurs ist nötig und komme langsam in Gang, allerdings nicht mehr getrieben von positiver Utopie „die Zukunft ist gestaltbar“, sondern im Sinne von „die Zukunft ist gefährdet“. Aus dem Angstdiskurs ist damit die Einsicht in Handlungsnotwendigkeit geworden.

Aufgabe der Kirchen ist in diesem Zusammenhang die Besinnung auf die eigene Quelle der Hoffnung. Und unabdingbar: eine eigene unabhängige Positionierung.

# Global Governance im 21. Jahrhundert: Der Beitrag Deutschlands und Europas zu einer kooperativen Weltordnung

THOMAS FUES

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erleben wir den Vollzug einer großen globalen Transformation. Drei Mega-Trends, die sich wechselseitig verstärken, verändern die Lebensbedingungen und die Beziehungen der Menschen und Staaten zueinander grundlegend. Erstens gerät die seit der industriellen Revolution geschaffene Vorherrschaft des Westens ins Wanken. Die kommenden asiatischen Großmächte, China und Indien, aber auch andere Staaten des globalen Südens wie Brasilien und Südafrika, werden aufgrund ihres wachsenden wirtschaftlichen Gewichts Führungsansprüche in der Weltpolitik anmelden und durchsetzen können. Zweitens führen technologische Innovationen und neoliberale Wirtschaftspolitik zur beschleunigten Globalisierung mit einer historisch neuartigen Vertiefung der grenzüberschreitenden Interdependenzen. Alle Staaten sind, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, komplexen Abhängigkeiten und Verwundbarkeiten durch externe Einflüsse ausgeliefert, auf die es keine wirksamen nationalen Antworten mehr gibt. Und drittens führt das vom Westen vorgelebte Industrialisierungsmodell in die ökologische Katastrophe. Klimakollaps, Verlust an Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit sowie Wasserknappheit benennen einige der drohenden Gefahren für die gesamte Menschheit.

Vor diesem Hintergrund behandelt dieser Beitrag folgende Fragen: Wie sieht die künftige internationale Ordnung aus? Welche Rolle wird China in der Weltpolitik spielen? Wie kann ein fairer und effektiver Multilateralismus gelingen? Und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die deutsche und europäische Politik?

## Die künftige internationale Ordnung

Der kurze Moment unipolarer Machtentfaltung durch die USA nach dem Ende des Kalten Kriegs ist schon wieder vergangen. Die unheilvolle Verstrickung in den Irakkrieg unter Umgehung der Vereinten Nationen hat die Grenzen der US-amerikanischen Dominanz aufgezeigt. Die heutige globale Machtkonstellation lässt sich anschaulich mit einem Bild des Harvard-Politikwissenschaftlers Joseph Nye (2004) als mehrdimensionales Schachspiel bezeichnen. Auf der militärischen Ebene ist die Überlegenheit der USA unanfechtbar. Im Bereich der Weltwirtschaft muss sich die

globale Führungsmacht mit einflussreichen Gegenspielern, zum Beispiel Allianzen von Entwicklungsländern, China, Russland und der Europäischen Union, arrangieren. Auf der dritten der miteinander verwobenen Spielflächen geht es um transnationale Risiken wie internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Infektionskrankheiten, Umweltgefahren, Gewalt innerhalb und zwischen Gesellschaften, soziale Desintegration und Staatenzerfall. Hier sind die Gestaltungsmöglichkeiten der USA minimal

Die Veränderungen in der globalen Machtverteilung werden entscheidend durch das wirtschaftliche Wachstum in den großen Schwellenländern vorangetrieben. Gemessen am Bruttonationaleinkommen in Kaufkraftparitäten ist China heute schon auf Platz zwei der Weltrangliste vorgerückt; Indien steht auf Platz drei und Brasilien auf Platz neun (Fues 2007a). Das neue Gewicht des Südens hat in den letzten Jahren einen Umbruch in den Welthandelsverhandlungen ausgelöst. Die westlichen Staaten können ihre Sichtweisen und Politikkonzepte nicht mehr dem Süden aufzwingen, sondern müssen den Interessenausgleich suchen. Dass diese Erkenntnis noch nicht überall angekommen ist, zeigt sich an den festgefahrenen Gesprächen zur aktuellen Doha-Runde. Auch an der Spitze der globalen Machtpyramide gelten neue Regeln. Wissenschaftler wie Daniel Drezner (2007) von der Tufts-Universität gehen davon aus, dass sich in den kommenden Jahren eine neue Triade der Weltpolitik zwischen USA, China und Indien herausbilden wird. Das Gewicht Europas in diesem Machtdreieck bleibt offen.

Ein weiterer Aspekt der weltpolitischen Neuordnung ist die Vertiefung der regionalen Integrationsprozesse, zum Beispiel im Rahmen des Ostasiatischen Gipfels, an dem auch die ASEAN-Staaten und Indien beteiligt sind, oder innerhalb des südamerikanischen Mercosur. Die zunehmende institutionelle Verfestigung der regionalen Kooperation bietet die Chance, Global Governance auf einem Fundament der interregionalen Kooperationsbeziehungen zu verankern. Gleichzeitig wächst jedoch die Gefahr, dass globale Institutionen und Regulierungsmechanismen, etwa im Weltmarkt, durch die Ausbreitung regionaler Ansätze unterminiert werden.

Der anstehende Umbruch in der globalen Politik birgt zahlreiche Risiken, aber auch Chancen. Wenn es nicht gelingt, den aufstrebenden Nationen einen legitimen Platz in der Weltordnung zu verschaffen, stehen wir vor einer Phase der „turbulenten Multipolarität“ (Humphrey/Messner 2006). Zunehmende Konkurrenz um knappe Rohstoffe und Energieträger könnte zu einem Wiederaufleben der konfrontativen Geopolitik des 19. Jahrhunderts führen. Eine Lösung der existenziellen Risiken, die der gesamten Menschheit drohen, setzt jedoch kooperative Strategien voraus. Ein zentraler Unsicherheitsfaktor, insbesondere aus westlicher Sicht, ist dabei die künftige Rolle Chinas in der Welt.



## Die Rolle Chinas

Innerhalb weniger Jahrzehnte nach Öffnung und Liberalisierung ist China (wieder) zu einem bestimmenden Faktor in Weltwirtschaft und Globalpolitik geworden. Damit knüpft das Land an frühere Phasen seiner Geschichte an. Bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts lag das Zentrum der Weltwirtschaft in Ostasien; China wies ein Prokopfeinkommen wie die europäischen Länder auf (Fues 2007b). In Außenhandel, ausländischen Direktinvestitionen, internationalen Kreditbeziehungen und zunehmend im Bereich der Entwicklungskooperation haben sich die Beziehungen Chinas zu anderen Entwicklungsregionen explosionsartig ausgeweitet (Gu/Humphrey/Messner 2007). Die wachsende wirtschaftliche Vernetzung äußert sich in der gestiegenen politischen Bedeutung der Volksrepublik, wie beispielsweise beim Peking-Afrika-Gipfel im November 2006 zu besichtigen war.

Das Engagement Chinas in Entwicklungsregionen zieht zunehmende Kritik aus dem Westen, aber auch aus den betroffenen Ländern auf sich (Fues/Grimm/Laufer 2006). Kritisiert wird die chinesische Politik der Nichteinmischung nach den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die das westliche Verlangen nach guter Regierungsführung, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu unterlaufen drohe. Auch die Verletzung von Umwelt- und Sozialstandards durch chinesische Unternehmen im Ausland gibt Anlass zu Protesten. Wissenschaftler in China sehen die Probleme bei den Auslandsaktivitäten als unmittelbare Folge der schwierigen Wachstums- und Anpassungsprozesse im Inland. Denn Umweltzerstörung und soziale Disparitäten markieren die Schattenseiten des chinesischen Wirtschaftswunders. Bei der Zentralregierung ist eine wachsende Sensibilisierung für die innen- und außenpolitischen Herausforderungen zu erkennen, aber die Umsetzung in den Provinzen und auf lokaler Ebene gestaltet sich äußerst schwierig. Auch einzelne Unternehmen öffnen sich im Hinblick auf die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer Geschäftspolitik. So hat zum Beispiel die staatliche China National Petroleum Corporation im Jahr 2006 ihren ersten Bericht über soziale Unternehmensverantwortung vorgelegt. In der chinesischen Außenpolitik deutet sich eine Modifizierung des bisher kompromisslos verfolgten Souveränitätsprinzips an. Die von den Vereinten Nationen eingeführte Norm der Schutzverantwortung („responsibility to protect“), die die internationale Gemeinschaft zum Handeln verpflichtet, wenn ein Staat seine Bevölkerung gegen gravierende Menschenrechtsverletzungen nicht schützen kann oder will, wird von China inzwischen stillschweigend akzeptiert. Eine kürzliche Veröffentlichung des China Institute of Contemporary International Relations (CICIR), der Denkfabrik des Sicherheitsapparats, relativiert das Prinzip der Nichteinmischung und betont die Bereitschaft Chinas, Mitverantwortung für die Überwindung interner Fehlentwicklungen in anderen Staaten zu übernehmen (Yuan 2007).

China sieht sich nicht als Herausforderer der westlich dominierten Weltordnung, sondern möchte zur globalen Stabilität durch Anpassung an internationale Standards beitragen. Diese Grundhaltung der chinesischen Regierung wird von der interessen-geleiteten Erkenntnis getragen, dass die wirtschaftliche Entwicklung des hochgradig in die Weltwirtschaft integrierten Landes auf ein friedliches internationales Umfeld angewiesen ist. Der Westen sollte diese Orientierung durch die Anerkennung Chinas als konstruktiver Akteur im Global Governance-System bestärken. Die Bereitschaft zum offenen Dialog mit dem Westen dokumentiert China zum Beispiel durch Beteiligung am so genannten Heiligendamm-Prozess, der auf dem letzten G8-Gipfel im Juni 2007 installiert wurde. Dieser Dialogprozess stellt einen ersten Schritt zur Schaffung neuer Grundlagen für einen inklusiven Multilateralismus dar. Deutschland und Europa sollten die Kooperationsbeziehungen zu China systematisch ausbauen, auch im Hinblick auf die Unterstützung der Entwicklungsprozesse in anderen Weltregionen (Berger/Wissenbach 2007).

## **Effektiver und fairer Multilateralismus**

In ihrer heutigen Ausprägung reflektieren die internationalen Organisationen die bisherige westliche Vorherrschaft. Besonders eindrücklich zeigt sich das in den weltwirtschaftlichen Schlüsselinstitutionen Weltbank und Internationaler Währungsfonds, wo die Industrieländer über eine klare Mehrheit der Stimmrechte verfügen. In der Gipfelarchitektur der G8, dem Koordinationsgremium der wichtigsten Industrieländer, sind die Staaten des Südens nicht vertreten. Die Vereinten Nationen, in denen das Prinzip „Ein Land - eine Stimme“ gilt und damit ein Übergewicht der Entwicklungsländer sichergestellt ist, spielen hingegen in der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik keine Rolle.

Angesichts der bevorstehenden Umwälzung in den internationalen Machtverhältnissen werden tief greifende Reformen im Global Governance-System unabweisbar, wenn es nicht zu einem völligen Zusammenbruch der multilateralen Strukturen kommen soll. Ein Strang der Reformdebatte befasst sich mit Veränderungen in der Gipfelarchitektur, zum Beispiel durch Umwandlung der G8 in eine L20 (leaders) unter Einbeziehung der führenden Mächte des Südens (Cooper/Fues 2005). Dieser Vorschlag knüpft an die erfolgreiche Erweiterung der G8-Finanzministerrunde um führende Schwellenländer im Jahr 1999 an. Während Bundesfinanzminister Steinbrück die L20-Idee unterstützt, hat sich Kanzlerin Merkel für eine andere Form der institutionalisierten Interaktion mit den aufstrebenden Mächten entschieden. Auf dem zurückliegenden G8-Gipfel wurde der Heiligendamm-Prozess ins Leben gerufen, der China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika einbezieht. In den nächsten zwei Jahren sollen in diesem Rahmen Lösungen für zentrale globale Herausforde-

rungen identifiziert werden, insbesondere in den Bereichen Innovationen, Investitionen, Energieeffizienz und Entwicklung in Afrika. Unklar bleibt, welche Kooperationsanreize die G8 den Schwellenländern bieten können und wollen. Auf mittlere Sicht werden diese sich nicht mit begrenzten Dialogangeboten abspesen lassen, sondern auf der gleichberechtigten Integration in die globalen Entscheidungsprozesse bestehen.

Im Zentrum der inklusiven Umgestaltung von Global Governance müssen die Vereinten Nationen als einzig universale Organisation stehen. Priorität auf der Reformagenda sollte die Erweiterung des Sicherheitsrats durch langfristige Regionalsitze mit der Möglichkeit der Wiederwahl erhalten. Die unter anderem auch von der Bundesregierung angestrebte Schaffung zusätzlicher ständiger Sitze für einzelne Staaten wird die nationalen Rivalitäten unnötig anheizen und ist politisch nicht durchsetzbar. Dringend gefordert ist auch die Stärkung des Wirtschafts- und Sozialrats ECOSOC, der heute in der internationalen Politik keinerlei Einfluss ausüben kann. Ein bescheidener Bedeutungsgewinn könnte durch das neue Development Cooperation Forum erfolgen. Ab 2008 soll diese Plattform im Zweijahresrhythmus dem Erfahrungsaustausch und der Koordination zwischen westlichen Ländern und „neuen“ Gebern wie China, Indien und Brasilien auf der einen Seite und Entwicklungsländern auf der anderen Seite dienen.

Fairer und wirksamer Multilateralismus erfordert ethischen Grundlagen und Prinzipien, die von allen Beteiligten akzeptiert und eingehalten werden. Ein Beispiel für das dabei zu beschreitende völkerrechtliche Neuland ist die aktuelle Debatte über eine gerechte Verteilung der globalen Umweltgüter beim Entwurf einer wirksamen Klimaschutzstrategie. Bundeskanzlerin Merkel hat den international beachteten Vorschlag einer Gleichverteilung der ökologisch tragbaren Emissionsquote entworfen. Nach diesem Konzept kann jeder Mensch über eine jährliche Menge von zwei Tonnen Kohlendioxid verfügen. Die nationalen Quoten ergeben sich durch Multiplikation mit der Bevölkerungszahl. So sehr dieser Plan dem Anliegen der Entwicklungsländer nach Gleichbehandlung entgegenkommt, behandelt er nur einen Gerechtigkeitsaspekt und greift deshalb zu kurz. Der Süden pocht darauf, dass auch die historischen „Sünden“ der Industrieländer berücksichtigt werden. Denn die Belastung der Erdatmosphäre durch klimaschädliche Gase seit Beginn der Industrialisierung geht zu drei Vierteln auf das Konto des Nordens. Die zunehmende Bedrohung der menschlichen Zivilisation durch die destruktiven Folgen des Klimawandels ist zugleich Hoffnungsschimmer für eine bessere globale Zusammenarbeit. Es wird sich immer mehr die Einsicht durchsetzen, so ist zu hoffen, dass die globalen Risiken nur bewältigt werden können, wenn nationale Egoismen zurückgestellt und die gemeinsamen Überlebensinteressen ins Zentrum gerückt werden. Bei dieser Neuausrichtung der globalen Politik sollte die Europäische Union eine Führungsrolle übernehmen.

## Konsequenzen für deutsche und europäische Politik

Die Europäische Union und in diesem Kontext auch Deutschland verstehen sich als treibende Kräfte für effektiven Multilateralismus und globale Nachhaltigkeit. In einigen Feldern, beispielsweise im Klimaschutz und in der Friedenspolitik, wird dieser Anspruch ansatzweise zu Recht erhoben. In anderen Bereichen, etwa in der Außenwirtschaftspolitik, werden die eigenen Interessen hingegen aggressiv vertreten (Altwater/Mahnkopf 2007). Der Ruf nach einem sozialen und solidarischen Europa bleibt bislang unbeantwortet. Klar ist aber, dass Europa nur als Einheit eine Chance hat, seine Stimme in der Weltpolitik zur Geltung zu bringen. Dabei muss die Union aus aufgeklärtem Eigeninteresse eine neue Partnerschaft mit den aufsteigenden Mächten des Südens eingehen, die von der Erkenntnis des relativen Bedeutungsverlusts getragen wird. So sollte Europa beispielsweise im Internationalen Währungsfonds Stimmrechte und Sitze zugunsten der Schwellenländer abtreten und sich um eine Erweiterung der Gipfelarchitektur bemühen bei gleichzeitiger Bereitschaft zur gemeinsamen Vertretung europäischer Interessen durch einen einzigen Sitz. Zusätzlich sollten Deutschland und Europa die Ressourcen für globale öffentliche Güter und weltweite Armutsbekämpfung massiv erhöhen. Ein wichtiges Zwischenziel ist der europäische Stufenplan für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA), der die Erhöhung der ODA-Quote auf 0,51% des Nationaleinkommens im Jahr 2010 vorsieht, bevor das Endziel von 0,7% im Jahr 2015 realisiert wird. Europa sollte sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass die Position nicht-staatlicher Kräfte im Global Governance-System sowie die internationale Rechtsstaatlichkeit gestärkt werden. Nur auf dieser Basis lässt sich eine kooperative Weltordnung aufbauen.

## Literatur

- Altwater, Elmar/Birgit Mahnkopf 2007: „Global Europe“: Der liberale Imperialismus der EU, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2007: 1471-1486
- Berger, Bernt/Uwe Wissenbach 2007: EU-China-Africa trilateral development cooperation, Discussion Paper 21/2007, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Cooper, Andrew/Thomas Fues 2005: L20 und ECOSOC-Reform: Komplementäre Bausteine zur Stärkung der Global Governance-Architektur und der Vereinten Nationen, Analysen und Stellungnahmen 6/2005, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Drezner, Daniel 2007: The New New World Order, in: Foreign Affairs 86 (2): 34-46

- Fues, Thomas 2007a: Global Governance Beyond the G8: Reform Prospects for the Summit Architecture, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 2/2007: 11-24
- Fues, Thomas 2007b: Multipolare Tendenzen: China und Indien auf dem Weg zur Weltmacht, in: Henning Melber/Cornelia Willß (Hg.): G8 Macht Politik. Wie die Welt beherrscht wird, Frankfurt
- Fues, Thomas/Sven Grimm/Denise Laufer 2006: Chinas Afrikapolitik: Chance und Herausforderung für die europäische Entwicklungszusammenarbeit, Analysen und Stellungnahmen 4/2006, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Gu, Jing/John Humphrey/Dirk Messner 2007: Global Governance and Developing Countries: The Implications of the Rise of China, Discussion Paper 18/2007, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Humphrey, John/Dirk Messner 2006: Instabile Multipolarität: Indien und China verändern die Weltpolitik, Analysen und Stellungnahmen 1/2006, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- Nye, Joseph 2004: Soft Power: The Means to Success in World Politics, New York: Public Affairs
- Yuan, Peng 2007: A Harmonious World and China's New Diplomacy, in: Contemporary International Relations 17 (3)

## Rückfragen und Diskussion

In der anschließenden Aussprache wird besonders betont, dass die Länder des ehemaligen Ostblocks in diese Entwicklungen konsequenter einbezogen werden müssen. Stimmenverhältnisse müssen in den großen internationalen Organisationen neu geregelt werden. Es wird die Frage gestellt, welche Bedeutung die MDG's in diesem Kontext haben.

Kapazitäten des Nationalstaates zur Gestaltung der Globalisierung müssen gestärkt werden im Sinne eines Kontextes von „Multiakteurskonstellation“ bezogen auf die Zivilgesellschaft und der Wirtschaft.

Die politische Rolle etwa von Stiftungen ist zu betrachten (z.B. wie viel Politik macht die Bill Gates-Stiftung?) die Rolle der NGOs bei den Vereinten Nationen steht zur Diskussion, wenn z.B. China eine stärkere Rolle in der Weltpolitik übernimmt. Die Frage nach der EU-Verfassung und ihrer Bedeutung ist umstritten.

# Interkulturelle Kooperationen oder „clash of cultures“: Die Rolle der Religionen für eine friedliche Welt unter besonderer Berücksichtigung des Islam

KONRAD RAISER

Ich freue mich sehr über die Initiative der vier Trägerorganisationen dieser Tagung und der dahinter stehenden Landeskirchen, die Diskussion über die Globalisierung neu aufzunehmen, um sie aus ihrer ökonomisch-finanziellen Engführung zu befreien und umfassender danach zu fragen, was Kirchen und ihre Einrichtungen zur Gestaltung der Globalisierung beitragen können beziehungsweise tatsächlich beitragen.

Denn die Globalisierung ist kein Verhängnis, dem wir einfach ausgeliefert wären, oder eine Entwicklung, zu der es keine Alternative gäbe. In der ökumenischen Diskussion ist von Anfang an auf eine grundlegende Unterscheidung hingewiesen worden, die sich aus der Nacharbeit zum Kopenhagener Sozialgipfel der Vereinten Nationen im Jahr 1995 ergeben hatte, d.h. die Unterscheidung zwischen Globalisierung als einem gesellschaftlich-historischen Veränderungsprozess, vergleichbar der industriellen Revolution, und auf der anderen Seite dem wirtschaftspolitischen Projekt der Globalisierung als Ausdruck einer marktradikalen Ideologie.

Nach den einführenden Beobachtungen von Ulrich Möller und Klaus Heideel brauche ich diese Unterscheidung jetzt nicht weiter zu erläutern und zu begründen. Sie ist jedoch eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Überzeugung, dass die Globalisierung politisch gestaltet werden kann und muss. Joseph Stiglitz hat in seinem neuesten Buch überzeugend nachgewiesen, dass dies auch für die ökonomisch-finanzielle Globalisierung gilt, und es gibt erste Anzeichen dafür, dass sich diese Erkenntnis langsam bei den Entscheidungsträgern durchsetzt.

Mir ist im Rahmen dieser Überlegungen die Aufgabe zugefallen, über die Auswirkungen der Globalisierung im Umfeld von Kulturen und Religionen nachzudenken und insbesondere der Frage nachzugehen, welchen Beitrag die Religionen für die Schaffung einer friedlicheren Welt leisten können und sollen. Dabei soll dem Islam besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Auswirkungen der Globalisierung auf Kulturen und Religionen sind komplex, und ich muss mich hier auf wenige Beobachtungen beschränken. Offenkundig ist Migration, sei es als Landflucht innerhalb eines Landes, sei es als Arbeitsmigration über nationale Grenzen hinweg oder als Folge von Flucht und Vertreibung, einer der hervorstechenden Faktoren in diesem Zusammenhang.

In allen Fällen kommt es zu einer wachsenden kulturellen und religiösen Pluralisierung innerhalb der Gesellschaften. Dazu kommt die elektronische Revolution in den Kommunikationsmedien, die – jedenfalls potenziell – alle Gesellschaften und Kulturen füreinander öffnet. Was eine Bereicherung sein könnte, verwandelt sich unter dem Druck kommerzieller Interessen schnell zu einer Bedrohung, die entsprechende Gegenreaktionen auslöst.

Die Dominanz westlicher, vor allem US-amerikanischer Medien und konsumorientierter Werbung erzeugt den Eindruck, dass die wirtschaftliche Globalisierung von einer kulturellen Homogenisierung begleitet sei, die unaufhaltsam traditionelle Kulturen überformen werde. So entspricht etwa dem Rückgang der Artenvielfalt ein vergleichbarer Rückgang der Sprachen, d.h. der entscheidenden Träger kulturellen Wissens und kollektiver Identität; von den zurzeit noch gesprochenen etwa 7.000 Sprachen wird in 50 Jahren vermutlich nur noch die Hälfte lebendig sein. Globalisierung im Sinne gesteigerter weltweiter Interdependenz führt also sicherlich dazu, dass bislang in sich abgeschlossene und relativ homogene kulturelle Räume durchlässig gemacht und für Einflüsse anderer Kulturen geöffnet wurden und werden. Damit intensiviert der Prozess der Globalisierung freilich nur einen Vorgang, der für die geistige und kulturelle Geschichte der Menschheit kennzeichnend war und ist.

Die Unterschiede der Zivilisationen und Kulturen waren eine Grundlage und zugleich Triebfeder für die geschichtliche Entwicklung der Menschheit. Kulturen haben sich ständig – wenn auch über längere Zeiträume hinweg – wechselseitig beeinflusst, überlagert und auch verdrängt. Die Geschichte menschlicher Zivilisationen ist eine Geschichte der wechselseitigen kulturellen Anleihen und der Umformungen. Insbesondere im Zuge von Eroberungen und der Bildung von größeren Herrschaftsstrukturen haben die jeweils Mächtigeren den Unterlegenen auch ihre Kultur aufzuzwingen versucht, oft gegen lang anhaltenden Widerstand. Kulturelle Globalisierung als Form der Herrschaftsausübung: Das ist der Eindruck, der sich bei den Opfern der wirtschaftlichen Globalisierung herausgebildet hat. Und es kann kein Zweifel sein, dass die marktradikale Globalisierungsstrategie von bestimmten kulturellen Mustern und Wertvorstellungen geprägt ist, die unvermeidlich in Konflikt geraten mit überkommenen kulturellen Normen und Wertsetzungen.

## **Die Debatte um einen „clash of cultures“**

In dem Maße, in dem dieses Projekt der Globalisierung vorangetrieben und weltweit durchgesetzt wird, regt sich Widerstand, der nicht zuletzt auf überkommene kulturelle Muster zurückgreift. Beispiele dafür gibt es aus dem Umfeld der islamischen Länder, aber auch aus China sowie aus Afrika und neuerdings aus Russland sowie anderen osteuropäischen Ländern, die nach Jahrzehnten kommunistischer Herr-

schaft danach streben, ihre traditionelle, orthodox oder katholische geprägte kulturelle Identität wieder zu gewinnen.

An dieser Stelle setzt die These vom „clash of civilizations“ an. Samuel Huntington behauptet, dass nach dem Ende des ideologischen Ost-West-Konfliktes die Gegensätze zwischen den großen kulturellen Traditionen die weitere geschichtliche Entwicklung prägen werden. Er teilt die Menschheit – sowohl historisch wie geografisch – in sieben kulturelle Blöcke ein, in deren Zentrum jeweils eine der religiösen Überlieferungen der Menschheit steht. Sein Hauptinteresse gilt jedoch offensichtlich dem Gegensatz zwischen der muslimischen und der westlich-christlichen Welt.

Die Analyse von Huntington ist vorwiegend kritisch aufgenommen worden. Richtig daran ist sicherlich die Beobachtung, dass die durch die Globalisierung vorangetriebene Begegnung von Kulturen und Religionen potenziell konfliktträchtig ist und dass diese Gegensätze und Konflikte indirekt oder unmittelbar politische Auswirkungen haben können, bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Allerdings sind solche Konflikte nicht unvermeidlich, und die von Huntington vorausgesetzten exklusiven Profile und klaren Grenzziehungen zwischen den einzelnen kulturellen Blöcken lassen sich nur schwer verifizieren angesichts der langen Geschichte von wechselseitigem Austausch und Beeinflussung, nicht zuletzt zwischen islamischer und westlich-christlicher Kultur. Die Vermutung liegt daher nahe, dass es Huntington vor allem darum ging, einer an klare Feindbilder gewöhnten politischen Weltsicht eine neue Begründung zu geben. In diesem Sinn hat sich Huntington Entwurf als eine „self-fulfilling prophecy“ erwiesen: Nach dem 11. September 2001 hat sich das Feindbild des, jedenfalls potenziell, gewalttätigen Islam festgesetzt und ist zur Legitimationsfigur für den „Krieg gegen den Terror“ geworden.

Schon früh, und das heißt schon vor dem 11. September 2001, hat sich sowohl unter Politikwissenschaftlern als auch politischen Führungspersonlichkeiten unterschiedener Widerstand gegen die Thesen von Huntington und ihre politischen Implikationen artikuliert. Der damalige iranische Staatspräsident Khatami hatte den Vorschlag gemacht, auf UN-Ebene ein internationales Jahr für den „Dialog der Zivilisationen“ auszurufen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hatte daraufhin eine Gruppe von hochrangigen Persönlichkeiten (darunter aus Deutschland Richard v. Weizsäcker und Hans Küng) beauftragt, eine Grundlagenstudie zur Dynamik der kulturellen Globalisierung zu erstellen. Das Ergebnis ihrer Beratungen wurde (auf Deutsch) 2001 unter dem Titel „Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen“ veröffentlicht, ist aber leider kaum über einen kleinen Kreis von Interessierten hinaus in der Öffentlichkeit bekannt und diskutiert worden. Im Zentrum der Überlegungen steht eine intensive Auseinandersetzung mit der tief verwurzelten Neigung, in Feindbildern zu denken, und der Notwendigkeit, diese Grundhaltung zu verändern, wenn die Menschheit im Zeitalter der Globalisierung überleben soll. Die Erschütterung über die Anschläge vom 11. Septem-



ber und die danach einsetzende politische Propaganda hat die wichtige Botschaft dieser Studie zugedeckt.

Nun hat im Jahr 2004 der spanische Ministerpräsident Zapatero vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Vorschlag zur Gründung einer „Allianz der Zivilisationen“ gemacht. Damit wird der frühere Gedanke eines Dialogs der Zivilisationen, statt des beschworenen „Kampfes“, wieder aufgenommen und verbunden mit dem Versuch, auf der Ebene der internationalen Gemeinschaft der Staaten einen geistigen und moralischen Rahmen zu schaffen, um den kulturellen (und politischen) Konflikten, nicht zuletzt zwischen der muslimischen und der westlichen Welt, konstruktiv begegnen zu können. Der Vorschlag wurde positiv aufgenommen und fand Eingang in das Schlussdokument der Reform-Vollversammlung der Vereinten Nationen im Jahr 2005. Wiederum hat der Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Gruppe von sorgfältig ausgewählten Persönlichkeiten berufen mit dem Auftrag, eine Art Manifest für die Allianz der Zivilisationen auszuarbeiten. Unter den 20 nach regionalen Gesichtspunkten berufenen Mitgliedern sind 10 muslimische Persönlichkeiten; dazu kommt in der anderen Hälfte der Gruppe noch eine Reihe von ausgewiesenen Kennern der muslimischen Kultur. Die Gruppe hat im November vergangenen Jahres ihren Bericht vorgestellt, der sich vorrangig mit den Gegensätzen zwischen der muslimischen und der westlichen Welt und ihrer Überwindung beschäftigt.

Gemäß dem der Gruppe erteilten Mandat ging es bei ihren Überlegungen präzise um die Fragen, die auch hinter den thematischen Formulierungen für meinen Vortrag heute stehen. Das Mandat beginnt mit den folgenden Sätzen (übersetzt aus dem Englischen): „Die Initiative (für die Allianz der Zivilisationen) ist Ausdruck eines breiten Konsenses zwischen Nationen, Kulturen und Religionen, dass alle Gesellschaften voneinander abhängig und zusammen gebunden sind im Blick auf ihre Entwicklung und Sicherheit sowie ihr ökologisches, wirtschaftliches und finanzielles Wohlergehen. Die Allianz möchte zur Ausbildung kollektiven politischen Willens beitragen und konzertiertes Handeln auf der Ebene der Institutionen wie der Zivilgesellschaft ermöglichen, um die Vorurteile, verzerrten Wahrnehmungen und Polarisierungen zu überwinden, die sich diesem Konsens entgegenstellen. Sie möchte darüber hinaus beitragen zu einer sich herausbildenden globalen Bewegung, die sich, im Einklang mit dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Menschheit, von Extremismus in jeder Gesellschaft distanziert.“

## **Die Verunsicherung der islamischen Identität in der heutigen Weltgesellschaft**

Ich werde im dritten Teil meiner Überlegungen noch einmal auf diese Initiative und den Bericht der Gruppe zurückkommen, der eine Reihe von konkreten Vorschlägen

enthält, die auch für die Religionsgemeinschaften und Kirchen von Bedeutung sind. Vorher jedoch will ich mich, der thematischen Vorgabe folgend, auf die besondere Problematik der kulturellen und religiösen Beziehungen zur muslimischen Welt konzentrieren. Ich kann keine spezielle Kompetenz in diesem Feld in Anspruch nehmen. Meine kursorische Lektüre bringt mich darüber hinaus zu dem Schluss, dass es für Außenstehende noch schwieriger ist als für Muslime selbst, die spannungsvollen und komplexen Entwicklungen innerhalb der muslimischen Welt angemessen zu interpretieren und zu verstehen. Dennoch müssen wir diesen Versuch machen, auch auf die Gefahr hin, uns gegebenenfalls korrigieren zu lassen.

Ich beginne mit einer grundsätzlichen Feststellung: Die aus einer popularisierenden Vereinfachung der Analysen von Huntington abgeleitete These, dass der Islam seinem Wesen nach auf Konfrontation angelegt und zur interkulturellen und interreligiösen Kooperation unfähig sei, muss als eine der „verzerrten Wahrnehmungen“ und polemischen Entstellungen zurückgewiesen werden, denen die Allianz der Zivilisationen begegnen will. Der Überblick über 14 Jahrhunderte muslimischer Geschichte zeigt vielmehr die Fähigkeit des Islam und der muslimischen Kultur, sich in der Begegnung mit anderen kulturellen und religiösen Traditionen zu verändern und gleichzeitig auf die vorgefundenen, einheimischen Kulturen einzuwirken. So gibt es heute sehr unterschiedliche Profile muslimischer Kultur: arabisch, türkisch, maghrebisch, persisch, indo-pakistanisch, indonesisch etc. Dazu kommen die neuen Ausprägungen muslimischer Kultur in der westlichen Diaspora, d.h. in Europa und Nordamerika.

Weite Teile der muslimischen Welt erleben freilich gegenwärtig eine tiefe Verunsicherung islamischer Identität in der heutigen Weltgesellschaft. Das ist zum Teil ein Erbe der Kolonialzeit, die in den traditionellen islamischen Kernländern eine antiwestliche Grundhaltung hinterlassen hat. Dazu kommt in weiten Teilen der Bevölkerung die tiefe Enttäuschung über die unerfüllt gebliebenen Erwartungen und Versprechungen, die mit Demokratisierung und wirtschaftlicher Entwicklung verbunden waren. Die Desillusionierung gilt insbesondere der politischen Elite, die versucht hatte, die muslimischen Gesellschaften nach dem Vorbild westlicher säkularer Nationalstaaten umzuformen. Die Erfahrung zeigt, dass Gesellschaften, die sich als Opfer von Diskriminierung, Demütigung und Marginalisierung aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Ausrichtung sehen, geneigt sind, sich umso leidenschaftlicher an ihre traditionelle kulturelle Identität zu klammern.

Über Jahrhunderte hinweg war der innere Zusammenhalt der muslimischen Gesellschaften durch das Zusammenspiel zwischen den Trägern der politischen Herrschaft und den religiösen Autoritäten gewährleistet worden. Die politischen Herrscher (Kalifen) waren verantwortlich für die Sicherheit und Wohlfahrt der Gesellschaft auf der Grundlage der Tradition des Propheten; die religiöse Gemeinschaft der Rechtsgelehrten war verantwortlich für die Bildung der nachfolgenden

Generationen, für offizielle Weisungen (fatwas) und für die kritische Überprüfung der Rechtschaffenheit der Regierenden.

Dieses Zusammenspiel, bei dem beide Seiten sich wechselseitig in ihrer Autorität stützten, ist jedoch spätestens seit dem Ende des Kalifats, und das heißt der laizistischen Revolution in der Türkei (1924) sowie der späteren Gründung von unabhängigen Nationalstaaten, in Unordnung geraten. Mit dem Schwinden der Legitimität der Herrschenden in den Augen der Bevölkerung geriet auch die Autorität der religiösen Führer ins Wanken. Viele muslimische Experten weisen zudem darauf hin, dass die religiösen Autoritäten sich so stark an die jeweilige politische Ordnung gebunden hatten, dass sie ihre Eigenständigkeit verloren und vor allem die Aufgabe vernachlässigt hatten, die Auslegung der Tradition den veränderten Bedingungen muslimischer Gesellschaften anzupassen.

## Islamisten und Reformen

Es ist auf diesem Hintergrund verständlich, dass die Botschaft der islamistischen Bewegung bei immer weiteren Kreisen auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Für die Islamisten trägt der zersetzende Einfluss der säkularen Moderne die Hauptschuld an der gegenwärtigen Malaise der muslimischen Welt. Der Islamismus hat verschiedene Ursprünge. Ich beschränke mich hier auf den sunnitischen Islam; die Entwicklung im schiitischen Islam in Iran und den Nachbarländern bedürfte einer eigenen Analyse. Die Anfänge des Wahabismus in Arabien gehen zurück bis in 18. Jahrhundert. Ein weiterer wichtiger Impuls kam aus Ägypten mit der salafitischen Bewegung und der Gründung der Muslim-Bruderschaft in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Wichtige Impulse kamen zusätzlich aus Pakistan, dem ersten modernen islamischen Staat.

Inzwischen ist der Islamismus zu einer breiten Bewegung in allen islamischen Ländern geworden. Seine Antwort auf die muslimische Identitätskrise besteht in der Forderung einer Erneuerung an Haupt und Gliedern im Sinne des Rückgangs zu den Normen und Strukturen, wie sie in der idealisierten Frühzeit der vier „rechtschaffenen Kalifen“ (632-661) ausgebildet wurden. Als eine innere Reformbewegung war und ist der Islamismus nicht notwendigerweise militant und sollte noch weniger von vornherein festgelegt werden auf eine Strategie der gewaltsamen Konfrontation mit dem Westen. Es ging und geht den Islamisten vielmehr in erster Linie um die innere geistige, moralische und politische Erneuerung der muslimischen Gemeinschaft und der Bekräftigung ihrer Identität gegenüber dem Veränderungsdruck der westlich geprägten Globalisierung. Freilich bot der Islamismus die Grundlage für die Entwicklung extremistischer und gewaltbereiter Strategien des politischen Kampfes.

Den Islamisten, die eine Art muslimische Erweckungsbewegung darstellen, steht die Gruppe der Reformen gegenüber. Wo die Islamisten für eine strenge Orthodoxie

eintreten, sind die Reformen Vertreter einer liberaleren Auslegung der Tradition, in Aufnahme von und Auseinandersetzung mit geistigen und politischen Elementen der westlichen Kultur. Sie lehnen den Rückbezug auf die Tradition keineswegs ab, aber sie versuchen, sie neu zu lesen und anzueignen im Licht der geschichtlichen Veränderungen. So weisen sie zum Beispiel darauf hin, dass die islamische Rechtstradition noch immer ausgerichtet ist auf eine gesellschaftliche Wirklichkeit, die von Stammes-, Clan-, und Familienstrukturen und -beziehungen geprägt war. Die gesellschaftlichen Verhältnisse haben sich jedoch auch in den islamischen Ländern unumkehrbar verändert, und so muss die Tradition neu ausgelegt werden, um sie bewahren zu können.

Ein gutes Beispiel für diesen Prozess der neuen Auslegung und Aneignung der Tradition ist die intensive Diskussion über die Rolle von Krieg und Gewalt im Islam und die Interpretation des Begriffs des „Jihad“. Ein anderes Beispiel ist der Versuch einer Neuinterpretation der Stellung der Frau in der muslimischen Gesellschaft. Außerdem weisen Vertreter dieser Richtung darauf hin, dass die Sprache des mittelalterlichen Arabisch, in der der Koran abgefasst ist, heute nur von wenigen Muslimen verstanden wird, zumal die große Mehrheit der Muslime weltweit nicht arabischer Muttersprache ist. So kommt es unweigerlich zu ungenauen beziehungsweise missverständlichen oder irreführenden Auslegungen der heiligen Schriften. Die Reformen sehen ihre Aufgabe daher vor allem in einer umfassenden Bildungsanstrengung, um die muslimischen Gesellschaften in Stand zu setzen, sich auf dem Hintergrund ihrer kulturellen und religiösen Tradition konstruktiv an der interkulturellen Kommunikation zu beteiligen.

Diese interne Spannung zwischen Islamisten und Reformern prägt heute die meisten muslimischen Gesellschaften und jedenfalls die öffentliche Auseinandersetzung, soweit sie von den Regierungen zugelassen ist. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht die Interpretation der Sharia, d.h. der islamischen Rechtstradition, die das gesamte Leben der Gesellschaft, unter Einschluss der Wirtschaft und Politik, regeln soll. Aber die Sharia ist kein abgeschlossenes und kodifiziertes Rechtssystem. Strittig ist bereits der Umgang mit den Quellen, denn nur wenige Rechtssätze sind im Koran selbst autoritativ formuliert; auf weite Strecken geht die Sharia auf Aussprüche und Verhaltensweisen des Propheten selbst zurück, die in der Sunna überliefert sind. Ihre Auslegung und Anwendung auf unterschiedliche Situationen hatte in früheren Jahrhunderten eine hoch differenzierte Rechtskultur hervorgebracht, verkörpert in den traditionellen vier Rechtsschulen.

Diese Kultur ist heute weitgehend abgebrochen mit der Folge, dass es keine allgemein anerkannte Autorität mehr gibt, die verbindliche Auslegungen der Sharia legitimieren könnte. Zwar lehnen viele traditionelle islamische Rechtsgelehrte die rigorose Anwendung von strafrechtlichen Bestimmungen der Sharia, etwa bei Diebstahl oder Ehebruch, ab, aber ihr Urteil wird von konsequenten Islamisten nicht

anerkannt. Gleiches gilt für die Frage der Legitimität von Selbstmord-Attentaten, die von den höchsten Rechtsautoritäten entschieden bestritten wird, sich aber als wichtiges Instrument im politischen Kampf des islamistischen Extremismus durchgesetzt hat. Die Kehrseite der Verunsicherung hinsichtlich der islamischen Identität ist daher das Fehlen einer anerkannten Autorität für die Interpretation und Anwendung der heiligen Schriften, die für die kulturelle und religiöse Identität grundlegend sind. Das Dilemma ist aus den Auseinandersetzungen innerhalb und zwischen den christlichen Kirchen über die angemessene Reaktion auf die Moderne bekannt. Zugleich ist deutlich, dass es um einen unvermeidlichen Streit geht, der nur innerhalb der muslimischen Gemeinschaft ausgetragen und aufgelöst werden kann.

## **Das Verhältnis von Religion und Kultur**

Die Frage, ob die Religionen zu einer konstruktiven interkulturellen Kommunikation und so zum Aufbau einer friedlicheren Welt, d.h. zur Schaffung einer weltweiten Kultur des Dialogs und des Friedens, beitragen können, löst unterschiedliche Reaktionen aus. Für die einen sind die Gegensätze und Konflikte zwischen den Religionen so sehr Teil des Problems, dass sie als ernsthafte Akteure bei der Suche nach Lösungen ausscheiden. Diese Reaktion findet sich vor allem bei überzeugten Vertretern eines säkularen Verständnisses von Kultur, die konsequent zwischen Kultur und Religion unterscheiden und Religion dem Bereich privater Überzeugungen und Verhaltensweisen zuordnen.

Für sie sind gerade die brisante Vermischung von Religion und Politik im Fall des Islamismus, aber auch andere Formen von politisch-religiösem Fundamentalismus in Christentum, Judentum, Hinduismus und Buddhismus, ein entscheidendes Argument dafür, die Religionen konsequent aus dem öffentlichen Raum herauszuhalten, da sie mehr Unheil stiften, als dem Frieden dienen.

Dieses säkulare Kulturverständnis, das einhergeht mit der Bekräftigung der Autonomie des Individuums, der Wertschätzung individueller Freiheit, auch und gerade im wirtschaftlichen Wettbewerb, sowie der Kritik traditioneller, religiös legitimierter moralischer Normen vor allem für den Schutz des Lebens und von Ehe und Familie, ist freilich selbst ein wesentlicher Faktor für die Verschärfung interkultureller Konflikte. Die eindeutige Unterscheidung zwischen Religion und Kultur, die im säkularisierten Westen weit gehend selbstverständlich geworden ist, lässt sich in den meisten anderen Kulturkreisen nicht nachvollziehen. Hier hat Samuel Huntington im Prinzip Recht, wenn er als Zentrum der großen, von ihm identifizierten kulturellen Blöcke jeweils eine der Ausprägungen der Weltreligionen ausmacht.

Dies gilt zumal für die muslimische Welt: Der Islam ist nicht einfach eine Religion, die sich auf Glaubensüberzeugungen und eine bestimmte kultische Praxis

reduzieren ließe; vielmehr verkörpert der Islam eine umfassende Weltsicht und ein Verständnis der von Gott gewollten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens im öffentlichen wie im privaten Bereich. Jedenfalls gilt, dass interreligiöse Kommunikation zwischen der muslimischen Welt und dem Westen nur gelingen kann, wenn die konstitutive religiöse Dimension ernst genommen wird.

Es lässt sich kaum bestreiten, dass gerade in den interkulturellen Konflikten mit muslimischen Gesellschaften religiöse Vorstellungen, Symbole und Loyalitäten eine entscheidende Rolle gespielt haben und spielen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Mittleren Osten und die Balkan-Kriege sind nur einige der einschlägigen Beispiele, und die Liste könnte mühelos fortgesetzt werden unter Verweis auf die Konflikte zwischen Muslimen und Christen in Nigeria, im Sudan oder in Indonesien. Diese Konflikte werden in der Öffentlichkeit und vor allem in den Medien oft als Religionskonflikte oder -kriege bezeichnet. Die jeweiligen religiösen Führungsfiguren beteuern zwar stets, dass dies eine falsche Charakterisierung sei und verweisen auf die politischen, wirtschaftlichen oder ethnisch-sozialen Ursachen der Konflikte. Es bleibt aber die Tatsache bestehen, dass religiöse Loyalitäten sich relativ leicht zur Mobilisierung von Gruppen oder Bevölkerungen eignen und dass Politiker sich gerade in gewalttätigen Konfliktsituationen gern der religiösen Unterstützung für die Legitimität ihres Kampfes versichern.

Viele der gegenwärtigen, gewaltsam ausgetragenen Konflikte sind die Folge von bewusst forcierter „Identitäts-Politik“, welche die Geltungsansprüche einer bestimmten Gruppe offensiv und aggressiv gegen die Ansprüche anderer vertritt. Identitäts-Politik ist das Gegenteil von interkultureller Kommunikation; sie ist an der Schaffung von klaren Feindbildern, statt an deren Überwindung interessiert. Religion ist neben Ethnizität und Nationalbewusstsein das wichtigste Merkmal kollektiver Identität. Wenn daher exklusive Identitäts- oder Sendungsansprüche religiös legitimiert werden, dann treten die Religionen in der Tat eher als Verhinderer von interkultureller Kommunikation und nicht als Förderer einer friedlicheren Welt auf.

## **Religionen in Konflikten und bei der Friedenssuche**

Die Rolle von Religionen ist daher nicht eindeutig, und auch die genauere Analyse der unterschiedlichen religiösen Traditionen und ihrer Schriften verweist auf die Ambivalenz der Religionen im Blick auf Konflikt, Gewalt und Krieg. So sehr bei allen religiösen Traditionen die Betonung von Frieden, Harmonie, Gerechtigkeit und Heilung im Zentrum der religiösen Botschaft steht, so deutlich ist zugleich, dass die symbolische Macht der Religionen auch für die Verschärfung von Gegensätzen und Konflikten bis hin zur Legitimierung von Gewalt eingesetzt werden kann. Die Religionen und ihre verantwortlichen geistlichen Führer müssen lernen, mit dieser ambi-

valenten Rolle von Religion in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit bewusst umzugehen und den Missbrauch von religiösen Symbolen und Loyalitäten für eigennützige und destruktive politische Ziele zu verhindern.

Zur nüchternen Einsicht in die Ambivalenz gehört allerdings auch die andere Seite, d.h. die Erkenntnis, dass den Religionen wenigstens potenziell eine ganz entscheidende Rolle für die Gestaltung interkultureller Kommunikation und den Aufbau einer friedlicheren Welt zukommt. Hans Küng hat diese Erkenntnis in die programmatische Feststellung gekleidet: „Kein Weltfriede ohne Friede zwischen den Religionen“ und sein Projekt Weltethos ebenso wie sein Engagement für den interreligiösen Dialog im Rahmen seines groß angelegten Studienprogramms „Zur religiösen Situation der Zeit“ dienen dem Ziel, die Kommunikationsfähigkeit und -bereitschaft zwischen den großen Weltreligionen zu fördern.

Auch die Weltkonferenz der Religionen für den Frieden arbeitet an dieser Aufgabe und ist in zahlreichen lokalen Konfliktsituationen in Gestalt von interreligiösen Räten sehr konkret mit Mediationsarbeit und friedlicher Konfliktlösung befasst. Es ist eine Erfahrung der letzten beiden Jahrzehnte, dass in zerfallenden Staaten die Religionsgemeinschaften oft die einzigen noch tragfähigen Strukturen sind, die zur friedlichen Konfliktbearbeitung und zur Befriedung in der Lage sind. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist die entscheidende Rolle, die die interreligiösen Räte in Liberia und in Sierra Leone bei der Beendigung der langjährigen Bürgerkriege gespielt haben. Ähnliche Beispiele ließen sich aus dem Norden Nigerias und anderen afrikanischen Kontexten beibringen.

## **Eine Kultur des Dialogs und des Friedens**

Damit komme ich noch einmal zurück auf die zu den am Anfang erwähnten Initiativen für einen „Dialog der Zivilisationen“ beziehungsweise eine „Allianz der Zivilisationen“. Sie sind unmittelbar auf die Förderung interkultureller Kommunikation und den Aufbau einer Kultur des Dialogs und des Friedens ausgerichtet. Sie wollen den notwendigen Bewusstseinswandel hin zu einem offenen und kommunikativen Verständnis kultureller und religiöser Identität fördern, und d.h. Vorurteile und Feindbilder überwinden. Sie engagieren sich, wie auch das Projekt Weltethos von Hans Küng oder die Erdcharta, für die Schaffung einer neuen, nicht partikularen Sprache für die interkulturelle Kommunikation.

Diese „sekundäre“ Sprache soll nicht die primäre Sprache der unterschiedlichen religiösen Traditionen ersetzen; ihre Funktion ist es vielmehr, unterschiedliche Traditionen dialogfähig und wechselseitig verstehbar zu machen. Das Ziel solcher Kommunikation ist der Aufbau einer neuen Kultur des Dialogs und des Friedens.

Die Auswertung von Erfahrungen im Blick auf die Rolle von Religionsgemeinschaften und ihren Leitern in konkreten Konfliktsituationen kommt zu dem Ergebnis, dass es Stärken und Schwächen gibt, die von den jeweils Beteiligten berücksichtigt werden müssen. Zu den Stärken der Beteiligung von Religionsgemeinschaften gehört, dass sie mit ihren Wertvorstellungen ein solides Fundament einbringen; Religionen sind nicht an kurzfristigem Nutzen, sondern an einer langfristigen Hoffnungsperspektive orientiert, die auch zeitweilige Rückschläge verkraftet. Darüber hinaus sind die Religionsgemeinschaften genuin in den jeweiligen lokalen Konfliktsituationen verwurzelt; durch ihre Präsenz vor, während und nach der Beendigung eines Konfliktes können sie wichtige Aufgaben der Prävention (early warning), der wahrheitsgemäßen Kommunikation gegenüber entstellender Propaganda sowie der Bearbeitung von Traumata und der langfristigen Verwirklichung von Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung erfüllen.

Die langfristige solidarische Begleitung von Religionsgemeinschaften, zum Beispiel im Sudan oder in Mosambik, war eine entscheidende Voraussetzung für den konstruktiven Beitrag der lokalen religiösen Gruppierungen zum erfolgreichen Friedensabkommen, auch wenn die Tendenz zur Internationalisierung von zunächst lokalen Konflikten mit dem Ziel, Solidarität auf Seiten der internationalen religiösen Partner zu mobilisieren, kritisch gesehen werden muss.

Für die aktive Beteiligung der Religionen an lokalen und überörtlichen Friedensbemühungen haben sich verschiedene Methoden herausgebildet. Für manche haben die Religionsgemeinschaften vor allem die Aufgabe, als Anwälte der jeweils schwächeren und benachteiligten Gruppen zu agieren. Andere sehen ihre Rolle eher in öffentlicher Bewusstseinsbildung sowie in umfassenden Anstrengungen der Erziehung zum Frieden. Wichtig sind in jedem Fall die Bemühungen zur Bildung von Vertrauen durch interreligiösen, aber auch intrareligiösen Dialog. Und schließlich gibt es Ansätze zur gezielten Ausbildung von Menschen für Aufgaben der Mediation, der Konfliktbeobachtung sowie der Begleitung und gewaltfreien Präsenz mit dem Ziel der Entschärfung von Gewaltsituationen.

Das Engagement der Religionen für interkulturelle Kommunikation, um so zum Aufbau einer friedlicheren Welt beizutragen, setzt bestimmte institutionelle Strukturen voraus, ebenso die gezielte Ausbildung individueller Bereitschaft und Fähigkeiten. Hier unterscheiden sich die muslimische Gemeinschaft und die christliche Gemeinschaft. Auf muslimischer Seite fehlen sehr weit gehend die institutionellen Voraussetzungen; es gibt keine Träger für eine koordinierte Friedensarbeit, und so liegt die Initiative weit gehend in den Händen von einzelnen Personen mit oder ohne offizielles Mandat.

Der Grundlagentext zur „Allianz der Zivilisationen“ enthält in seinem zweiten Teil eine ausführliche Analyse von Praxisfeldern und entsprechende Handlungsempfehlungen. Die Analyse konzentriert sich auf vier Felder, die zum Teil bereits erwähnt



worden sind, d.h. Bildung, Jugend, Migration und Medien. Der Bildungsarbeit im Sinne einer bewussten Friedenserziehung sowie Erziehung zu interkultureller Kommunikationsfähigkeit kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dazu gehört auch die Aufgabe, neue Ansätze für die religiöse Bildung zu entwickeln, welche die Achtung vor anderen religiösen Traditionen fördern. Im Blick auf die junge Generation geht es vor allem um die Förderung von Möglichkeiten der Partizipation und der produktiven Arbeit; die Jugendlichen müssen als eigenständige Akteure ernst genommen werden und nicht nur als mobilisierbare Masse für Auseinandersetzungen. In diesen Zusammenhang gehört auch der interessante Vorschlag, ein Internet-gestütztes Netzwerk für junge Leute aufzubauen, um ihnen Zugang zu religiösen Persönlichkeiten zu vermitteln, die in der Lage sind, konstruktiv auf die gegenwärtigen interkulturellen Herausforderungen zu reagieren.

Alle Erfahrungen und Untersuchungen deuten darauf hin, dass Religionen, und nicht zuletzt die muslimische und die christliche Gemeinschaft, wichtige und unverwechselbare Beiträge zum Aufbau einer Kultur des Dialogs und des Friedens leisten können. Es besteht kein Anlass, die problematische Rolle der Religionen in Geschichte und Gegenwart ernster zu nehmen als ihr konstruktives Potenzial. Für die Gestaltung der Globalisierung sind sie wichtige und unersetzliche Akteure.

## **Rückfragen und Diskussion**

In der anschließenden Aussprache wird die Rolle der Interreligiosität besonders betont. Interreligiosität soll ein „Dialog des Lebens“ und nicht der Austausch von Lehrmeinungen sein. Eine „gemeinsame Sprache“ muss ausgebildet werden zur Schaffung einer hinlänglich vertrauensvollen Basis zum Umgang mit Konflikten.

# Weltweite Kriege um Ressourcen oder Friedenssicherung durch rechtzeitige Energiewende?

ANDREAS ZUMACH

## Problemanalyse

Die Problematik des Klimawandels ist seit vielen Jahren bekannt. Bereits vor 20 Jahren war die Rede von der Notwendigkeit den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermindern. Dennoch ist bis heute das Bewusstsein dafür, dass fossile Brennstoffe die Millionen Jahre brauchten, um zu entstehen, innerhalb von 200 Jahren verbraucht wurden, kaum vorhanden. Die Tatsache, dass ein Rohstoff dieser Erde endlich und in absehbarer Zeit im globalen Rahmen unwiederbringlich vernutzt ist, ist neu und zu wenig im kollektiven Bewusstsein.

Objektive Grenzen wirtschaftlichen Wachstums zumindest in Nordamerika und Nordwesteuropa sind erreicht, in vielen Fällen ist von Marktsättigung zu sprechen. Gleiches gilt für die ökologische Belastbarkeit der Umwelt.

Eine gerechte und nachhaltige Gestaltung der Globalisierung reicht nicht aus. Die Kirche muss das Prinzip des wirtschaftlichen Wachstums, mindestens aber des ungebremsten wirtschaftlichen Wachstums in Frage stellen und so ihrer prophetischen Rolle gerecht werden.

## Handlungsmöglichkeiten des Staates

Dem Staat sind Handlungs- und Strukturvollmachten zugeordnet. Problematisch ist dabei nicht die Anwendung dieser Vollmachten, sondern ihre Infragestellung bzw. ihre Erosion durch Privatisierung, Deregulierung und Ressourcenentzug. Dem Nationalstaat wird im öffentlichen Diskurs immer wieder konsequent seine Handlungsfähigkeit abgesprochen. Er wird in der öffentlichen Debatte „demoniert“. De facto wird die Politik des Nationalstaates von den Lobbyvertreterinnen und -vertretern in Deutschland und in den internationalen Institutionen bestimmt. Demokratische Strukturen bzw. formale Meinungsbildungsprozesse werden durch Lobbyistinnen und Lobbyisten dominiert.

Es handelt sich also nicht um das „Verschwinden des Staates“, sondern um den eklatanten Mangel von Transparenz, demokratischer Partizipation und eine „Verle-

gung“ der Politik auf die exekutive Fachbeamtenenebene. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Attac haben hier erstmals (z.B. im Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie) Öffentlichkeit geschaffen. Es gibt gegen allen Mainstream nationale Entscheidungsspielräume.

Kirchliche Gruppen und verfasste Kirchen haben den Auftrag, diesen Prozess zu identifizieren und zu kritisieren und die Beteiligung des Parlamentes einzufordern. Hier ist eine Wahrnehmungsveränderung nötig.

## **EU als Friedensmacht**

Die Vorreiterrolle der EU ist unerlässlich im Bezug auf die Integration der „Ankerländer“. Aber hält die aktuelle EU-Politik diesen Anforderungen stand?

Eine affirmative positive Besetzung der EU taugt nicht. Die EU ist eine Friedensmacht nur im Bezug auf ihre Binnenentwicklung nach den beiden Weltkriegen. Der Eurozentrismus verengt den Blick und überhöht den Binnenfriedensprozess. Die EU verfolgt eine radikale Privatisierungspolitik, etwa im Bildungsbereich. Die EU ist nicht grundsätzlich friedensfähiger und gerechter als die USA, transnationale Konzerne mit Sitz in der EU treten in außereuropäischen Kontexten nicht fairer auf.

Kirchliches Handeln muss sich sehr kritisch auf die EU-Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren und frühzeitig die Stimme erheben. Der EU-Verfassungsvertrag ist im außen- und sicherheitspolitischen Bereich und auch im Wirtschaftsbereich das genaue Gegenteil dessen, was unter „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ zu verstehen ist. Hier besteht Diskussionsbedarf für die Kirchen.

## **Multipolar – multilateral**

Die multipolare Machtbalance fördert die Beschleunigung von Ressourcen und ist zur Konfliktlösung ungeeignet, letztlich sogar konfliktfördernd. Erforderlich sind die Stärkung der UNO und ebenso von Koalitionen der „willigen Multilateralisten“ innerhalb des Rahmens einer reformierten UNO.

Gemeint sind damit nicht nur die 5 bzw. 7 Ankerländer. Es geht nicht um „wirtschaftliche Kapazität“, sondern um „Multilateralität“ an sich. Es müssten neben der EU zum Beispiel auch Kanada, Australien, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Nigeria und Indonesien dazugehören. Koalitionen von „willigen Multilateralisten“ können gemeinsam Dinge vorantreiben – und damit „Meinungsmacher“ sein und Diskurse auf Dauer verändern.

gung“ der Politik auf die exekutive Fachbeamtenenebene. Zivilgesellschaftliche Akteure wie Attac haben hier erstmals (z.B. im Bezug auf die Dienstleistungsrichtlinie) Öffentlichkeit geschaffen. Es gibt gegen allen Mainstream nationale Entscheidungsspielräume.

Kirchliche Gruppen und verfasste Kirchen haben den Auftrag, diesen Prozess zu identifizieren und zu kritisieren und die Beteiligung des Parlamentes einzufordern. Hier ist eine Wahrnehmungsveränderung nötig.

## **EU als Friedensmacht**

Die Vorreiterrolle der EU ist unerlässlich im Bezug auf die Integration der „Ankerländer“. Aber hält die aktuelle EU-Politik diesen Anforderungen stand?

Eine affirmative positive Besetzung der EU taugt nicht. Die EU ist eine Friedensmacht nur im Bezug auf ihre Binnenentwicklung nach den beiden Weltkriegen. Der Eurozentrismus verengt den Blick und überhöht den Binnenfriedensprozess. Die EU verfolgt eine radikale Privatisierungspolitik, etwa im Bildungsbereich. Die EU ist nicht grundsätzlich friedensfähiger und gerechter als die USA, transnationale Konzerne mit Sitz in der EU treten in außereuropäischen Kontexten nicht fairer auf.

Kirchliches Handeln muss sich sehr kritisch auf die EU-Außen- und Sicherheitspolitik konzentrieren und frühzeitig die Stimme erheben. Der EU-Verfassungsvertrag ist im außen- und sicherheitspolitischen Bereich und auch im Wirtschaftsbereich das genaue Gegenteil dessen, was unter „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ zu verstehen ist. Hier besteht Diskussionsbedarf für die Kirchen.

## **Multipolar – multilateral**

Die multipolare Machtbalance fördert die Beschleunigung von Ressourcen und ist zur Konfliktlösung ungeeignet, letztlich sogar konfliktfördernd. Erforderlich sind die Stärkung der UNO und ebenso von Koalitionen der „willigen Multilateralisten“ innerhalb des Rahmens einer reformierten UNO.

Gemeint sind damit nicht nur die 5 bzw. 7 Ankerländer. Es geht nicht um „wirtschaftliche Kapazität“, sondern um „Multilateralität“ an sich. Es müssten neben der EU zum Beispiel auch Kanada, Australien, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Südafrika, Nigeria und Indonesien dazugehören. Koalitionen von „willigen Multilateralisten“ können gemeinsam Dinge vorantreiben – und damit „Meinungsmacher“ sein und Diskurse auf Dauer verändern.

## Die militärische Dimension

Die militärische Dimension der Globalisierung muss thematisiert werden. Rüstung ist zwingend mit der Energie- und Ressourcenfrage verbunden. Die Renaissance der Atomwaffen muss eine Positionierung der Kirchen zur Folge haben. Die Diskussion um das Abschreckungsparadigma war nie so wichtig wie heute, denn die Verfeinerung der Einsatzmöglichkeiten von Atomwaffen erleichtert ihren Einsatz.

Hier sind die Positionierung der EKD zur Friedensdiskussion (dokumentiert in der Laudatio von Bischof W. Huber zum 80. Geburtstag E. Epplers) und aktuell zu Rüstungsfragen außerordentlich kritisch zu betrachten.

## Was lernen wir aus den Impulsen des Tages? Diskussion im Plenum

Welche Funktion hat der Staat? Schutzfunktion des Eigentums oder Ausgleich?

Ist die Militarisierung ein Konstituens des Imperialismus, zum Schutz der Renditen?

Wie kann eine einigermaßen legitimierte Global Governance aussehen? Wie können Kirchen dafür eintreten? „Kirche“ muss auf Glaubwürdigkeit achten. Die Vertretung christlich-liberaler Werte im Kontext von konservativen christlichen Gruppierungen in Nordamerika und Kanada nimmt an Bedeutung zu. Wie kommunikationsfähig ist „Kirche“ eigentlich in anderen Kontexten?

Welche Rolle spielt „Kirche“ und ihre gesellschaftspolitische Positionierung in der Öffentlichkeit? Kirchliche Einrichtungen genießen zwar einerseits eine hohe Reputation, werden andererseits gesamtgesellschaftlich häufig nicht wahrgenommen. Handlungsspielräume müssen besser genutzt werden. Dazu ist es nötig, die sich verändernden Bedingungen der Handlungsspielräume neu zu definieren.

Strukturen internationaler Organisationen müssen diskutiert werden – tragen sie zur Entdemokratisierung bei? Wie „funktionieren“ diese Strukturen? Was tragen verantwortliche Politikerinnen und Politiker selbst zur Entmachtung der Staaten bei? Was ist legitimierte „global governance“?

Der Verfassungsentwurf der EU fordert „Kirche“ zu sorgfältiger Positionierung heraus. Es besteht die Gefahr, in alte und neue Blockbildungen zu geraten.

Der Protestantismus in Deutschland soll eine „Koalition der Willigen“ suchen und unterstützen. Multilateralität ist gefordert. Die Arbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft ist erforderlich und sinnvoll.

# Ergebnisse der Arbeitsgruppenarbeit der Strategietagung

PETER MARKUS

Zur Strukturierung der Arbeit in den Arbeitsgruppen wurden folgende Fragen bearbeitet:

1. Welche Themenfelder zeichnen sich für die nächsten (fünf) Jahre zu Fragen der Globalisierung ab?
2. Welche Handlungsfelder, Bewegungen und Kampagnen sind notwendig?
3. Welche Entwicklungen in den Organisationen zeichnen sich ab?
4. Was brauchen wir, um den Themen und Handlungsfeldern gerecht zu werden?

In einer Plenumsrunde wurden die Arbeitsergebnisse vorgestellt und kurz diskutiert.

## *Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit und Zielsetzung der Aktivitäten*

Für die erfolgreiche Arbeit der einzelnen Institution – allein oder gemeinsam – ist eine strategische Planung wichtig. Das spricht nicht gegen „gut geplante Spontaneität“, die ebenfalls nötig und ergänzend wichtig ist. In beiden Fällen gilt es, die Globalisierung in ihrer Komplexität und Differenziertheit wahrzunehmen. Die Kirchen selbst sind dabei gefordert, sich strukturellen Fragen zu stellen und sich gleichzeitig mit ihren Kompetenzen (u.a. in der Sinnstiftung und Deutungsfrage) in den Diskurs um die Globalisierung einzubringen und Dialogräume zu schaffen. Dabei sind mehrere Zielgruppen in den Blick zu nehmen:

1. Kirche,
2. Politikerinnen und Politiker,
3. Verantwortliche in Unternehmen und
4. Mitglieder der Zivilgesellschaft.

## *Anlässe und Hintergründe der Aktivitäten zur Globalisierungsfrage: Analyse der Strukturen und Arbeiten, Aufzeigen von Defiziten*

Aufgrund der bisherigen Aktivitäten der Kirchen zur Globalisierung sind einige Ergebnisse erzielt worden. Gleichwohl lassen sich einige unbearbeitete Bereiche identifizieren.

Mittlerweile zeigen die Kirchen eine Tendenz zur Aushöhlung der eigenen Infrastruktur für diese Arbeit, u. a. bei der Aufarbeitung sozialetischer Themen. Unabhängige Nichtregierungsorganisationen und Institutionen, die Recherchen und weitere Aufgaben für die Kirchen übernehmen, sind immer stärker unter den Druck geraten, Projekte umzusetzen, die ihnen wenig Zeit für das Bearbeiten von Themen und das Einbringen der Ergebnisse in die öffentliche Debatte ermöglichen. Hier stellt sich, wie in vielen anderen Themenbereichen, die Frage nach der Grundfinanzierung interner und externer Institutionen und Akteure, die mit und für die Kirche inhaltliche Aufgaben bearbeiten und Papiere etc. erstellen. Dabei müssen unabhängige Stimmen aus dem „Süden“ bei uns noch stärker Gehör finden. Das gleiche gilt für die stärkere Einbeziehung der theologischen Fakultäten insbesondere zu sozial- und wirtschaftsethischen Fragen.

Dabei sollte die strategische Planung einen starken Alltagsbezug aufweisen. Mit Blick auf vorhandene und künftige Kooperationspartner, die notwendig sind, müssen vertrauensbildende Maßnahmen ergriffen werden. Dabei kann eine Neubestimmung der politischen Rolle der Kirchen notwendig werden, um neben appellativen Verlautbarungen eine größere Glaubwürdigkeit zu erlangen.

Weiterhin gilt es, die spirituellen und fachlichen Möglichkeiten kirchlicher Akteure weiterzuentwickeln, um noch wirksamer werden zu können.

Der Dialog hat eine ganz zentrale Funktion nicht nur zur Vertrauensbildung, sondern auch zur strategischen Planung und Umsetzung der Ziele sowie den dazugehörigen Projekten und Initiativen. Dazu ist allerdings nicht nur der Dialog mit den erfolgreichen Akteuren und Gewinnern, sondern auch mit den Verliererinnen und Verlierern der Globalisierung notwendig. Recherche, Lobbying und Vermittlung an die Öffentlichkeit sind Möglichkeiten, im eigenen Kontext wirksam Dialoge zu führen und Perspektiven für die Zukunft (Hoffnung) zu entwickeln.

Zu definieren bzw. festzulegen ist auch, welche Akteure sich mit welchem Mandat zu Globalisierungsfragen äußern. Das gilt es auch zu berücksichtigen, wenn Bündnisse eingegangen werden.

Zusammenfassend zeigen sich in einer ehrlichen Analyse die Defizite bisheriger Arbeiten (Kampagnen, Initiativen...) und gleichzeitig der Bedarf an konsequenter, gut finanzierter, professioneller Arbeit der Mitarbeitenden in den Kirchen zu Globalisierungsfragen. Dabei sind das Spezifische des kirchlichen Engagements und die Fragen des Mandats, der Konsequenzen kirchlichen Handelns etc. als Bereiche hervorzuheben, die zu klären sind. Als Problem erweist sich, dass immer wieder festgestellt werden muss, dass die finanziellen Mittel für eine solide Arbeit weniger werden und insbesondere kirchennahe Institutionen, die verschiedene Aufgaben in dieser Globalisierungsdebatte wahrnehmen, Schwierigkeiten haben, ihre Arbeitsaufgaben zu erfüllen.

*Themenfelder, die von besonderer Bedeutung in der Globalisierungsdebatte sind*

Zunächst wurden Verfahren und Kriterien vorgeschlagen, wie die wichtigen und prioritären Themen der Globalisierungsaktivitäten der Kirchen zu finden seien: Bezug zur Lebenswirklichkeit, wesentlicher Beitrag der Kirchen zu einem gesellschaftlichen Diskurs, eigenes Profil der Kirchen einbringen (Alleinstellungsmerkmal). Notwendig sei es auch, an die bisherige Arbeit und die dabei gemachten Erfahrungen anzuknüpfen und nach der Vermittelbarkeit der Themen zu fragen. Diese Vermittelbarkeit müsse methodisch gewährleistet sein, „funktionieren“ und Themen sollten miteinander verknüpft werden. Dafür gilt es die jeweiligen unterschiedlichen Handlungsebenen im Blick zu behalten: Gemeinde, Land, Bund, international ...

Folgende Themen wurden genannt:

- Sozialstandards,
- Kernarbeitsnormen,
- Arbeitsrechtsverletzungen in der Bekleidungsindustrie und anderen Bereichen (Beispiel: Clean-Clothes-Campaign, Südwind),
- Beschaffungswesen von Kommunen und Kirchen,
- Anknüpfung an den „Dreiklang“ des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung/Dekade zur Überwindung von Gewalt, so u.a. Ressourcenverbrauch, Klimawandel und Klimagerechtigkeit, strukturelle Gewalt, Konfliktprävention, Zusammenhang von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik,
- Global Governance: Gute Regierungsführung, Reform multilateraler Institutionen,
- Reform der internationalen Finanzinstitutionen und eine stärkere Demokratisierung / Transparenz von G 8 etc., Reform des internationalen Schuldenmanagements,
- spirituelle Dimensionen des Lebens im Zeitalter der Globalisierung,
- Rolle Europas und der EU, Verbindung zu EKD und KEK,
- Grundsatzfragen: nachhaltiges qualitatives Wachstum – Ende der Wachstumsideologie, Sozialstaat im Zeitalter der Globalisierung, Gerechtigkeit, Steuerfrage, Rahmenbedingungen,
- Lebensstilfragen: Wie viel Konsum braucht der Mensch? Sinnfrage und Sinnstiftung.

*Strategie, Methoden und Maßnahmen*

Viele Themen, die bisher bearbeitet wurden, lassen sich wirksamer in die Öffentlichkeit tragen und werden in den Kirchen aufgenommen, wenn mehrere Organisationen und Personen mit ihren jeweiligen Kompetenzen kooperieren. Es kann und sollte das Ziel sein, beispielsweise abgesprochene Kampagnen arbeitsteilig durchzuführen



und die Kooperationen nicht nur mit kirchlichen, sondern auch mit externen Partnern zu suchen. Dabei sind Vertrauensbildung und eine sinnvolle Vernetzung die Grundlage kooperativen Vorgehens. Strategisch-systematisches Mapping für die Schwerpunktbereiche soll daraufhin erfolgen, Prioritäten setzen zu können. Dabei wirken einige der Initiativen sicherlich auch in die Kirchen hinein und fordern heraus zu einer neuen Einstellung gegenüber oder sogar einer neuen Bestimmung der politischen Rolle der Kirchen. Glaubwürdigkeit lässt sich nicht allein durch Papiere und Publikationen sicherstellen. Dabei sollte auch die Weiterentwicklung der spirituellen Seite der fachlichen Akteure der Kirchen nicht aus den Augen verloren werden. Ergebnisse solcher Kampagnen sollten nicht nur öffentlichkeitswirksam, sondern auch konkret sein (wenn es beispielsweise bei Fragen des Klimaschutzes zur Forderung der Ressourcenreduktion kommt, muss diese in einem verbindlichen Rahmen, beispielsweise in den Landeskirchen und der EKD, festgelegt werden).

In der Diskussion ergab sich das Thema *Klima, Umwelt, Ressourcen, Nachhaltigkeit*; kurz: *Klimawandel und Gerechtigkeit* als zentrales Thema dieser Tagung. Zu klären ist in dem folgenden Prozess, wie das Thema *Klima und Gerechtigkeit* im Detail bearbeitet werden und im Sinne der Arbeitsergebnisse der Gruppen umgesetzt werden kann. Dabei sollten die verschiedenen Organisationen, die an der Tagung teilgenommen haben bzw. fachlich zu den Fragen beitragen – wie ÖRK, EKD, Landeskirchen, KEK sowie Partner wie das Wuppertal-Institut – einbezogen werden. Das gleiche gilt natürlich für die entwicklungspolitischen Organisationen und Werke wie Brot für die Welt und Evangelischer Entwicklungsdienst.

# Autoren

*Dr. Thomas Fues*, geb. 1952, Dipl.-Volkswirt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind: Global Governance School im Rahmen des Programms Managing Global Governance (DIE/Inwent im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Vorher war er tätig als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Deutschen Bundestag, im Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für globale Umweltveränderungen sowie als Eine-Welt-Beauftragter der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und als freier Gutachter.

*Klaus Heidel*, geboren 1952, ist Historiker. Er ist Mitbegründer und leitender Mitarbeiter der Werkstatt Ökonomie e.V. in Heidelberg. Außerdem ist er Sprecher von Social Watch Deutschland/Forum Weltsozialgipfel, Geschäftsführer des Kirchlichen Herausgeberkreises Jahrbuch Gerechtigkeit und Koordinator des Deutschen NRO-Forums Kinderarbeit. Klaus Seidel gehört der Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden an und ist Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland.

*Dr. ing. Peter Markus*, geboren 1957, hat Landwirtschaft an der Universität Bonn studiert und dort promoviert. Anschließend hat er Lehraufträge an der FH Mönchengladbach und an der GH Universität Kassel-Witzenhausen wahrgenommen. Nach einem Post Doc-Aufenthalt in Syracuse/USA wurde er 1990 als Studienleiter an die Evangelischen Akademie Iserlohn für den Bereich Naturwissenschaft, Technik und Ökologie berufen. Seine Schwerpunkte in der Tagungs- und Projektarbeit sind Informations- und Kommunikationstechnologien, Nanotechnologien, Künstliche Intelligenz und freier Wille, Bio- und Gentechnologien, Mobilfunktechnik, nachhaltige Regionalentwicklung, Landwirtschaft/Naturschutz, Nord-Südfragen und Agenda 21.

Oberkirchenrat *Dr. Ulrich Möller*, 52 Jahre alt, ist hauptamtliches Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche von Westfalen und leitet im Landeskirchenamt Bielefeld das Dezernat für Mission, Ökumene und Kirchliche Weltverantwortung. Er ist war aktiv beteiligt in den Prozessen des Reformierten Weltbundes (Generalversammlungen von Debrecen 1997 und Accra 2004) und des Weltkirchenrates (AGAPE-Prozess, Vollversammlung von Porto Alegre 2006) sowie der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK-Task Force zur Globalisierung 2005 und Globalisierungsforum der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu 2007).

*Dr. Jochen Motte*, geboren 1962, hat in Wuppertal, Tübingen und Bern Theologie studiert und war anschließend als Assistent an der Theologischen Hochschule Wuppertal tätig. 1992 promovierte er dort zum Doktor der Theologie und ist seit 1993 Referent für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung der Vereinten Evangelischen Mission in Wuppertal.

Oberkirchenrat *Wilfried Neusel*, geboren 1951, leitet die Abteilung „Ökumene-Mission-Religionen“ im Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland und ist u.a. verantwortlich für christlich-jüdischen Dialog, ÖRK, Weltbünde, KEK, Ökumene in der Union Evangelischer Kirchen, VEM und ihre Mitglieder in Afrika und Asien. Aufgrund seiner Erfahrungen in Namibia (als Lehrer an einer theologischen Hochschule und kirchlicher Projektsekretär) setzt er sich mit der Globalisierung und ihren Folgen auseinander und engagiert sich entwicklungspolitisch.

*Dr. theol. Konrad Raiser*, geboren 1938, ist Pfarrer der Württembergischen Landeskirche. Er war von 1969-83 Mitarbeiter des Ökumenischen Rates der Kirchen, davon 10 Jahre als Stellvertretender Generalsekretär, und anschließend von 1983-93 Professor für Systematische Theologie-Ökumenik in Bochum. Konrad Raiser war von 1993-2003 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter: Schritte auf dem Weg der Ökumene (Frankfurt/M 2005) und Hoffen auf Gerechtigkeit und Versöhnung (Stuttgart 2002). Er lebt im Ruhestand in Berlin.

*Dr. Joachim H. Spangenberg*, geboren 1955, ist Biologe, Ökologe und Volkswirt. Er arbeitet seit über 20 Jahren an Theorien und praxistauglichen Konzeptionen nachhaltiger Entwicklung und legt dabei besonderen Wert auf die Integration institutioneller, sozialer, ökonomischer und ökologischer Aspekte. Beruflich ist er seit 2006 Mitarbeiter des Helmholtz Zentrums für Umweltforschung und Gastprofessor für ökologische Ökonomik in Versailles, ehrenamtlich stv. Vorsitzender Sustainable Europe Research Institute SERI Deutschland e.V., Köln, im IUCN Committee for Ecosystem Management CEM. Er war Review Author des IPCC.

*Andreas Zumach*, geboren 1945, lebt als Journalist und Buchautor in Genf. Er ist UNO-Korrespondent für „die tageszeitung“ (taz) und andere Zeitungen, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland, der Schweiz, Österreich und den USA. Sein jüngstes Buch trägt den Titel „Die kommenden Kriege – Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn-Präventivkrieg als Dauerzustand?“ (KiWi, Köln).